

Abweichende persönliche Stellungnahme

gemäß §42 Abs. 5 GOG-NR

des Abgeordneten Dr. Fichtenbauer

zum Bericht des Untersuchungsausschusses hinsichtlich der Vertuschung von Polizeiaffären und des Missbrauchs der politischen Macht insbesondere im Bundesministerium für Inneres, aber auch in den Bundesministerien für Justiz, Finanzen und dem Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten (129/GO).

I. Einleitung

Am 3. März 2008 hat der Nationalrat die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses gemäß § 33 GOG „hinsichtlich der Vertuschung von Polizeiaffären und des Missbrauchs der politischen Macht, insbesondere im Bundesministerium für Inneres, aber auch in den Bundesministerien für Justiz, Finanzen und dem Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten“ beschlossen.

Nach seiner Konstituierung am 7. März 2008, hat der Untersuchungsausschuss seine Arbeit aufgenommen und endet entsprechend der Geschäftsordnung des Nationalrates aufgrund der von der ÖVP erzwungenen Neuwahlen mit Ablauf der XXIII. GP.

Aufgrund des Umfanges des Untersuchungsgegenstandes (in der 3. Sitzung des Untersuchungsausschusses am 14. März 2008 wurde der Untersuchungsauftrag in einen nach 8 Beweisthemen strukturierten Beweisbeschluss gefasst), der relativ kurz zur Verfügung stehenden Zeit zwischen Einsetzen des Untersuchungsausschusses und dem, durch die vorzeitige Aufkündigung der Koalition von Seiten der ÖVP herbeigeführten Neuwahlen, erzwungenen Ende sowie nicht zuletzt durch die Ablehnung des freiheitlichen Antrages auf Permanenzerklärung des Untersuchungsausschusses während des tagungsfreien Sommers 2008 in der 68. Sitzung des Nationalrates am 10. Juli 2008, konnte nur ein Bruchteil des Untersuchungsgegenstandes abgearbeitet und die notwendigen Auskunftspersonen nur teilweise geladen und befragt werden.

Aufgrund des kurzfristig erzwungenen Endes des Untersuchungsausschusses war die Erstellung eines gemeinsamen mehrheitsfähigen Endberichts nicht möglich. Ein technischer Endbericht, der eine reine Auflistung von Daten und Fakten darstellt, wurde seitens der Parlamentsdirektion erstellt.

Da ein technischer Bericht einen Endbericht in keiner Weise ersetzen kann und mit den übrigen Fraktionen ein gemeinsamer Bericht nicht erstellt werden konnte, werden die wesentlichsten Erkenntnisse dieses Untersuchungsausschusses für die FPÖ in dieser abweichenden persönlichen Stellungnahme aufgezeigt.

1) Gründe für das Einsetzen des Untersuchungsausschusses

In der Sitzung des parlamentarischen Innenausschusses am 5. Februar 2008 hat der damalige Direktor des BKA, Dr. Herwig Haidinger, massive Vorwürfe gegen das Innenministerium, ehemalige Minister sowie (ehemalige) Kabinettsmitarbeiter wie Geldflüsse von der BAWAG an die SPÖ oder Aktivitäten des ehemaligen Kabinettschefs Philipp Ita, erhoben, deren Inhalt aus Sicht der freiheitlichen Fraktion die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses mehr als rechtfertigten.

Der ehemalige Direktor des BKA Dr. Herwig Haidinger hat mit seinen Aussagen in der Sitzung des Innenausschusses vom 5. Februar 2008 auf folgende Sachverhalte hingewiesen (Auszug aus der Aussendung der Parlamentskorrespondenz vom 5. Februar 2008 = OTS 260 vom 5. Februar 2008):

Es sei richtig, dass er von der damaligen Ressortleitung angewiesen wurde, Geldflüsse von der BAWAG oder vom ÖGB an die SPÖ, welche aufgrund von Ermittlungshandlungen durch das BKA hervorkamen, sofort zu berichten und Unterlagen dazu zu übermitteln. Diese Aufträge seien von zwei Mitarbeitern im Kabinett der Bundesministerin Liese Prokop gekommen, und zwar von Bernhard Treibenreif und Andreas Pils. Die Anweisung, die Ermittlungshandlungen in diesen Angelegenheiten vor der Nationalratswahl zu beschleunigen, sei auch aus diesem Bereich gekommen. Was die Bekanntgabe von Namen und Ladungsterminen von bekannten Persönlichkeiten betrifft, also wer wann einvernommen wird, wurden diese Informationen entweder von den Pressereferenten oder von Treibenreif und Pils angefordert. Auftragsgemäß habe er auch Daten über Geldflüsse an die Ressortleitung übermittelt, einige Tage später habe man dies dann in den Medien nachlesen können.

Bezüglich der Frage, wer den Auftrag erteilt hat, die Unterlagen aus dem BKA noch bevor sie an den Untersuchungsausschuss gehen, an den ÖVP-Klub zu übermitteln, wies Haidinger darauf hin, dass dieser von Kabinettschef Philipp Ita kam. Er habe ihm geantwortet: "Wie stellst du dir das vor, das muss ich prüfen." Eine Woche später habe er Ita im Rahmen einer Pressekonferenz mit Prokop getroffen, wo er wieder von Ita in dieser Causa angesprochen wurde. Er habe gesagt, er finde dazu keine Rechtsgrundlage und werde das nicht tun. Ita habe ihn darauf angeschrien, und er sei einfach weggegangen. Eine Aussage darüber habe er auch schon bei der BIA gemacht, er wurde niederschriftlich dazu einvernommen.

Bezüglich der Einbindung der BIA in die Causa Geldtransfer an Franz Vranitzky sei er verärgert gewesen, weil dies eigentlich Aufgabe der Sonderkommission BAWAG gewesen wäre und auch nicht abgesprochen war.

Im Herbst 2005 sei ihm vom damaligen Leiter der Abteilung 1.1 im Innenressort, Mag. Michael Kloibmüller, mitgeteilt worden, dass sein Vertrag nicht verlängert werde, wenn die ÖVP den Minister stellt. Im Gegenzug habe man ihm aber angeboten, dass er sich um eine freie Planstelle auf der Managementebene Bereichsleiter bewerben könne. Als Grund dafür wurde angegeben, dass man mit ihm unzufrieden sei und dass er zu viel mit der SPÖ kooperieren würde. Mit Entschiedenheit wies Haidinger zudem den Vorwurf zurück, dass er jetzt nur aussagen würde, um Rache zu üben.

Auf die Frage von Abgeordneter Barbara Rosenkranz, ob es noch weitere Fälle gegeben habe, berichtete Haidinger vom Fall Natascha Kampusch. Er habe seit langer Zeit versucht, eine Evaluierung dieses Falles durchzuführen, um die schlimmen Ermittlungsfehler, die dabei passiert seien, intern aufzuarbeiten, um sie in Zukunft zu vermeiden. Nach dem Auftauchen von Natascha Kampusch habe er erfahren, dass es zwei Hinweise auf den Täter gegeben habe, wobei der zweite nicht bearbeitet wurde und von einem Wiener

Polizeihundeführer stammte. Nachdem er diese Person niederschriftlich zu seinen Angaben befragen wollte, habe er die Weisung von der Ressortleitung erhalten, und zwar von Bernhard Treibenreif, das nicht zu tun. Die Ministerin wolle nicht, dass diese Person jetzt vernommen werde, weil "dann diese Sache bekannt werden würde" und "wir keinen Polizeikandal vor der Nationalratswahl wollen".

Angesprochen auf weitere Vorwürfe wies Haidinger darauf hin, dass Kabinettschef Ita alkoholisiert mit dem Auto gefahren sei und einen Unfall verursacht habe. Viele im Ressort hätten davon gewusst. Ihm sei schließlich diese Sache von Doris Ita erzählt worden, und er habe den Sachverhalt an die BIA weitergeleitet. Er habe auch den Unfallakt angefordert und gleich gemerkt, dass etwas nicht stimme. In dem Unfallbericht sei gestanden, dass der Lenker von einem anderen Fahrzeug abgedrängt wurde und deshalb an den Masten gefahren ist. Der BIA-Chef habe ihm gesagt, dass auch er den Akt schon einmal angefordert und wegen des Verdachts des Amtsmissbrauchs ermittelt habe.

[...]

Herwig Haidinger ging sodann noch auf Fragen von Pilz bezüglich der Verbindung von Horngacher zum Kabinett der Innenministerin ein. Es habe immer wieder Gerüchte gegeben, dass eine Persönlichkeit der Polizei Wien sehr enge Beziehungen zum Kabinett habe bzw. dieses von ihm abhängig sei. Er wurde zudem von Kabinettschef Philipp Ita ersucht, die Ermittlungsführung in der Causa BAWAG nicht dem BKA zu überantworten, sondern sie nach Wien zu geben. Er habe dies zweimal abgelehnt, aber auch keine Weisung erhalten.

In der Sitzung des Innenausschusses vom 26. Februar 2008 machte der ehemalige Direktor des BKA Dr. Herwig Haidinger folgende Angaben (Auszug aus der Aussenstundung der Parlamentskorrespondenz vom 26. Februar 2008 = OTS 275 vom 5. Februar 2008):

Haidinger wiederholte bei seiner Befragung im Wesentlichen die bereits bekannten Vorwürfe und blieb bei seiner gegenüber der Austria Presse Agentur geäußerten Überzeugung, er sei abgelöst worden, weil er sich nicht "korrumpern" habe lassen.

Dem Staatsanwalt hat Haidinger, wie er ausführte, unter anderem auch von Weisungen in Zusammenhang mit der Bewilligung einer Schießstätte und dem Umbau der Gedenkstätte Mauthausen berichtet, zudem gebe es

den Verdacht, dass eine Weisung von Ex-Innenministerin Liese Prokop an ihren Kabinettschef Philipp Ita in Bezug auf ein Waffengeschäft mit dem Iran nicht befolgt worden sei. Vorwürfe, er habe Abgeordnetem

Peter Pilz vertrauliche Informationen zukommen lassen und dem Kärntner Landeshauptmann Jörg Haider Informationen angeboten, wenn dieser sich für ihn verwende, wies Haidinger ausdrücklich zurück.

[...]

Der ehemalige Leiter des Bundeskriminalamts Herwig Haidinger berichtete den Abgeordneten eingangs über einige Vorwürfe, die er gegenüber der Staatsanwaltschaft geäußert habe. Unter anderem werde untersucht, ob in Zusammenhang mit einem Unfall im Jahr 2002 Amtsmissbrauch und Versicherungsbetrug vorliege, skizzierte er. Weiters habe er das Nichtbeachten eines Haltezeichens durch einen Beamten mit dem Staatsanwalt erörtert.

Was die Verdachtslage in Bezug auf das Waffengeschäft mit dem Iran anlangt, sei ihm berichtet worden, dass es ein Treffen Prokops mit der amerikanischen Botschaft gegeben habe; Prokop habe Ita angewiesen, die Restlieferung zu stoppen. Trotzdem seien alle Gewehre ausgeliefert worden.

In Bezug auf den Umbau der Gedenkstätte Mauthausen sei eine Mitarbeiterin des Innenministeriums angewiesen worden, die Ausschreibung so zu formulieren, dass ein Architekt, der damals keine entsprechende Berufsberechtigung gehabt habe, den Auftrag bekomme, erklärte Haidinger. Weiters habe man einen Gutachter angehalten, eine Schießstätte zu genehmigen, obwohl sie nicht der Norm entsprochen habe.

Zur Causa BAWAG hielt Haidinger fest, er habe nie Weisungen erhalten, die Auswirkungen auf das Ermittlungsergebnis gehabt hätten, also etwa die Weisung, etwas zu unterlassen. Das habe er auch nie behauptet. Er sei aber angehalten worden, Ladungstermine und Ermittlungsergebnisse an die Ressortleitung zu übermitteln, wobei sich das Ressort ausschließlich für Geldflüsse zwischen der BAWAG bzw. dem ÖGB und der SPÖ interessiert habe. Da diese Weisung an sich nicht rechtswidrig gewesen sei, habe er sie auch nicht schriftlich verlangt, sagte Haidinger. Als er allerdings feststellen habe müssen, dass von ihm an das Kabinett übermittelte Informationen an die Öffentlichkeit gelangt seien, habe er diese Informationsübermittlung beendet.

Wer diese Daten an die Öffentlichkeit weitergeleitet habe, wisse er nicht, betonte Haidinger. "Ich sicher nicht", bekräftigte er.

Dass er sich gegen eine Zusammenlegung von Gendarmerie und Polizei ausgesprochen habe, sei eine Unterstellung, unterstrich Haidinger. Er habe sich lediglich dafür eingesetzt, dass es als eine Art Korrektiv zum Wachekörper eine Sicherheitsbehörde gebe, sagte er.

Den Fall Kampusch habe er, so Haidinger, evaluieren wollen, weil aufgrund des vorliegenden Materials klar gewesen sei, dass die Kriminalpolizei in diesem Fall "nicht gut genug war". Er habe im November 2006 ein Konzept auf Basis eines allgemeinen Erlasses des Innenministeriums erstellt und im Jänner 2007 mit der Umsetzung des Konzepts begonnen wollen. Man könne die Sache auch anders sehen, räumte Haidinger ein, seiner Ansicht nach wären ständig neu auftauchende Hinweise einer Evaluierung aber nicht entgegengestanden. Haidinger zufolge ist die Evaluierung dann allerdings einer anderen Behörde übertragen worden, die seines Wissens nach jedoch nicht tätig geworden sei.

Haidinger bekräftigte weiters, dass er Abgeordnetem Pilz im Jahr 2004 keine vertraulichen Informationen zugesagt und ihm auch keine gegeben habe. Pilz hätte sich später sogar darüber beschwert.

Generell bekräftigte Haidinger, er stehe zu seiner Aussage, er sei abgelöst worden, weil er sich nicht korrumpern lassen habe. In diesem Zusammenhang erneuerte er auch den Vorwurf, von Kabinettschef Philipp Ita aufgefordert worden zu sein, die an den BAWAG-Untersuchungsausschuss weiterzuleitenden Akten zuvor dem ÖVP-Klub zu übermitteln.

Gegenüber Landeshauptmann Haider habe er, so Haidinger, erklärt, dass die Korruption im Innenministerium "unerträglich geworden" sei und damit auch seine Ablöse begründet, er habe Haider aber weder Informationen angeboten noch in Aussicht gestellt. Das Gespräch sei auf Anregung eines guten Bekannten zustande gekommen.

Die Konstruktion des BIA wertete Haidinger als nicht besonders glücklich. Eine Einrichtung wie das BIA sei notwendig, meinte er, man sollte sich aber überlegen, für ganz Österreich eine zentrale Korruptionsbekämpfungsbehörde zu schaffen. Das BIA sei nicht unabhängig und als ein Verwaltungsorgan ebenso an Weisungen gebunden wie er.

Darüber hinaus ermittelt die StA Wien in den Fällen „Zogaj“ und „Zeqaj“ wegen des Verdachts nach § 310 StGB. Auch jenseits der strafrechtlichen Verantwortung ist zu klären, ob ein Bundesminister und führende Vertreter einer politischen Partei EKIS-Daten missbraucht haben.

Des weiteren haben die Affären um den ehemaligen Landespolizeikommandanten von Wien, um österreichische Konsularbehörden und um den Verdacht der Parteienfinanzierung durch die BAWAG gezeigt, dass es weit über die Hinweise des ehemaligen Direktors des BKA hinaus inakzeptable Zustände im Bereich des BMI gibt.

Das Vertrauen der Menschen in die Polizei ist durch vertuschte Polizeiaffären und den Verdacht des Missbrauchs der politischen Gewalt im BMI beschädigt worden. Von der Affäre „Horngacher“ bis zum Missbrauch kriminalpolizeilicher Ermittlungsergebnisse im Nationalratswahlkampf 2006 weist vieles nicht nur auf inakzeptables Verhalten der Vertreter einer Regierungspartei, sondern auch auf schwere Mängel im System hin.

1. Bawag

- Weisung Bawag Geldflüsse
- Weisung Bawag Aktenübermittlung an ÖVP-Klub
- Weisung Bawag Ermittlungen
- Übermittlung Ladungsdaten Einvernahme
- Übergabe von Daten
- Intervention - Fallführung an Wiener Polizei – Horngacher
- Schreiben Ferrero-Waldner

2. Waffenlieferung

- Weisung umgangen
- Geschenkannahme
- „Freunderlwirtschaft“ und Interventionen durch das Kabinett

3. ITA

- Unfall – Fahrerflucht, Alkoholisierung
- Bordellbesuch – Angeblicher Kreditkartendiebstahl
- Missachtung einer polizeilichen Anhaltung
- Sexuelle Belästigung

4. BIA

- Causa Vranitzky
- Arbeitsweise des BIA
- Politikerüberwachung
- Illegale Telefonüberwachungen
- Weitere Überwachungen
- Amtsverschwiegenheit
- Informationsweitergabe

5. Besetzungen

- BVT
- BIA
- Team 04 - Spitzenpositionen der Polizei

6. Auftragsvergabe

- Mauthausen
- Schießstand
- Behördensfunknetz

7. Kampusch

- Weisung vor Wahl nicht zu ermitteln
- Evaluierung nicht zugelassen

8. Visa

- Fachaufsicht
- Runderlass – Künstlerinnen

2) Haltung der SPÖ zur Einsetzung eines Untersuchungsausschusses

Am 26. Februar 2008 berichtete die OTS0310 über die SPÖ und die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses:

„Cap zum Innenausschuss: Mehr Fragen als Antworten, SPÖ stimmt U-Ausschuss zur Causa Haidinger zu

Utl.: Vertrauen in Behörden, Sicherheitsapparat und Rechtsstaat muss wieder hergestellt werden „Die Fraktion der sozialdemokratischen Innenausschussmitglieder hat heute einstimmig beschlossen, morgen bei der Sitzung der Abgeordneten des SPÖ-Parlamentsklubs zu empfehlen, bei der Nationalrats-Sondersitzung am dritten März für die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses zu stimmen“, erklärte SPÖ-Klubobmann Josef Cap am Dienstag nach dem Sonder-Innenausschuss des Parlaments in einer Pressekonferenz. Der Innenausschuss in der Causa Haidinger, so Cap, habe „mehr Fragen als Antworten gebracht“. Man habe sich nun für den U-Ausschuss entschieden, „weil uns das Vertrauen in die Rechtsstaatlichkeit, in die Polizei, in das Innenministerium von größter Bedeutung ist“, erklärte Cap.

„Die politische Verantwortung konnte im Innen-Ausschuss nicht geklärt werden“, so Cap. Nur ein Untersuchungsausschuss kenne die Instrumente der Akteneinsicht und der Wahrheitspflicht. Es habe sich während der bisherigen Untersuchungen gezeigt, dass zu mehreren Untersuchungsfällen eine Akteneinsicht notwendig sei, so der SPÖ-Klubobmann. Die ÖVP sei eingeladen, ihren Teil zur Aufklärung der

Vorwürfe beizutragen und sich auch beim Erstellen des Prüfantrages für den U-Ausschuss einzubringen.

Der ÖVP, so der SPÖ-Klubobmann, seien mehrere Gelegenheiten gegeben worden, so etwa im Bundesrat, es habe jedoch „keine echten Antworten“ gegeben, im Gegenteil seien neue Fragen aufgeworfen worden. So etwa in Zusammenhang mit der Visa-Affäre, der Causa um die Mauthausen-Ausschreibung oder die Affäre um den Export von 800 Scharfschützengewehren an den Iran. Aufklärungswürdig sei auch die Liste von Politikern, die vom Büro für Interne Angelegenheiten „behandelt“ worden seien.

„Sollte ein U-Ausschuss vom Parlament beschlossen werden, werden wir uns als SPÖ bemühen, dass es in diesem eine Arbeitskultur geben wird, die dafür sorgt, dass die Österreicherinnen und Österreicher wirklich wieder ruhig schlafen können“, erklärte Cap. „So dass der Bürger wieder auf den Sicherheitsapparat vertrauen kann und dass all die heute aufgeworfenen Fragen einer Klärung von der Seite der politischen Verantwortung unterzogen werden“, erläuterte Cap die Zustimmung der sozialdemokratischen Innenausschussmitglieder zum U-Ausschuss.“

3) Haltung der ÖVP zur Einsetzung eines Untersuchungsausschusses

Am 27.02.2008 berichtete die OTS0228 über die SPÖ und die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses:

„Donnerbauer: SPÖ-Beschluss ist parteipolitische Motivation

Utl.: ÖVP-Justizsprecher: Für Aufklärung, aber gegen parteipolitische Tribunale

Der SPÖ-Beschluss ist allein parteipolitisch motiviert, stellte heute, Mittwoch, Mag. Heribert Donnerbauer in einer gemeinsamen Pressekonferenz mit ÖVP-Abg. Mag. Helmut Kukacka zur Affäre Haidinger fest. Die beiden wesentlichen Vorwürfe

-Vertuschung im Fall Kampusch und parteipolitische Einflussnahme in der Causa BAWAG - hätten sich - vor allem mit dem gestrigen Sonder-Innenausschuss - in Luft aufgelöst. Es steht keine politische Relevanz dahinter. Der ehemalige Leiter des Verfassungsgerichtshofes Ludwig Adamovich habe klar festgehalten, dass es aus seiner Sicht keinen Grund gibt, eine Vertuschung anzunehmen. Die SPÖ halte sich zudem nicht an den gemeinsamen Fahrplan und warte nicht einmal den Justizausschuss am Freitag ab. „Das ist für mich ein Beleg“, so Donnerbauer. Er sieht keine Notwendigkeit für einen Untersuchungsausschuss.“ Erneut sprach er sich für Aufklärung, aber gegen parteipolitische Tribunale aus.

Der ÖVP-Justizsprecher erinnerte an den gemeinsamen Präsidialbeschluss, der einen klaren Aufklärungsfahrplan festgelegt hat und verwies auf die Evaluierungskommissionen und die zwei Sonderausschüsse. Erst nach Abschluss dieser Aufklärungstätigkeit sollte über einen Untersuchungsausschuss entschieden werden. Es habe sich allerdings schon in den letzten Tagen abgezeichnet, dass die SPÖ nicht einmal den Innenausschuss abwarten wolle. Der SPÖ-Beschluss sei sofort nach dessen Ende gefällt worden. Es sei dies so, als ob – noch bevor das Gericht zusammentritt, - dieses schon am Beginn sagt, wie das Urteil aussehen wird.

Wenn man sich die Ergebnisse und Aussagen der Auskunftspersonen im Sonder-Innenausschuss vor Augen halte, so seien die politischen Vorwürfe nicht aufrecht zu erhalten. Wenn SPÖ-Klubobmann Cap meine, dass der Ausschuss nichts gebracht habe, so gehe dies völlig an der objektiven Wahrheit und an den Fakten vorbei.

Ein weiterer Beleg sei die Vorgehensweise des Justizministeriums, wo man in wesentlichen Punkten schon über Monate offenbar nicht daran interessiert sei, die Vorwürfe aufzuklären. Zudem habe man versucht, die Adamovich-Evaluierungs-kommission an ihrer Arbeit zu behindern, verwies Donnerbauer auf zwei Interventionen des Kabinettschefs von Justizministerin Maria Berger, Dr. Albin Dearing, mit dem Versuch, die Evaluierungskommission unter der Leitung des ehemaligen Verfassungsgerichtshof-Präsidenten Adamovich von der Arbeit abzuhalten. Das werde man am Freitag hinterfragen.

Ich sehe das als politische Strategie, die offenkundig schon länger vorbereitet wurde. Zudem gebe es auch Aussagen von Herwig Haidinger, dass er mit Politikern Gespräche geführt habe. "Das war für mich auch der Hinweis, dass es schon seit längerem Informationen gibt und man hier versucht, etwas 'aufzubauen' - aus welchen Gründen auch immer."

"Das bringt natürlich auch ein Vertrauensdefizit", so Donnerbauer über die SPÖ. "Es ist schwierig mit einem Partner, der den gemeinsam beschlossenen Weg nicht mehr einhält, objektive Ergebnisse ignoriert und dann Entscheidungen fällt, die von Beginn an schon festgestanden sind, vertrauensvoll zusammenzuarbeiten. Wir wollen das weiterhin, aber hier sind vertrauensbildende Maßnahmen notwendig."

Der Vorsitzende im Justizausschuss ging dann auf den Justizausschuss am Freitag genauer ein.

"Es wird darum gehen, den Stand und den bisherigen Verlauf der Ermittlungen zu erfahren", so Donnerbauer. Es gebe Vorwürfe, die bereits seit Monaten beziehungsweise mehr als ein Jahr bei der Justiz anhängig seien. "Entweder ist nichts dran, oder man versucht, das Thema parteipolitisch vor sich herzuschieben", vermutet Donnerbauer. "Wir wollen daher als Auskunftspersonen alle im Bereich der Staatsanwaltschaft damit beschäftigen Personen anhören, nannte der Abgeordnete die Staatsanwälte Werner Pleischl, Georg Krakow und Peter Gildemeister. Es mache ihn betroffen, dass sich die SPÖ hier ziere, diese Auskunftspersonen zu hören. "Wir werden jedenfalls darauf bestehen. Wenn das verhindert wird, ist dies wieder ein Zeichen, dass man nur an einer parteipolitischen Ausschlachtung interessiert ist und nicht an seriöser Aufklärung."

Die ÖVP habe klar gezeigt, an einer Aufklärung interessiert zu sein. "Ein Untersuchungsausschuss macht keinen Sinn - nicht, weil wir nicht an einer Aufklärung interessiert sind, aber er kann nicht mehr Informationen bringen als die Ermittlungen der Justiz oder einer unabhängigen Kommission. Es ist bedauerlich, wenn man ein wichtiges parlamentarisches Kontrollinstrument parteipolitisch missbraucht!"

"Wir sind für Kontrolle und Aufklärung, aber dagegen, dass über Wochen und Monate Stillstand eintritt", erinnerte Donnerbauer an das Vorjahr und an die damit verbundenen "beträchtlichen Kosten". Allein für die beiden Untersuchungsausschüsse seien mehr als 1,7 Millionen Euro angelaufen.

Vertrauensbildende Maßnahmen müssten vom Koalitionspartner ausgehen. Wenn man das Verhalten der SPÖ betrachte, die zuletzt mehrfach von den getroffenen Vereinbarungen abgehe, so zeige sich, dass diese hier offensichtlich nicht zusammenarbeiten will. Es sei zudem auch kein Zeichen der Stärke des Kanzlers, dieser wurde offenbar von der eigenen Partei überrollt."

4) Zustandekommen des Untersuchungsausschusses

Am 3. März 2008 wurde gemäß § 33 GOG folgender Antrag betreffend die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses hinsichtlich der Vertuschung von Polizeiaffären und des Missbrauchs der politischen Macht insbesondere im Bundesministerium für Inneres, aber auch in den Bundesministerien für Justiz, für Finanzen und für europäische und internationale Angelegenheiten von den Oppositionsparteien Grüne, FPÖ und BZÖ in der 49. Sitzung des Nationalrates eingebracht:

A N T R A G

*der Abgeordneten Pilz, Strache, Westenthaler
und Kolleginnen und Kollegen*

gemäß § 33 GOG betreffend die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses hinsichtlich der Vertuschung von Polizeiaffären und des Missbrauchs der politischen Macht insbesondere im Bundesministerium für Inneres, aber auch in den Bundesministerien für Justiz, für Finanzen und für europäische und internationale Angelegenheiten

Die unterzeichneten Abgeordneten stellen den Antrag, einen Untersuchungsausschuss im Verhältnis SPÖ: 6, ÖVP: 6, GRÜNE: 2, FPÖ: 2, BZÖ: 1 einzusetzen.

Gegenstand der Untersuchung:

Untersuchung aller Abläufe und Entscheidungen im Zusammenhang mit den Vorwürfen über die Amtsführung insbesondere im Bundesministerium für Inneres, aber auch in den Bundesministerien für Justiz, für Finanzen und für europäische und internationale Angelegenheiten insbesondere auch seit dem Jahr 2000 (hinsichtlich etwa des Entführungsfalles „Kampusch“ ab dem Zeitpunkt der Entführung). Dabei sind insbesondere folgende Punkte zu behandeln:

- *Aufklärung, ob es bei den kriminalpolizeilichen und gerichtlichen Ermittlungen im Fall „Kampusch“ zu schweren Fehlern gekommen ist;*
- *Aufklärung, ob vor den NRW 2006 vom Kabinett der Bundesministerin für Inneres (KBM) dem damaligen Direktor des BKA die Weisung erteilt wurde, die Vernehmung eines Zeugen im Zusammenhang mit dem Fall „Kampusch“ vor den Wahlen zu unterlassen;*
- *Aufklärung, ob im weiteren die Evaluierung der kriminalpolizeilichen Ermittlungen im Fall „Kampusch“ verhindert und schwere Fehler bei den Ermittlungen vertuscht oder gar nicht untersucht wurden;*
- *Aufklärung, ob das KBM im Rahmen der kriminalpolizeilichen Aufklärung der „BAWAG-Affäre“ vor den NRW 2006 gezielt Material für den Wahlkampf gegen die SPÖ vom Bundeskriminalamt (BKA) und anderen Dienststellen anforderte;*
- *Aufklärung, ob diese Unterlagen vom KBM gezielt an Medien weiter gegeben wurden;*
- *Aufklärung, ob in diesem Zusammenhang auch in anderen Bundesministerien - insbesondere im Bundesministerium für Finanzen und im Bundesministerium für Justiz - gezielt Material für den Wahlkampf gegen die SPÖ angefordert und an Medien weiter gegeben wurde;*
- *Aufklärung, ob Beamte des BKA vom Bundesminister für Inneres angewiesen wurden, gegen den Rechtsanwalt Mag. Georg Bürstmayr eine Anzeige wegen des Verdachts der Schlepperei*

ohne sachliches Substrat bei der StA einzubringen, um ihn als Leiter einer Kommission des Menschenrechtsbeirats zu verhindern;

- *Aufklärung, ob der damalige Chef des KBM Mag. Philipp Ita mittels Weisung an oder durch politischen Druck auf den damaligen Direktor des BKA versucht hat, Akten, die dem Untersuchungsausschuss "Finanzmarktaufsicht, BAWAG, Hypo Alpe-Adria und weitere Finanzdienstleister" („Banken-Untersuchungsausschuss“) vom BKA zur Verfügung gestellt werden sollten, vorher dem Klub der ÖVP zukommen zu lassen;*
- *Aufklärung, ob dem Untersuchungsausschuss "Finanzmarktaufsicht, BAWAG, Hypo Alpe-Adria und weitere Finanzdienstleister" („Banken-Untersuchungsausschuss“) ein Dokument im Zusammenhang mit der damaligen Außenministerin Ferrero-Waldner nicht oder verändert zugeleitet wurde;*
- *Aufklärung darüber, ob und inwieweit vom Untersuchungsausschuss "Finanzmarktaufsicht, BAWAG, Hypo Alpe-Adria und weitere Finanzdienstleister" angeforderte Akten dem Ausschuss verspätet, manipuliert oder gar nicht zugeleitet wurden;*
- *Aufklärung über die mögliche Finanzierung von ÖGB und SPÖ durch die BAWAG;*
- *Aufklärung, warum erst jetzt die Ordner mit den Unterlagen, die den Verdacht auf Finanzierung der SPÖ durch die BAWAG begründen, gefunden worden sind;*
- *Aufklärung, ob der Bundesminister für Inneres EKIS-Daten von Angehörigen von Arigona Zogaj ohne ausreichende rechtliche Grundlage der Öffentlichkeit bekannt gemacht hat;*
- *Aufklärung, ob Angehörige des KBM und Beamte des BMI an dieser Bekanntmachung beteiligt waren;*
- *Aufklärung, ob der Landeshauptmann von Niederösterreich und der Landesgeschäftsführer der ÖVP-Niederösterreich EKIS-Daten der Familie Zeqai beschafft und öffentlich benutzt haben;*
- *Aufklärung, wer im BMI der ÖVP-Niederösterreich Zugang zu EKIS-Daten ermöglicht hat;*
- *Aufklärung, ob die gerichtliche Untersuchung der Vorwürfe, die gegen Beamte im Zusammenhang mit der „Spitzelaffäre“ – dem Verdacht der missbräuchlichen Verwendung von EKIS-Daten – erhoben wurden, durch den damaligen Justizminister, den damaligen Innenminister oder andere Vertreter des BMJ oder BMI behindert wurde;*
- *Aufklärung über den behaupteten Machtmisbrauch im Bereich des Landespolizeikommandos Tirol, vor allem der im Zusammenhang mit der sogenannten „Soko Kitz“ bzw. „Soko 05“ stehenden Sachverhalte;*
- *Aufklärung, ob eine Teillieferung von panzerbrechenden Waffen Steyr .50-HS ohne ausreichende Genehmigungen nach dem KMG auf Intervention aus dem KBM gegen den erklärten Willen der Bundesministerin für Inneres an den Iran geliefert wurde;*
- *Aufklärung, ob es im Bereich des Vergabewesens zu unzulässigen Interventionen aus dem KBM gekommen ist;*
- *Aufklärung, ob ein polizeiliches Verfahren gegen den damaligen Kabinettschef Mag. Philipp Ita unterdrückt wurde;*
- *Aufklärung, warum die Missstände in der Wiener Polizei (z.B. Affäre „Horngacher“) trotz eindeutiger Hinweise jahrelang nicht verfolgt wurden;*
- *Aufklärung, ob im Vollzug der Fachaufsicht und der Dienstaufsicht über die österreichischen Konsularbehörden die illegale Vergabe von Einreisevisa begünstigt worden ist;*

- Aufklärung, ob durch Mängel in der Fachaufsicht und Umstände bei der Erstellung der Liste von Unternehmen, denen Visa für Personal in „Unterhaltungsbetrieben“ auszustellen sind, Menschenhandel und illegale Prostitution begünstigt worden sind;
- Aufklärung, ob im Bereich des BMI, aber auch in anderen Bundesministerien wie dem BMLV bei der Vergabe von Posten ab dem Jahr 2000 der ÖVP nahe stehende Personen systematisch bevorzugt wurden;
- Aufklärung, welche Rolle dabei im Kabinett des Bundesministers für Inneres
 - + der heutige Kabinettschef der Gesundheitsministerin
 - + der heutige Landespolizeikommandant von Tirol
 - + der heutige Landespolizeikommandant von Oberösterreich
 - + der heutige Leiter der Sektion III im BMI
 - + der heutige Landesgeschäftsführer der ÖVP Niederösterreich gespielt haben;
- Aufklärung, ob das Büro für Interne Angelegenheiten (BIA) oder andere Bundesinrichtungen für parteipolitische Zwecke missbraucht worden sind;
- Aufklärung, ob vom BIA oder anderen Bundesinrichtungen missbräuchliche Informationspolitik betrieben worden ist (wie in den Fällen „Ebergassing“ oder „Briefbomben“);
- Aufklärung, ob es im Rahmen der Tätigkeit des BIA oder anderer Bundesinrichtungen zu gesetzlich nicht gedeckten Überwachungsmaßnahmen insbesondere gegen Politiker gekommen ist;
- Aufklärung, ob es im Rahmen der staatsanwaltschaftlichen Aufträge an die Sicherheitsbehörden – insbesondere das BIA – und der dazugehörigen Vorgänge innerhalb des Justizressorts zu unsachlichen Differenzierungen je nach Betroffenem in der Vorgangsweise kam;
- Aufklärung darüber, wie polizeiliche oder staatsanwaltschaftliche Vernehmungsprotokolle an die Medien gelangen konnten;
- Untersuchung der rechtlichen und politischen Verantwortlichkeit im Zusammenhang mit den genannten Sachverhalten.

Untersuchungsauftrag:

Der Untersuchungsausschuss soll durch die Anwendung aller in der VO-UA vorgesehenen Instrumente zum Untersuchungsgegenstand und durch Einsicht in sämtliche Akten, Verträge, Vorverträge, und sonstige Unterlagen des Bundesministeriums für Inneres, des Bundesministeriums für Justiz, des Bundesministeriums für Finanzen, des Bundesministeriums für europäische und internationale Angelegenheiten (bis 28.2.2007 Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten) sowie allfälliger anderer Bundesministerien und Bundesinrichtungen im Zusammenhang mit dem Untersuchungsgegenstand sämtliche Sachverhalte auf rechtliche und politische Verantwortlichkeiten prüfen.

Dieser Antrag auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses wurde mit den Stimmen von SPÖ, Grünen, FPÖ und BZÖ, gegen die Stimmen der ÖVP, angenommen.

5) Folgender Beweisbeschluss wurde gefasst

Beweis wird aufgenommen über folgende Untersuchungsgegenstände:

1. **Machtmisbrauch**

- 1.1. (4.) Aufklärung, ob das KBM im Rahmen der kriminalpolizeilichen Aufklärung der „BAWAG-Affäre“ vor den NRW 2006 gezielt Material für den Wahlkampf gegen die SPÖ vom Bundeskriminalamt (BKA) und anderen Dienststellen anforderte;
- 1.2. (5.) Aufklärung, ob diese Unterlagen vom KBM gezielt an Medien weiter gegeben wurden;
- 1.3. (6.) Aufklärung, ob in diesem Zusammenhang auch in anderen Bundesministerien - insbesondere im Bundesministerium für Finanzen und im Bundesministerium für Justiz - gezielt Material für den Wahlkampf gegen die SPÖ angefordert und an Medien weiter gegeben wurde;
- 1.4. (8.) Aufklärung, ob der damalige Chef des KBM Mag. Philipp Ita mittels Weisung an oder durch politischen Druck auf den damaligen Direktor des BKA versucht hat, Akten, die dem Untersuchungsausschuss "Finanzmarktaufsicht, BAWAG, Hypo Alpe-Adria und weitere Finanzdienstleister" („Banken-Untersuchungsausschuss“) vom BKA zur Verfügung gestellt werden sollten, vorher dem Klub der ÖVP zukommen zu lassen;
- 1.5. (9.) Aufklärung, ob dem Untersuchungsausschuss "Finanzmarktaufsicht, BAWAG, Hypo Alpe-Adria und weitere Finanzdienstleister" („Banken-Untersuchungsausschuss“) ein Dokument im Zusammenhang mit der damaligen Außenministerin Ferrero-Waldner nicht oder verändert zugeleitet wurde;
- 1.6. (10.) Aufklärung darüber, ob und inwieweit vom Untersuchungsausschuss "Finanzmarktaufsicht, BAWAG, Hypo Alpe-Adria und weitere Finanzdienstleister" angeforderte Akten dem Ausschuss verspätet, manipuliert oder gar nicht zugeleitet wurden;
- 1.7. (13.) Aufklärung, ob der Bundesminister für Inneres EKIS-Daten von Angehörigen von Arigona Zogaj ohne ausreichende rechtliche Grundlage der Öffentlichkeit bekannt gemacht hat;
- 1.8. (14.) Aufklärung, ob Angehörige des KBM und Beamte des BMI an dieser Bekanntmachung beteiligt waren;
- 1.9. (15.) Aufklärung, ob der Landeshauptmann von Niederösterreich und der Landesgeschäftsführer der ÖVP-Niederösterreich EKIS-Daten der Familie Zeqai beschafft und öffentlich benutzt haben;
- 1.10. (16.) Aufklärung, wer im BMI der ÖVP-Niederösterreich Zugang zu EKIS-Daten ermöglicht hat;
- 1.11. (7.) Aufklärung, ob Beamte des BKA vom Bundesminister für Inneres angewiesen wurden, gegen den Rechtsanwalt Mag. Georg Bürstmayr eine Anzeige wegen des Verdachts der Schlepperei ohne sachliches Substrat bei der StA einzubringen, um ihn als Leiter einer Kommission des Menschenrechtsbeirats zu verhindern;
- 1.12. (18.) Aufklärung über den behaupteten Machtmisbrauch im Bereich des Landespolizeikommandos Tirol, vor allem der im Zusammenhang mit der sogenannten „Soko Kitz“ bzw. „Soko 05“ stehenden Sachverhalte;
- 1.13. (21.) Aufklärung, ob ein polizeiliches Verfahren gegen den damaligen Kabinettschef Mag. Philipp Ita unterdrückt wurde;
- 1.14. (31.) Aufklärung darüber, wie polizeiliche oder staatsanwaltschaftliche Vernehmungsprotokolle an die Medien gelangen konnten;

2. Besetzungen

- 2.1. (25.) Aufklärung, ob im Bereich des BMI, aber auch in anderen Bundesministerien wie dem BMLV bei der Vergabe von Posten ab dem Jahr 2000 der ÖVP nahe stehende Personen systematisch bevorzugt wurden;
- 2.2. 26. Aufklärung, welche Rolle dabei im Kabinett des Bundesministers für Inneres + der heutige Kabinettschef der Gesundheitsministerin + der heutige Landespolizeikommandant von Tirol + der heutige Landespolizeikommandant von Oberösterreich + der heutige Leiter der Sektion III im BMI + der heutige Landesgeschäftsführer der ÖVP Niederösterreich gespielt haben;

3. Verdacht von Vertuschung

- 3.1. (1.) Aufklärung, ob es bei den kriminalpolizeilichen und gerichtlichen Ermittlungen im Fall „Kampusch“ zu schweren Fehlern gekommen ist;
- 3.2. (2.) Aufklärung, ob vor den NRW 2006 vom Kabinett der Bundesministerin für Inneres (KBM) dem damaligen Direktor des BKA die Weisung erteilt wurde, die Vernehmung eines Zeugen im Zusammenhang mit dem Fall „Kampusch“ vor den Wahlen zu unterlassen;
- 3.3. (3.) Aufklärung, ob im weiteren die Evaluierung der kriminalpolizeilichen Ermittlungen im Fall „Kampusch“ verhindert und schwere Fehler bei den Ermittlungen vertuscht oder gar nicht untersucht wurden;
- 3.4. (22.) Aufklärung, warum die Missstände in der Wiener Polizei (z.B. Affäre „Horngacher“) trotz eindeutiger Hinweise jahrelang nicht verfolgt wurden;
- 3.5. (17.) Aufklärung, ob die gerichtliche Untersuchung der Vorwürfe, die gegen Beamte im Zusammenhang mit der „Spitzelaffäre“ – dem Verdacht der missbräuchlichen Verwendung von EKIS-Daten – erhoben wurden, durch den damaligen Justizminister, den damaligen Innenminister oder andere Vertreter des BMJ oder BMI behindert wurde;

4. BIA

- 4.1. (27.) Aufklärung, ob das Büro für Interne Angelegenheiten (BIA) oder andere Bundeseinrichtungen für parteipolitische Zwecke missbraucht worden sind;
- 4.2. (28.) Aufklärung, ob vom BIA oder anderen Bundeseinrichtungen missbräuchliche Informationspolitik betrieben worden ist (wie in den Fällen „Ebergassing“ oder „Briefbomben“);
- 4.3. (29.) Aufklärung, ob es im Rahmen der Tätigkeit des BIA oder anderer Bundeseinrichtungen zu gesetzlich nicht gedeckten Überwachungsmaßnahmen insbesondere gegen Politiker gekommen ist;
- 4.4. (30.) Aufklärung, ob es im Rahmen der staatsanwaltschaftlichen Aufträge an die Sicherheitsbehörden – insbesondere das BIA – und der dazugehörigen Vorgänge innerhalb des Justizressorts zu unsachlichen Differenzierungen je nach Betroffenem in der Vorgangsweise kam;

5. Parteienfinanzierung

- 5.1. (11.) Aufklärung über die mögliche Finanzierung von ÖGB und SPÖ durch die BAWAG;
- 5.2. (12.) Aufklärung, warum erst jetzt die Ordner mit den Unterlagen, die den Verdacht auf Finanzierung der SPÖ durch die BAWAG begründen, gefunden worden sind;

6. Visa

- 6.1. (23.) Aufklärung, ob im Vollzug der Fachaufsicht und der Dienstaufsicht über die österreichischen Konsularbehörden die illegale Vergabe von Einreisevisa begünstigt worden ist;
- 6.2. (24.) Aufklärung, ob durch Mängel in der Fachaufsicht und Umstände bei der Erstellung der Liste von Unternehmen, denen Visa für Personal in „Unterhaltungsbetrieben“ auszustellen sind, Menschenhandel und illegale Prostitution begünstigt worden sind;

7. Waffenlieferung

- 7.1. (19.) Aufklärung, ob eine Teillieferung von panzerbrechenden Waffen Steyr 50-HS ohne ausreichende Genehmigungen nach dem KMG auf Intervention aus dem KBM gegen den erklärten Willen der Bundesministerin für Inneres an den Iran geliefert wurde;

8. Auftragsvergaben

- 8.1. (20.) Aufklärung, ob es im Bereich des Vergabewesens zu unzulässigen Interventionen aus dem KBM gekommen ist;

6) Beweisbeschluss wurde abgearbeitet bis Punkt 1.8.

1. Machtmisbrauch

- 1.1. (4.) Aufklärung, ob das KBM im Rahmen der kriminalpolizeilichen Aufklärung der „BAWAG-Affäre“ vor den NRW 2006 gezielt Material für den Wahlkampf gegen die SPÖ vom Bundeskriminalamt (BKA) und anderen Dienststellen anforderte;
- 1.2. (5.) Aufklärung, ob diese Unterlagen vom KBM gezielt an Medien weiter gegeben wurden;
- 1.3. (6.) Aufklärung, ob in diesem Zusammenhang auch in anderen Bundesministerien - insbesondere im Bundesministerium für Finanzen und im Bundesministerium für Justiz - gezielt Material für den Wahlkampf gegen die SPÖ angefordert und an Medien weiter gegeben wurde;
- 1.4. (8.) Aufklärung, ob der damalige Chef des KBM Mag. Philipp Ita mittels Weisung an oder durch politischen Druck auf den damaligen Direktor des BKA versucht hat, Akten, die dem Untersuchungsausschuss "Finanzmarktaufsicht, BAWAG, Hypo Alpe-Adria und weitere Finanzdienstleister" („Banken-Untersuchungsausschuss“) vom BKA zur Verfügung gestellt werden sollten, vorher dem Klub der ÖVP zukommen zu lassen;
- 1.5. (9.) Aufklärung, ob dem Untersuchungsausschuss "Finanzmarktaufsicht, BAWAG, Hypo Alpe-Adria und weitere Finanzdienstleister" („Banken-Untersuchungsausschuss“) ein Dokument im Zusammenhang mit der damaligen Außenministerin Ferrero-Waldner nicht oder verändert zugeleitet wurde;
- 1.6. (10.) Aufklärung darüber, ob und inwieweit vom Untersuchungsausschuss "Finanzmarktaufsicht, BAWAG, Hypo Alpe-Adria und weitere Finanzdienstleister" angeforderte Akten dem Ausschuss verspätet, manipuliert oder gar nicht zugeleitet wurden;
- 1.7. (13.) Aufklärung, ob der Bundesminister für Inneres EKIS-Daten von Angehörigen von Arigona Zogaj ohne ausreichende rechtliche Grundlage der Öffentlichkeit bekannt gemacht hat;
- 1.8. (14.) Aufklärung, ob Angehörige des KBM und Beamte des BMI an dieser Bekanntmachung beteiligt waren;

II. Erschwernisse für die Arbeit des Untersuchungsausschusses

- Der Untersuchungsgegenstand war für die zur Verfügung stehenden Mittel zu umfangreich.
- Erschwerend dazu haben sich Verzögerungen bei der Befragung von Auskunftspersonen durch Entschuldigungen und teilweise nicht nachvollziehbare Erklärungen bezüglich des Fernbleibens der Ladungspersonen ergeben.
- Bei der Übermittlung von Akten, die vom Untersuchungsausschuss beschlossen wurde, hat oft die Kooperation der entsprechenden Ministerien und der betroffenen Dienststellen mit dem Untersuchungsausschuss gefehlt. Inhaltlich identische Akten wurden in verschiedenen Versionen, z.B. einmal geschwärzt, einmal normal lesbar, oftmals nach Ende der vorgegebenen Frist bzw. nur nach mehrfacher Nachfrage seitens der Parlamentsdirektion übermittelt. Zudem wurden inhaltlich identische Akten aus ein- und demselben Ministerium mehrfach unterschiedlich geheim eingestuft.
- Ein in der Sitzung vom 10. Juli 2008 eingebrachter Antrag auf Permanenzerklärung des Untersuchungsausschusses wurde von den Regierungsparteien grundlos abgelehnt, weshalb mindestens 10 Sitzungen nicht abgehalten und viele wichtige Auskunftspersonen nicht gehört werden konnten.
- Die bestehende Verfahrensordnung, die bislang bei 4 Untersuchungsausschüssen angewendet wurde, weist einige Mängel und Lücken, vor allem hinsichtlich Auslegungsproblematik bei Sitzungsunterbrechungen, mangelnder Handhabe bei Nichterscheinen von Auskunftspersonen, etc. auf. Obwohl darauf bereits mehrfach hingewiesen wurde, ist es bislang zu keiner Änderung und Adaptierung dieser Verfahrensordnung auf die Bedürfnisse der Praxis gekommen.
- Schlussendlich konnte der Untersuchungsausschuss seine Arbeit nicht abschließen, da die ÖVP Neuwahlen vom Zaun gebrochen hat und mit Ende der Gesetzgebungsperiode auch der Untersuchungsausschuss endet.

III. Sitzungen des Untersuchungsausschuss

1. Sitzung	Freitag, 7. März 2008
2. Sitzung	Freitag, 14. März 2008
3. Sitzung	Mittwoch, 2. April 2008
4. Sitzung	Dienstag, 15. April 2008
5. Sitzung	Dienstag, 22. April 2008
6. Sitzung	Mittwoch, 23. April 2008
7. Sitzung	Dienstag, 29. April 2008
8. Sitzung	Dienstag, 13. Mai 2008
9. Sitzung	Montag, 26. Mai 2008
10. Sitzung	Dienstag, 27. Mai 2008
11. Sitzung	Montag, 2. Juni 2008
12. Sitzung	Dienstag, 10. Juni 2008
13. Sitzung	Mittwoch, 11. Juni 2008
14. Sitzung	Dienstag, 17. Juni 2008
15. Sitzung	Mittwoch, 18. Juni 2008
16. Sitzung	Dienstag, 24. Juni 2008
17. Sitzung	Mittwoch, 25. Juni 2008
18. Sitzung	Dienstag, 1. Juli 2008
19. Sitzung	Dienstag, 15. Juli 2008
20. Sitzung	Donnerstag, 17. Juli 2008 und Dienstag, 9. September 2008
21. Sitzung	Donnerstag, 18.9.2008

5. Sitzung – Dienstag, 22. April 2008

Geladene Auskunftspersonen:

BM Günther Platter
 SC Dr. Helmut Prugger
 MinRat Dr. Helmut Leimer
 Christian Switak
 GenDir. Dr. Erik Buxbaum
 Mag. Martin Kreutner

Einvernahme BMI Günther Platter

Nach langem Hin und Her verspricht BM Platter nunmehr doch die Übermittlung sämtlicher Akten aus dem Innenministerium an das Parlament.

Für Verwunderung (außer bei der ÖVP) sorgen Platters Aussagen, wonach in Personalakten Angaben über das Sexualleben von Ministeriumsmitarbeitern enthalten sein sollen.

Platter beharrt während seiner rund dreistündigen Befragung wiederholt auf Datenschutz. Den Vorwurf der Vertuschung weist er zurück und verspricht, alle vom Aus-

schuss angeforderten Akten zu übermitteln.

Platter äußert sich zu den Personalakten, Ermittlungsakten und der Veröffentlichung von persönlichen Daten im Fall Kampusch, die er als „unfassbar“ kritisiert. Es sei daher wichtig, dass bei der Aktenübermittlung an den Ausschuss besonders schutzwürdige Daten geschwärzt werden. Das Parlament habe mit dem Ministerium grundsätzlich vereinbart, dass personenbezogene Daten wie ethnische Herkunft, Gewerkschaftszugehörigkeit, religiöse oder philosophische Überzeugung, Gesundheit oder Sexualleben nicht zur Verfügung gestellt werden müssen. Eine von Platter geforderte Schiedsstelle wird mehrheitlich abgelehnt.

Einvernahme MinRat Dr. Helmut Leimer und Christian Switak

Die Vorgangsweise des Innenministeriums bei der Aktenübermittlung verteidigen auch Ministeriumsmitarbeiter Helmut Leimer und Kabinettschef Christian Switak. Letzterer schließt Weisungen durch Sektionsleiter, Akten nicht zu überstellen, aus. Auch von Drohungen seitens des BIA-Chefs Kreutner gegenüber seinen Mitarbeitern weiß er nichts. Ferner schließt er aus, dass jüngste Auszüge aus den Kampusch-Akten aus dem Innenministerium an die Öffentlichkeit gelangt sein könnten.

Laut Switak habe man im Innenministerium eine „Clearing-Stelle“ für die Abwicklung der Aktenübermittlungen eingerichtet; rund 17 Personen seien für die Schwärzung sensibler Daten zuständig und er kündigt eine sukzessive Übersendung der Unterlagen auf Basis des jeweiligen Beweisthemas an den Ausschuss an.

Einvernahme SC Helmut Prugger

SC Helmut Prugger, Vorgesetzter von BIA-Chef Martin Kreutner, dem Behinderung der Übermittlung von BIA-Akten an den U-Ausschuss vorgeworfen wird, berichtet, dass Kreutner die Oberaufsicht über die Aktenübermittlung habe, bestreitet aber, dass Kreutner seinen Mitarbeitern mit Strafe gedroht habe, wenn sie dem Parlament Akten zur Verfügung stellen.

6. Sitzung – Mittwoch, 23. April 2008

Geladene Auskunftspersonen:

Dr. Herwig **Haidinger**

Dr. Helmut **Salomon**

Bgdr Bernhard **Treibenreif**

GMjr Andreas **Pilsl**

Einvernahme Dr. Herwig Haidinger

Haidinger wiederholt frühere Aussagen, wonach das Kabinett besonders an möglichen Geldflüssen von der BAWAG oder vom ÖGB an die SPÖ interessiert gewesen sei.

Demnach sei man zunächst auf einen Antrag auf Kreditvergabe an die SPÖ Oberösterreich über einen Betrag von fünf Millionen Schilling und ÖGB-Schulden bei der BAWAG in Höhe von mehr als einer Milliarde Euro gestoßen. Danach habe der für den „Problemkreis“ Geldflüsse zuständige oberösterreichische Kriminalist Walter Folger von Kreditvergaben ohne Sicherheiten „an die Bundesgeschäftsstelle der SPÖ, Löwelstraße, Wien“ berichtet. *[In einem Aktenvermerk dazu heißt es: „Soweit mir noch in Erinnerung, waren es 1998 und 1999 mehrere Kreditfälle (Aufstockungen) mit letztlich einem Gesamtvolumen von glaublich 60-70 Millionen Schilling“.]*

Einvernahme Dr. Helmut Salomon

Der Leiter der Soko BAWAG, Salomon, erklärt, keine Weisungen bekommen zu haben, in eine bestimmte Richtung zu ermitteln; zeigte sich jedoch „überrascht“ von Parallelvermittlungen des Büros für Interne Angelegenheiten (BIA) in der Causa BAWAG.

Einvernahme Bgdr Bernhard Treibenreif

Treibenreif, Cobra-Chef und Kabinettsmitarbeiter im Innenministerium, kann sich an keinerlei spezielle Ermittlungsaufträge des Ministeriums im Zusammenhang mit möglichen Geldflüssen erinnern. Er widerspricht auch den Aussagen Haidingers, wonach er, Treibenreif, bei einem extra dafür vereinbarten Termin Unterlagen über angebliche Zahlungen von der Gewerkschaft an die Bundes-SPÖ in Höhe von zwei Millionen Schilling und an die Wiener SPÖ in Höhe von 500.000 Schilling erhalten habe.

Gegenüberstellung Haidinger – Treibenreif

Sie bringt keine Aufklärung, außer der Bestätigung der jeweils eigenen Darstellung.

7. Sitzung – Dienstag, 29. April 2008**Geladene Auskunftspersonen:**

Mag. Johannes **Rauch**

Mag. Philip **Ita**

GenDir. Dr. Erik **Buxbaum**

Einvernahme Mag. Johannes Rauch

Johannes Rauch, vormaliger Pressesprecher von BMI Liese Prokop, weist Vorwürfe betreffend Weitergabe von Informationen an die Presse zurück.

Einvernahme Mag. Phillip Ita

Der mittlerweile zur ÖBB gewechselte frühere Kabinettschef von BM Prokop weist den Vorwurf zurück, Haidinger angewiesen zu haben, sämtliche Unterlagen für den nach der Wahl eingesetzten Bankenausschuss vorab an den ÖVP-Klub zu schicken. Er habe mit dem früheren BKA-Chef lediglich den technischen Ablauf der Aktenübermittlung besprochen.

Im Übrigen fokussieren die Aussagen von Rauch und Ita einmal mehr das Interesse des Ausschusses auf die umstrittenen Leiharbeitsverträge in den Ministerbüros: Sowohl Rauch als auch Ita waren nämlich nicht beim Bund beschäftigt, sondern beim Bildungsinstitut der Industriellenvereinigung (Ita) bzw. bei der ÖVP-nahen Niederösterreichischen Versicherung (Rauch).

Einvernahme GenDir. Dr. Erik Buxbaum

Der Generaldirektor für die öffentliche Sicherheit sagte aus, vom früheren Chef des Bundeskriminalamtes, Herwig Haidinger, nie über die angeblichen Missstände im Innenministerium informiert worden zu sein.

Laut Buxbaum habe sich Haidinger die Einvernahmeprotokolle der BAWAG-Sonderkommission schicken lassen. Die Frage der ÖVP, ob Haidinger öfters Druck auf seine Mitarbeiter ausgeübt habe, will Buxbaum nicht direkt beantworten.

8. Sitzung – Dienstag, 13. Mai 2008

Geladene Auskunftspersonen:

Mag. Martin **Kreutner**
 Obstlt Walter **Folger**
 Dr. Herwig **Haidinger**

Einvernahme Mag. Martin Kreutner

Der Chef des Büros für interne Angelegenheiten weist den Vorwurf, die Übermittlung von Akten an den U-Ausschuss behindert und Dokumente persönlich geschwärzt zu haben, zurück. Er bejaht zunächst die Frage, ob gegen Politiker ermittelt worden sei. Namen könne er aber keine nennen, außer jenen des früheren Kanzlers Franz Vranitzky. Das BIA habe im Auftrag der Staatsanwaltschaft in der Causa BAWAG Ermittlungen geführt. Kreutner bestreitet jedoch, dass seine Behörde Politiker „bespitzelt“ habe und weist neuerlich den Vorwurf zurück, er habe Mitarbeitern gedroht, um die Übermittlung von Akten an den Ausschuss zu verhindern. Weiters bestreitet er, selbst Akten geschwärzt zu haben. „Ich habe persönlich keinen einzigen Akt geschwärzt. Das machen Juristen.“

Mit „mangelnden Vorgaben“ rechtfertigt Kreutner die schleppende Aktenübermittlung durch seine Behörde an den U-Ausschuss. Im Wesentlichen sei man vor einem „logistischen Problem“ gestanden, da man keine „klaren Begrifflichkeiten“ gehabt habe. Er verspricht den Abgeordneten jedenfalls, nun die Aktenanforderungen nach einer Prioritätenliste des Ausschusses abarbeiten zu wollen. Streitpunkt ist auch der E-Mailverkehr der Beamten. Laut Kreutner würden diese selbst entscheiden, ob E-Mails privat sind und dem Ausschuss zur Verfügung gestellt werden können.

Einvernahme Dr. Herwig Haidinger

Der frühere Bundeskriminalamtschef behauptet, Beamte des Innenministeriums seien im Fall BAWAG nicht nur nach Frankreich geschickt worden, sondern auch nach Liechtenstein, um mitten im Wahlkampf 2006 nach möglichen Geldflüssen zur SPÖ zu suchen. Dabei sei aber offensichtlich nichts Relevantes gefunden worden.

Aufhorchen lässt Haidinger mit der Aussage, wonach das BKA dem damaligen Kabinett von Innenministerin Liese Prokop auch Informationen über einen Geldfluss im Zusammenhang mit dem aus dem Eurofighter-Ausschuss bekannten Ehepaar Rumpold habe weiterleiten müssen. Worum es dabei genau gegangen sei, sei vorerst noch nicht ganz klar gewesen; es habe sich um eine Summe von „ein paar Millionen“ gehandelt.

Für Belustigung sorgt Haidinger mit der Schilderung eines Gesprächs mit dem ÖVP-Abgeordneten Helmut Kukacka und ÖVP-Volksanwältin Maria Fekter. Haidinger habe sich dabei über den Wunsch des Prokop-Kabinetts beschwert, BAWAG-Akten zuerst dem ÖVP-Klub und erst dann dem Banken-Untersuchungsausschuss zu schicken. Die Beschwerde habe Fekter nicht verstanden, denn „das bekommen wir auch von der Finanz“.

Der oberösterreichische Kriminalist Walter Folger erscheint wegen Urlaubs nicht zur Einvernahme.

9. Sitzung – Montag, 26. Mai 2008

Geladene Auskunftspersonen:

GenMjr Andreas **Pils**
 Dr. Herwig **Haidinger**
 Mag. Gerhard **Schneider**

Einvernahme GenMjr Andreas Pils

Der frühere Kabinettsmitarbeiter von BM Prokop nunmehriger oberösterreichische Landespolizeikommandant und ÖVP-Gemeinderat im oberösterreichischen Grein wies Haidingers Vorwürfe bezüglich des Machtmissbrauchs im BMI stets zurück.

Allerdings bestätigt er, dass die mittlerweile verstorbene Ressortchefin über die Ermittlungsergebnisse informiert werden wollte.

Nicht erinnern kann sich Pils an die angeblichen Jagd-Einladungen des Rüstungslobbyisten Alfons Mensdorff-Pouilly an Mitarbeiter von Prokops Vorgänger Ernst Strasser.

Das Verhältnis mit dem früheren Spitzenbeamten Haidinger bezeichnet er als gespannt. „Es war nicht immer ein angenehmer Umgang. Es hat kaum eine Vertrauensbasis gegeben.“

Pils bestätigt weiters, dass für jede ÖVP-Organisation im Kabinett ein konkreter Mitarbeiter zuständig gewesen sei. Die Frage, ob ähnliche Zuständigkeiten auch für andere Parteien, etwa die SPÖ, verteilt worden seien, verneint Pils.

Laut Pils soll auch das Verhältnis zwischen Ex-BMI Prokop und Ex-BKA-Chef Haidinger äußerst schlecht gewesen sein. Prokop habe „kein Vertrauen“ in Haidinger gehabt und sei mit dessen Amtsführung nicht zufrieden gewesen. Als Grund für das Misstrauen der früheren Ministerin gibt der ehemalige Prokop-Mitarbeiter u.a. an, dass Haidinger Inhalte vertraulicher Gespräche per E-Mail oft „quer durch Österreich versandt“ habe oder bei Pressekonferenzen mit der Innenministerin einfach nicht erschienen sei.

Gegenüberstellung Haidinger – Pils

Einmal mehr bleibt jeder bei seinen Aussagen.

Gerhard Schneider, (Ex-)Vertrauter Herwig Haidingers, lässt sich entschuldigen. Er befindet sich nach einer Schulteroperation im Krankenstand.

10. Sitzung – Dienstag, 27. Mai 2008

Geladene Auskunftspersonen:

Obstlt Walter **Folger**
 Mag. Georg **Krakow**
 Mag. Erich **Zwettler**
 Dr. Herwig **Haidinger**

Einvernahme Obstlt Walter Folger

Obstlt. Walter Folger bestätigt, von Mai 2006 bis August 2006 für „den kleinen Bereich“ möglicher Geldflüsse zwischen BAWAG und SPÖ zuständig gewesen zu sein. Diese Ermittlungsarbeit habe er im Auftrag von Ex-BKA-Chef Herwig Haidinger aufgenommen, einen speziellen Auftrag der Staatsanwaltschaft habe er dafür nicht erhalten. Ob seine Vorgesetzten einen entsprechenden Ermittlungsauftrag seitens der

Justiz bekommen haben, kann er nicht sagen. Auch über deren Motive kann er keine Angaben machen.

Folger gibt an, zum ersten Mal von seinem möglichen Einsatz in der Soko BAWAG bei einem Telefonat mit dem ehemaligen Kabinettsmitarbeiter Andreas Pilsl erfahren zu haben. Beauftragt worden sei er dann von Haidinger, sein Einsatz sei von Beginn an auf drei Monate befristet gewesen. Er berichtet auch von einem Treffen mit Pilsl, bei dem er diesen über den Stand der Ermittlungen informiert habe. Bei seinen Untersuchungen habe er sich u. a. mit den Gepflogenheiten bei Kreditvergaben der BAWAG „ohne Sicherheiten und Blanko“ (u. a. an die SPÖ) beschäftigt. Das Ergebnis sei gewesen, dass keine „sonderlichen strafrechtlich relevanten Verhältnisse“ vorgelegen seien.

Wegen der langen Krakow-Befragung, welche nicht öffentlich geführt wurde, wurden die weiteren für diesen Termin vorgesehenen Auskunftspersonen entlassen; sie sollen später befragt werden.

11. Sitzung – Montag, 2. Juni 2008

Geladene Auskunftspersonen:

Mag. Gerhard **Schneider**

Dr. Heinrich **Traumüller**

Dr. Kurt **Pribil**

Obstlt Walter **Folger**

Einvernahme Mag. Gerhard Schneider

Schneider berichtet von mehreren Telefonaten mit seinem ehemaligen Chef Haidinger im Sommer 2006, wo dieser seine Bedenken bezüglich der Ermittlungen zur Causa BAWAG mitgeteilt hat („komisch gelaufen“, das Kabinett wollte immer „sehr schnell das Ermittlungsergebnis wissen, was auch immer schnell in den Medien gestanden sei“)

Vorwürfe erhebt Schneider gegen den ehemaligen Kabinettschef des BMI Philipp Ita. Dieser habe ihm aufgetragen, belastendes Material gegen den ehemaligen Leiter der Sektion 3, Wolf Szymanski, zu beschaffen. Da er dies aber abgelehnt habe, habe ihm Ita gedroht, Überstunden „zusammengestrichen“ und schließlich sei er zwangsversetzt worden.

Einvernahme Dr. Kurt Pribil und Dr. Heinrich Traumüller

Beide werden zur möglichen Instrumentalisierung der Finanzmarktaufsicht zu Wahlkampfzwecken im Jahr 2006 im Zusammenhang mit der BAWAG-Affäre befragt. Thematisiert werden dabei erneut das so genannte „Grasser-Dossier“ sowie Großkreditabfragen der FMA im Zusammenhang mit einem SPÖ-Kredit bei der BAWAG. Beide Auskunftspersonen weisen den Vorwurf, die FMA habe speziell in Richtung eventueller Geldflüsse von der BAWAG an die SPÖ geprüft, zurück. Bestritten wird von beiden, dass Informationen zu einer Abfrage eines Großkredits der SPÖ bei der BAWAG von der FMA an Medien weitergegeben worden seien.

Einvernahme Obstlt Walter Folger

Hat Obstlt. Walter Folger bei seiner letzten Einvernahme vor dem Ausschuss angegeben, in der Soko BAWAG für den Bereich „mögliche Geldflüsse zwischen BAWAG

und SPÖ“ zuständig gewesen zu sein, so betont er heute, dass es keinen Sonderauftrag in diesem Zusammenhang gegeben hat.

12. Sitzung – Dienstag, 10. Juni 2008

Geladene Auskunftspersonen:

Dr. Helmut **Prugger**
Mag. Martin **Kreutner**
Dr. Ronald **Schön**
Mag. Erich **Zwettler**

Einvernahme SC Dr. Helmut Prugger

SC Prugger hebt bei seiner Befragung hervor, dass das BIA in der Causa BAWAG außerhalb der internen Befehlskette im Innenministerium gehandelt habe; bei Aufträgen der Staatsanwaltschaft habe man eine Generalermächtigung für Erhebungen gehabt. Staatsanwalt Georg Krakow habe das BIA mit Erhebungen rund um eine 72.000 Euro-Zahlung von BAWAG-Spekulant Wolfgang Flöttl an Ex-Kanzler Franz Vranitzky betraut.

Unwissend gibt sich der Sektionschef, was Ermittlungen des BIA gegen Politiker betrifft. So gibt er an, von Untersuchungen gegen Vranitzky von Kreutner erfahren zu haben.

Einvernahme Mag. Martin Kreutner

BIA-Chef Kreutner erklärt bei seiner zweiten Befragung vor dem Untersuchungsausschuss, seine Behörde habe bereits unter BM Strasser die Weisung erhalten, dass sie keine Weisung erhalten dürfe.

Bei den Ermittlungen in der Causa BAWAG habe das BIA sich nicht von selbst eingeschaltet, sondern sei von der Staatsanwaltschaft dazu beauftragt worden. „Dem wurde nachgekommen“, so Kreutner. Die Delegierung durch die Staatsanwaltschaft an das BIA bezeichnet Kreutner als alltäglich.

Einvernahme StA Dr. Ronald Schön

Der Ex-Vorgesetzte von Staatsanwalt Krakow, Staatsanwalt Ronald Schön, hegt Zweifel an der Kompetenz des BIA. Von Parallelermittlungen des BIA gegen Ex-Bundeskanzler Franz Vranitzky habe er, Schön, nichts gewusst und erst aus den Medien erfahren.

Thema ist auch die Frage, wie vertrauliche Einvernahmeprotokolle sowie die Klageschrift des BAWAG-Prozesses in Medien hätten landen können. Schön erklärt, es habe den Wunsch von Ex-BKA-Chef Haidinger gegeben, ihm alle Einvernahmeprotokolle vorzulegen.

Bezüglich der Anklageschrift bestätigt Schön entsprechende Verdachtsmomente gegen den ehemaligen Pressesprecher von Ex-Justizministerin Karin Gastinger, Christoph Pöchinger. Demnach sei genau jene Version des Dokuments im Wochenmagazin „News“ erschienen, die Pöchinger übergeben worden sei. Nach Schöns Darstellung habe sich der ehemalige Pressesprecher die Anklageschrift aus dem Büro von BMI-Sektionschef Werner Pürstl geholt. Auch habe es das Ansuchen Pöchingers gegeben, mit dem mittlerweile verstorbenen „News“-Journalisten Alfred Worm „Kontakt zu halten“.

Einvernahme Mag. Erich Zwettler

Der Leiter der Abteilung „Ermittlungen, Organisierte und Allgemeine Kriminalität“ im Bundeskriminalamt bestreitet Vorwürfe, ein Dokument, welches die ehemalige Außenministerin Dr. Benita Ferrero-Waldner schwer belastet, sei in verfälschter Form an den Banken-Untersuchungsausschuss weitergeleitet worden.

13. Sitzung – Mittwoch, 11. Juni 2008

Geladene Auskunftspersonen:

Mag. Mathias **Klinger**

Hans-Georg **Kramer**

Dr. Josef **Christl**

Dr. Franz **Einzinger**

In einem Schreiben des BMI wird den Abgeordneten mitgeteilt, dass der für den Nachmittag geladene Sektionschef Franz Einzinger nur unter Ausschluss der Öffentlichkeit aussagen dürfe. Nach einer Fraktionsführerbesprechung wird die Ladung Einzingers verschoben.

Einvernahme Mag. Mathias Klinger

Der ehemalige Vorstandsassistent der Finanzmarktaufsicht (FMA) verteidigt die Recherche über Kredite der SPÖ bei der BAWAG. Die Durchführung derartiger Abfragen in der Großkreditevidenz der Nationalbank sei grundsätzlich üblich. Außerdem verweist er auf damals kursierende „Marktgerüchte“ über unbesicherte Kredite der BAWAG an die SPÖ, denen die FMA nachgehen hätte müssen.

Es sei noch heute die Ansicht der FMA, dass es im BAWAG-Skandal keine aufsichtsrechtlichen Verfehlungen gegeben habe. Die FMA habe die „Ziele“ des BMF bei der Beantwortung außerdem „nicht beachtet“.

Einvernahme Hans-Georg Kramer

Der frühere Kabinettsmitarbeiter von Ex-Finanzminister Karl-Heinz Grasser, der jenes Strategiepapier zur BAWAG-Affäre ausgearbeitet hat, das Ende Mai 2006 an FMA und Nationalbank verschickt wurde, schließt aus, dass die in dem Papier formulierten politischen Ziele Einfluss auf die den Finanzkontrolleuren vorgegebenen Fragen und Maßnahmen gehabt haben könnten.

Fragen zu den vorliegenden unterschiedlichen Versionen des Dossiers kann Kramer nicht beantworten.

Die Einvernahmen von Dr. Josef Christl und von Dr. Franz Einzinger werden verschoben.

14. Sitzung – Dienstag, 17. Juni 2008

Geladene Auskunftspersonen:

Mag. Rainer **Nimmervoll**

Dr. Robert **Jirovsky**

Christoph **Pöchinger**

BM a. D. Mag. Karin **Gastinger**

HR Mag. Reinhard **Führlinger**

Rainer Nimmervoll vom Landesgericht Linz, Staatsanwalt Robert Jirovsky und Ex-BMJ Karin Gastinger begründen ihr Nichterscheinen vor dem Ausschuss mit Urlaub.

Einvernahme von Christoph Pöchinger

Der Ex-Pressesprecher von Ex-Justizministerin Gastinger, der unter Verdacht steht, die Anklageschrift des Prozesses an das Wochenmagazin „News“ weitergegeben zu haben, weist alle diesbezüglichen Vorwürfe zurück.

Gegen Ende seiner Anhörung werden Vorwürfe gegen BZÖ-Chef Peter Westenthaler bezüglich dessen angeblicher Interventionsversuche bei der Ex-Bundesministerin Gastinger zu Gunsten des Investmentbankers Wolfgang Flöttl wieder aufgerollt. Pöchinger berichtet erneut von einem Telefonat mit Westenthaler, in dem dieser ihn um besagte Intervention ersucht habe.

Einvernahme HR Mag. Reinhard Führlinger

Der am Landesgericht Linz mit dem Verfahren gegen Christoph Pöchinger betraute Führlinger meint, dass „es zwei sein können, die damit zu tun haben könnten“ – Christoph Pöchinger und Staatsanwalt Ronald Schön.

15. Sitzung – Mittwoch, 18. Juni 2008

Geladene Auskunftspersonen:

Mag. Karl-Heinz **Grasser**
ChefInsp. Franz **Eckerstorfer**
AbtInsp. Gert **Krachler**
Alois **Gappmeier**

Einvernahme Mag. Karl-Heinz Grasser

Ex-Finanzminister Karl-Heinz Grasser weist erneut alle Vorwürfe im Zusammenhang mit dem sogenannten „Grasser-Dossier“ sowie Großkreditabfragen der FMA zu einem SPÖ-Kredit bei der BAWAG zurück. Er betont, dass diesbezüglich eingebrachte Sachverhaltsdarstellungen wegen Amtsmisbrauchs und übler Nachrede von der Staatsanwaltschaft eingestellt worden seien. Laut seiner Darstellung haben er und Ex-Bundeskanzler Wolfgang Schüssel die BAWAG gerettet.

Er weist auch Vorwürfe zurück, er habe einen geheimen Prüfbericht der Nationalbank, in dem es um Eigentumsverhältnisse der BAWAG gehe, an Journalisten des Nachrichtenmagazins „Profil“ weitergegeben.

Thema am Rande ist auch jener Segeltörn an der Küste Kroatiens auf der Yacht des Bankiers Julius Meinl, bei dem auch der nun im BAWAG-Prozess mitangeklagte Investmentbanker Wolfgang Flöttl mit dabei war. Gefragt, ob er sich mit diesem dabei auch über die BAWAG unterhalten habe, erklärt Grasser, sein Interesse habe andrem gegolten: Auch sonst habe er seiner Erinnerung nach Flöttl nicht mehr getroffen, abgesehen von einem Zusammentreffen bei Gericht.

Einvernahme Chefinspektor Franz Eckerstorfer und Abteilungsinspektor Krachler

Der Besuch des Büros für Interne Angelegenheiten (BIA) im Altersheim der Schwiegermutter von Ex-Bundeskanzler Franz Vranitzky steht im Mittelpunkt der hintereinander erfolgenden Einvernahmen von Chefinspektor Franz Eckerstorfer und Abteilungsinspektor Krachler, jenen beiden Beamten, die nach Vranitzkys Telefonnummer

im Seniorenheim suchten.

Hintergrund des Altersheimbesuchs seien Ermittlungen des BIA zu angeblichen Geldflüssen der BAWAG an die SPÖ gewesen. Die Staatsanwaltschaft habe das BIA u. a. mit Untersuchungen rund um eine 72.000 Euro-Zahlung von BAWAG-Spekulant Wolfgang Flöttl an Ex-Kanzler Franz Vranitzky betraut. Laut Staatsanwalt Georg Krakow sei dies geschehen, um die politisch brisante Causa aus dem Wahlkampf 2006 herauszuhalten.

Einvernahme Alois Gappmeier

Der ehemalige Soko-BAWAG-Beamte, der im Rahmen der Ermittlungen möglicher Geldflüsse zwischen BAWAG und SPÖ für die Überprüfung der Kreditvergaben an die SPÖ zuständig war, erklärt, er habe keinen konkreten Anhaltspunkt für seine Untersuchungen gehabt.

16. Sitzung – Dienstag, 24. Juni 2008

Geladene Auskunftspersonen:

StA Dr. Robert Jirovsky
BM d. D. Mag. Karin Gastinger

Einvernahme Staatsanwalt Dr. Robert Jirovsky

Der leitende Staatsanwalt verweist auf vertrauliche Ermittlungen und ersucht um Ausschluss der Öffentlichkeit. Der Verfahrensanwalt schließt sich dieser Meinung an.

Einvernahme Mag. Karin Gastinger

Im Mittelpunkt der Anhörung der Ex-Justizministerin steht die Frage, wie die BAWAG-Anklageschrift im Jahr 2006, noch vor ihrer offiziellen Veröffentlichung, in der Zeitschrift „News“ landen konnte. Gastinger gibt an zum Zeitpunkt der Veröffentlichung das Dokument noch nicht gekannt zu haben und habe es auch nicht angefordert.

Die Ex-Justizministerin bestätigt, dass nach der Veröffentlichung der Anklageschrift Pöchinger aus dem Informationsfluss mit der Staatsanwaltschaft ausgeschlossen worden sei. Man habe ihn zum eigenem Schutz „aus der Schusslinie“ genommen, um ihn vor weiteren Verdächtigungen im Falle neuerlicher Veröffentlichungen zu bewahren.

17. Sitzung – Mittwoch, 25. Juni 2008

Geladene Auskunftspersonen:

SC Dr. Franz Einzinger
Dr. Elmar Marent
StA Mag. Peter Gildemeister

Einvernahme SC Dr. Franz Einzinger

Die Nicht-Verlängerung von Herwig Haidinger als Chef des Bundeskriminalamts steht im Mittelpunkt der Einvernahme von Franz Einzinger, Personalchef im Innenministerium. In Washington hätte Haidinger einen „neu geschaffenen aber nicht neu erfundenen“ Posten eines Verbindungsbeamten übernehmen sollen.

Einzinger bestreitet, dass er dem ehemaligen BKA-Chef mit negativen Folgen gedroht habe, sollte dieser seine Berufung gegen seine Nicht-Verlängerung nicht zurückziehen, gibt jedoch zu, dass er Haidinger mitgeteilt habe, der Minister werde sich „nicht mehr persönlich um ihn kümmern“, sollte er auf die Einsetzung der Wiederbestellungs-Kommission, bestehen.

Die Einvernahme von StA Mag. Peter Gildemeister war vertraulich.

Einvernahme Dr. Elmar Marent

Der Leiter der Soko zur Innenministeriumsaffäre verweist u. a. auf „divergierende Aussagen“ von Herwig Haidinger. Auf die Frage, wieso sich die Erhebungen der Staatsanwaltschaft zu den Korruptionsvorwürfen mittlerweile nur auf „vier Personen“ konzentrierten, erklärt er sinngemäß, dass bei diesen auf Grund deren widersprüchlicher Äußerungen der Tatverdacht der Verleumdung bzw. der falschen Zeugenaussage überprüft werden müsse. Marent verweist darauf, dass auch die falsche Beweisaussage vor der Polizei strafbar sei. Fälle, wo unterschiedliche Aussagen vorliegen, habe die Kommission daher aufgezeigt, um eine strafrechtliche Überprüfung zu ermöglichen.

18. Sitzung – Dienstag, 1. Juli 2008

Geladene Auskunftspersonen:

Dr. Michael Klackl
 Wolfgang Flöttl
 Mag. Peter Nakowitz
 Dr. Herwig Haidinger

Einvernahme Dr. Michael Klackl

Aus der Befragung des Staatsanwaltes geht hervor, dass dieser sämtliche Verfahren gegen Ex-Finanzminister Karl-Heinz Grasser im Zusammenhang mit der BAWAG-Affäre eingestellt hat. Ein eventuelles Näheverhältnis zu Grasser bestreitet er.

Laut Schreiben seines Anwaltes entschlägt sich Wolfgang Flöttl wegen des laufenden BAWAG-Prozesses seiner Aussage vor dem U-Ausschuss. Auch Peter Nakowitz und Herwig Haidinger erscheinen nicht.

19. Sitzung – Dienstag, 15. Juli 2008

Geladene Auskunftspersonen:

Amtsdirektor Andreas Brenner
 Hermann Feldbacher
 Hubert Eser
 Amtsinspektor Franz Schachner
 Abteilungsleiter Mag. Berndt Körner

Einvernahme Amtsdirektor Andreas Brenner

Im Zuge der Befragung von Amtsdirektor Brenner wurde ihm vorgeworfen, dass die Daten der Abfragen einen Tag nach dessen Zugriff auf das System in mehreren Medien veröffentlicht worden seien.

Brenner bestätigt, insgesamt 37 Abfragen getätigt zu haben und dabei im Auftrag seines direkten Vorgesetzten gehandelt zu haben. BMI Platter selbst sei in dieser Angelegenheit nicht an ihn herangetreten, andere Politiker auch nicht. Grund für den Auftrag sei eine Aufforderung der Bezirkshauptmannschaft Vöcklabruck gewesen. Bei seinen Recherchen sei es darum gegangen, herauszufinden, „ob es Anzeigen gegen Angehörige der Familie Zogaj gibt“. Der Beamte kann sich nicht mehr genau erinnern, ob es laufende Verfahren gegen die Zogajs gegeben habe. Diese Frage habe sich für ihn auch nicht gestellt, da es sich um einen Auftrag seines Vorgesetzten gehandelt habe.

Einvernahme Hermann Feldbacher

Hermann Feldbacher von der Sicherheitsdirektion Oberösterreich bestätigt bei seiner Befragung, dass es Datenabfragen im Polizeiapparat Oberösterreichs zum Fall Zogaj gegeben habe. Er gibt an, selbst eine Abfrage im Auftrag des oberösterreichischen Sicherheitsdirektors Alois Lissl durchgeführt zu haben. Dabei sei es darum gegangen, „Hintergrundinfos zur Bestimmung der Lage“ im Zusammenhang mit den Zogajs zu bekommen.

Feldbacher selbst erklärt seine damalige Abfrage jedenfalls damit, dass man „quasi die Gesamtsituation beurteilen“ habe wollen. So habe man entscheiden wollen, wie die Behörden und die Polizei mit dem Fall Zogaj umzugehen hätten. Das Ergebnis seines Zugriffs habe er noch am selben Tag an Lissl gemeldet, dieser habe es an die BH sowie das Bundespolizeikommando Vöcklabruck und an die Generaldirektion für Öffentliche Sicherheit im BMI weitergeleitet.

Einvernahme Hubert Eser

Der in der Abteilung III/5 des BMI für Asylangelegenheiten zuständige Beamte Hubert Eser gibt an, den Auftrag seiner Abteilungsleitung gehabt zu haben, den Stand des Asylverfahrens der Zogajs abzufragen. Auf Nachfrage räumt er ein, dass es sich dabei auch um kriminalpolizeiliche Inhalte gehandelt habe. Den Vorwurf, er habe bei seiner Abfrage am 4. Oktober 2007 nur kriminalpolizeiliche oder gerichtliche Applikationen abgerufen, rechtfertigt er damit, dass es sich um „Ergänzungen“ gehandelt habe. An einen Vorakt könne er sich nicht mehr erinnern. „Das nächste Mal“ werde er sich daher in einem solchen Fall eine entsprechende Weisung für Abfragen schriftlich geben lassen. Zudem seien vier Abfragen von jemand anderem mit seinem Konto und Passwort durchgeführt worden. Von wem könne er allerdings nicht sagen.

Einvernahme Mag. Berndt Körner

Der Abteilungsleiter im Innenministerium, bestätigt, Abfragen im Ekis-Datensystem zur Causa Zogaj in Auftrag gegeben zu haben. Es habe sich dabei aber nur um Untersuchungen zu Aufenthaltsfragen gehandelt. Auf mehrere Nachfragen räumt er allerdings ein, dass man etwa bei Arigonas Vater Dzevat Zogaj auch strafrechtliche Tatbestände überprüft habe.

Dass es im Oktober 2007 gleich an mehreren Tagen zu Abfragen gekommen sei, erklärt Körner damit, dass er seinen Mitarbeiter Andreas Brenner aufgefordert habe, ihn über den Fall Zogaj am Laufenden zu halten. Grund seien „zahlreiche Meldungen“ und Anfragen vom KBMI sowie „von außen“ gewesen.

Amtsinspektor Franz Schachner lässt sich für die heutige Ausschusssitzung entschuldigen

20. Sitzung – Donnerstag, 17. Juli 2008

Geladene Auskunftspersonen:

SC Dr. Mathias **Vogl**
Kabinettschef Franz **Lang**
Mag. Günther **Simonitsch**
Mag. Rudolf **Gollia**
Petra **Huber**

Einvernahme Sektionsleiter Mathias Vogl

Der Sektionsleiter der Rechtssektion im Innenministerium gab am 7. Oktober 2007 zusammen mit anderen Spitzenbeamten eine Pressekonferenz zum Fall Zogaj. Vogl verteidigt die Pressekonferenz und die dabei erfolgte Weitergabe von Daten damit, dass Medien schon mehrere Tage vor der Pressekonferenz von dem Fall berichtet hätten. Die Pressekonferenz sei der Versuch gewesen, der Öffentlichkeit eine „objektive Information“ zu geben. Es sei lediglich darum gegangen, die Verfahrenssituation der Familie in Österreich und im Kosovo „umfassend darzustellen“.

20. Sitzung – Dienstag, 9. September 2008

Fortsetzung der Sitzung nach der Unterbrechung vom 17. Juli 2008.

Auf Grund unterschiedlicher Rechtsmeinungen zur Ladung von Auskunftspersonen wurde eine neue Ladung der Auskunftspersonen für den 18. September 2008 beschlossen.

21. Sitzung - Donnerstag, 18. September 2008

Geladene Auskunftspersonen:

Kabinettschef Franz **Lang**
Mag. Günther **Simonitsch**
Mag. Rudolf **Gollia**
Petra **Huber**
Rvl Thomas **BAUER**

Lang hat selbst keine EKIS-Abfragen getätigt, aber er hat sich erkundigt, ob die Medienberichte zur Abschiebung der Familie Zogaj richtig gewesen seien und es zu übertriebener Härte durch die Exekutive gekommen ist. Natürlich ist die Exekutive korrekt vorgegangen.

Gollia hat sich entschuldigt:

„Sehr geehrter Herr Vorsitzender,
sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,

ich war ursprünglich für den 17. Juli 2008 als Auskunftsperson vom Untersuchungsausschuss hinsichtlich Amtsführung im Bundesministerium für Inneres und weiteren Bundesministerien geladen. An diesem Tag war ich im Büro und erwartete meine Befragung für 16.00 Uhr. Gerne wäre ich vor dem

Ausschuss erschienen, "so wie das Bürgerpflicht ist" (Zitat Ausschussvorsitzender Abg. z. NR Dr. Peter Fichtenbauer in der Meldung der Austria Presse Agentur - APA0233 vom 9. September 2008). Die 20. Sitzung des Untersuchungsausschusses, zu der ich geladen war, wurde aber ohne meine Befragung unterbrochen und ihre Fortsetzung für 9. September 2008 festgesetzt.

Auch am 9. September 2008 wäre ich gerne vor dem Ausschuss erschienen, aber wegen einer Erkrankung (ich war am 9. und 10. September 2008 durch Krankheit an der Ausübung meines Dienstes verhindert) musste ich mich entschuldigen. Mit Befremden musste ich feststellen, dass auf der Homepage des Ausschussmitgliedes Abg. z. NR Peter Pilz (www.peterpilz.at) am 11. September 2008 folgende Passage zu lesen war (ist): "... Jetzt, eine Stunde vor Ausschussbeginn, ist auch Herr Gollia, der Pressesprecher des Innenministeriums, spontan erkrankt. Dabei hat er Revierinspektor Thomas Bauer angesteckt. Das Leben im Innenministerium ist ungesund..." Durch diese Äußerungen in diesem abrufbaren elektronischen Medium fühle ich mich in meinem höchstpersönlichen Lebensbereich verletzt und erwarte mir daher eine formelle Entschuldigung des Abgeordneten.

Jetzt wurde mir für den 18. September 2008 eine neuerliche Ladung zugestellt. Da ich diesen Termin nicht wahrnehmen kann, muss ich mich entschuldigen. Vor mehreren Monaten habe ich mich dazu verpflichtet am 18. und 19. September 2008 in einem Seminar vorzutragen. Da ich an diesen beiden Tagen als Einzeltrainer vor 25 SeminarteilnehmerInnen referiere und für mich durch den Umstand, dass ich diese Termine nicht wahrnehmen würde, auch ein finanzieller Nachteil erwachsen würde, kann ich diese Termine nicht absagen.

Im Hinblick auf meine Bereitschaft, am 17. Juli 2008 dem Ausschuss als Auskunftsperson zur Verfügung zu stehen (die Unterbrechung der Befragung war und ist nicht durch mich zu verantworten) und im Hinblick auf meine Verpflichtung als Vortragenden am 18. September 2008 ersuche ich, meine Entschuldigung zu akzeptieren!

Mit freundlichen Grüßen
Rudolf Gollia“

Bauer hat sich ebenfalls entschuldigt.

IV. Ergebnisse:

1) Gezielte Ermittlungen gegen die SPÖ im Zusammenhang mit der Causa BAWAG?

In dieser Hinsicht ergibt sich aufgrund der Aktenlage und der Aussagen vor dem Ausschuss folgendes: Folger und BIA führten die Ermittlungen Richtung Parteienfinanzierung SPÖ aus parteipolitischen Motiven.

Folger wurde von Pilsl Haidinger empfohlen und hat sich in Absprache mit Krakow um dieses Thema gekümmert. Folger war vier Monate lang, von Anfang Mai bis Ende August 2006, in der SOKO BAWAG. Aufgrund von Unstimmigkeiten zwischen Folger und Salomon musste Folger Ende August die SOKO verlassen. In einem Mail vor dem 11. August 2006 entzog Salomon Folger das Vertrauen.

Ab da übernahm das BIA die Ermittlungen gegen die SPÖ im Zusammenhang mit der Parteienfinanzierung, aufgrund des Fehlens des Vertrauensmannes von Krakow und Pilsl in der SOKO.

Am 24. August 2006 führt Krakow ein Gespräch mit Flöttl. Angeblich gab Flöttl Krakow Informationen über die bekannten Zahlungen an Vranitzky. Zudem intervenierten Haider und Westenthaler bei Gastinger zu Gunsten Flöttls, wie Pöchinger erneut bestätigte.

Am 22. und am 23. August 2006 wurden die Kredite der SPÖ von der FMA abgefragt, aufgrund von Informationen Flöttls. Die Informationen hierüber fanden sich am 1. September 2006 in der Zeitung „Österreich“. Am 24. August 2006 informiert Flöttl Krakow über die Zahlungen an Vranitzky. Am 11. September 2006 werden darüber die Medien informiert.

Am 26. August intervenierten Haider und Westenthaler ein zweites Mal bei Gastinger, um eine Anklage Flöttls zu verhindern. Diese knappe zeitliche Abfolge kurz vor der NR-Wahl 2006 kann kein Zufall sein. Daher hätte Flöttl am 1. Juli 2008 im Untersuchungsausschuss eingehend dazu befragt werden sollen.

Krakow informiert zudem nicht die SOKO Salomon über die Ermittlungen Vranitzky, die zuständig gewesen wäre, sondern Kreutner, den Leiter des BIA und beauftragt diesen mit den Ermittlungen in Bezug auf SPÖ/Parteienfinanzierung.

Krakow begründet dies mit dem Informationsfluss an die Medien, der in der Vergangenheit bei diesem Thema stattgefunden hat.

Am 25. September erfährt die zuständige SOKO BAWAG aus dem „Profil“ von den Ermittlungen des BIA. Also einen Monat nach der Beauftragung durch Krakow.

Dies belegt eindeutig, dass zunächst Pilsls (ehemals BIA 03) Vertrauensmann Folger in der SOKO und Krakow die Ermittlungen SPÖ/Parteienfinanzierung führten, bis Folger Ende August 2006 gehen musste. Die Inhalte dieser Ermittlungen fanden immer wieder ihren Weg in die Medien.

Am 24. August 2006 erhält Krakow die wichtige Information bezüglich der Zahlungen an Vranitzky, und sieht sich nun gezwungen, das BIA einen Monat vor der NR-Wahl mit den Ermittlungen zu beauftragen. Die zuständige SOKO musste dies aus den Medien erfahren.

Das BIA führte nicht nur die Ermittlungen gegen Vranitzky, obwohl Kreutner im Ausschuss behauptet hat, man habe nur Vranitzky befragt. Vielmehr hat das BIA monatelang Ermittlungen in Bezug auf SPÖ/Parteienfinanzierung durchgeführt und folgende Personen hierzu einvernommen: Peter Nakowitz, Wolfgang Flöttl, Michael Schlaff und Michael Hason.

Diese Ermittlungen waren aufgrund der mangelnden Kontrolle möglich, die Sektionschef Prugger gegenüber dem BIA und ihrem Leiter Kreutner durchgeführt hat.

Logischerweise hätte Krakow, seinen Aussagen folgend, mit der Veröffentlichung der Ermittlungen, dem BIA diese entziehen und sofort der SOKO BAWAG übergeben müssen. Dies hat er aber nicht getan, und damit widerspricht er seiner eigenen Argumentation und seiner eigenen Logik.

2) Problemkomplex Weisungen

Eines der Probleme ist die Weisung, der Auftrag, der Wunsch, die Bitte eines Kabinettsmitarbeiters an Beamte des Bundesministeriums für Inneres. Es stellt sich die Frage, wann ist ein Auftrag oder ein Wunsch oder eine Bitte von einem Kabinettsmitarbeiter an einen Beamten eine Weisung.

Zitat aus der Parlamentskorrespondenz Nr. 154 vom 26. Februar 2008, Ausschuss für Innere Angelegenheiten:

„Das Problem sei, erklärte Adamovich, dass Haidinger immer wieder von Weisungen Treibenreifs spreche, während dieser selbst diesen Ausdruck nie verwende. Auch ein Zusammenhang zwischen Weisung und Nationalratswahlen werde ausschließlich von Haidinger hergestellt.“

Adamovich hielt Haidinger allerdings zugute, dass es generell schwer festzustellen sei, ob Anordnungen von Kabinettsmitgliedern im Auftrag des jeweiligen Bundesministers erfolgten oder nicht. Haidinger habe mit einer gewissen Berechtigung von der Vermutung ausgehen können, dass das, was vom Kabinett Prokops gekommen ist, Wille der Ministerin gewesen sei, meinte er. Dies entspreche auch der "allgemeinen Atmosphäre" in den Ressorts.

An und für sich seien Kabinettsmitarbeiter kein zuständiges Organ für das Erteilen von Weisungen, skizzierte Adamovich, sie könnten aber Weisungen des jeweiligen Bundesministers transportieren. Hier befindet man sich allgemein in einem "etwas undurchsichtigen Bereich", auch im Fall Kampusch habe die Klarheit gefehlt. (...)“

Zitate aus der 8. Sitzung des Untersuchungsausschusses vom 13. Mai 2008:

Abgeordneter Mag. Gernot Darmann (BZÖ): Aber es hat auf Weisung der Frau Bundesministerin ein solches Gespräch stattgefunden.

Dr. Herwig Haidinger: Es hat ein Gespräch zwischen dem Journalisten Worm, meinem Pressesprecher Oberst Heszter, den ich beigezogen habe, und mir gegeben. Dieses Gespräch kam auf Wunsch beziehungsweise im Auftrag von Johannes Rauch zustande. Das hat er übrigens hier auch schon ausgesagt. Er hat gemeint, er hätte meinen Pressesprecher angerufen und die beiden hätten das ausgemacht. Das mag sein, aber ich weiß ganz genau, dass **auch ich** persönlich mit Johannes Rauch telefoniert habe, weil ich dieses Gespräch nicht wollte.
(...)

Abgeordneter Mag. Helmut Kukacka (ÖVP): Eigentlich hätten Sie ja bei dieser

Gelegenheit schon sagen müssen: Das kommt mir nicht ganz korrekt vor. Da wird mir eine Weisung erteilt, den Dienstweg **nicht** einzuhalten.

Hätten Sie diese Weisung nicht schriftlich verlangen müssen? Gibt es irgendeinen Aktenvermerk oder sonst etwas, das darauf hinweist, dass Sie mit dieser Vorgangsweise des Kabinettschefs nicht einverstanden gewesen wären?

Dr. Herwig Haidinger: Ich bin nicht Ihrer Ansicht, denn: Wenn mir ein Vorgesetzter eine Weisung erteilt, dann habe ich, wie wir alle wissen, unter bestimmten Voraussetzungen dieser Weisung nachzukommen. Wenn der nächst höhere Vorgesetzte eine Weisung erteilt, die inhaltlich mit der Weisung des unmittelbar Vorgesetzten kollidiert oder die lautet: nur ich und der Zwischenvorgesetzte nicht, dann ist das für mich rechtskonformer Vollzug einer Weisung. „Ober sticht Unter“.

Abgeordneter Mag. Helmut Kukacka (ÖVP): Das heißt, Sie waren der Meinung, das war keine rechtswidrige Weisung, sondern das war eine ganz korrekte, normale Weisung, die Sie zu erfüllen haben?

Dr. Herwig Haidinger: Ich habe keine Rechtswidrigkeit darin gesehen, die Weisung der Ministerin, wenn er *i.A.* spricht – und das hat er getan –, zu erfüllen und nur ihn zu informieren. (...)

Abgeordneter Christian Hursky (SPÖ): Kurze Zwischenfrage noch: Gilt die Weisungsberechtigung ausschließlich vom Generaldirektor für die öffentliche Sicherheit an Sie – oder hat eigentlich auch das Kabinett oder der Minister direkt die Möglichkeit, Weisungen an Sie zu geben?

Dr. Herwig Haidinger: Normal ist der Weisungszusammenhang Minister, Generaldirektor, Direktor BKA, Direktor PVD – was immer, in welcher Materie Sie halt gerade arbeiten. Das ist der übliche, normale und auch vorgesehene Weg. Es gibt und gab immer wieder Weisungen aus dem Kabinett. – Jetzt könnte ich Adamovich zitieren, der sagt, war das überhaupt eine Ministerweisung, wenn nicht **im Auftrag** dabeigestanden ist; aber das lasse ich jetzt weg. Es gab laufend, das ganze Jahr über Anweisungen aus dem Kabinett, auch an das Bundeskriminalamt – ob an andere, weiß ich nicht, aber ich denke ja. Das hat aber dann ein so großes Ausmaß angenommen – nicht nur in der Fallführung BAWAG –, dass ich dann verfügt habe, das schriftlich an meine Führungskräfte und an die Büroleiter weiterzugeben: Wenn Weisungen an das Bundeskriminalamt hereinkommen und es kommt vom Kabinett – habe ich nicht geschrieben, aber sage ich –, fürchtet euch nicht zu Tode, meinetwegen macht das, damit Ihr keine Schwierigkeiten habt, haltet das aber fest und teilt mir das mit, was da läuft! Da waren ja laufend Anfragen über alle möglichen Themen, und bisweilen war es so, dass der Direktor des Bundeskriminalamtes nicht wusste, was ein Referent oder ein Büroleiter zu einem bestimmten Thema der politischen Führung des Hauses übermittelt hat. Das hat man also manchmal etwas unrund gemacht. (...)

Die momentan vorherrschende Sitte von Bitten und Wünschen ist nicht akzeptabel. Grundsätzlich bedarf es in diesem Zusammenhang einer klaren Regelung, wann es sich um eine Weisung handelt und wer diese Weisung geben darf.

3) Kabinettsmitarbeiter/„Leiharbeiter“:

Ein weiterer interessanter Punkt, den der Ausschuss zu Tage gefördert hat, sind die zahlreichen Leiharbeiterverträge der Mitarbeiter von Kabinetten. Ita, Kabinettschef im BMI, war angestellt bei der Akademie der Industriellen Vereinigung.

Rauch, Pressesprecher im BMI, bei der Niederösterreichischen Landesversicherung. Kramer, Stv. Kabinettschef im BMF, bei der Firma Manpower.

Es besteht der begründete Verdacht, dass diese Umwegkonstruktionen nicht nur aus finanziellen Gründen gewählt wurden, sondern auch um das Amtsgeheimnis zu umgehen und politische Abhängigkeiten zu schaffen und Lobbyismus zu betreiben. Jedemfalls wäre diese Causa ein wichtiger Punkt bei dem Thema Postenbesetzungen.

In diesem Zusammenhang brachte der Abgeordnete Neubauer am 08. Mai 2008 die Anfrage 4321/J an den Bundesminister für Inneres ein:

Anfrage

der Abgeordneten Neubauer, Mag. Hauser
und Kollegen
an den Bundesminister für Inneres
betreffend Leiharbeiter in den Kabinetten und Ministerien

Der ehemalige Kabinettschef im BMI, Mag. Philipp Ita, und der ehemalige Pressesprecher im BMI, Mag. Johannes Rauch, waren als Leiharbeiter für das Kabinett bzw. das Ministerium tätig. Dies ging aus den Befragungen der beiden genannten Personen vor dem Untersuchungsausschuss betreffend der Amtsführung im Innenministerium hervor.

Ita hatte einen Vertrag mit der Bildungseinrichtung der Industriellen Vereinigung, Rauch mit der Niederösterreichischen Landesversicherung.

Weiters konnte der APA vom 29. April 2008 entnommen werden, dass der aktuelle Kabinettschef des Verteidigungsministers Stefan Kammerhofer ebenfalls ein Leiharbeiter ist. Sein Vertrag wurde mit der ÖBB abgeschlossen.

In diesem Zusammenhang richten die unterfertigenden Abgeordneten an den Herrn Bundesminister für Inneres nachstehende

ANFRAGE

1. Wie viele Kabinettsmitarbeiter waren seit 2000 bis heute in Ihrem Ressort tätig, aufgeschlüsselt nach Jahren?
2. Für wie viele dieser Mitarbeiter gilt das Beamtenstendienstrecht?
3. Wie viele Kabinettsmitarbeiter waren als so genannte Leiharbeiter beschäftigt seit 2000 bis heute, aufgeschlüsselt nach Jahren?
4. Welche Kabinettsmitarbeiter waren als Leiharbeiter tätig?
5. In welchem Zeitraum, aufgeschlüsselt nach Mitarbeiter?
6. Wer waren die Vertragspartner, aufgeschlüsselt nach Mitarbeiter?
7. Welche Funktionen hatten die Mitarbeiter inne, aufgeschlüsselt nach Mitarbeiter?
8. Unterlagen diese Mitarbeiter dem Beamtenstendienstrecht, aufgeschlüsselt nach Mitarbeiter?
9. Unterliegen diese Mitarbeiter einer vertraglich festgesetzten Vertraulichkeit, aufgeschlüsselt nach Mitarbeiter?
10. Wenn ja, wie ist diese konkret geregelt?
11. Wenn nein, warum nicht?
12. Unterliegen diese Mitarbeiter der Amtsverschwiegenheit, aufgeschlüsselt nach Mitarbeiter?
13. Wenn ja, wie ist diese konkret geregelt?
14. Wenn nein, warum nicht?
15. Auf welcher vertraglichen Grundlage wurden die Mitarbeiter verliehen, aufgeschlüsselt nach Mitarbeiter?
16. Warum wurde diese Konstruktion gewählt?

Anfragebeantwortung

Die Abgeordneten zum Nationalrat Neubauer, Mag. Hauser und Kollegen haben am 8. Mai 2008 unter der Nr. 4321/J an den Bundesminister für Inneres eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend „Leiharbeiter in den Kabinetten und Ministerien“ gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Zu den Fragen 1 bis 8:

Bezüglich der KabinettsmitarbeiterInnen seit 2000 darf ich auf die Beantwortung einschlägiger Vor- bzw. Parallelanfragen hinweisen – insbesondere auf:

Jahr	Anfrage	Beantwortung
2000 und 2001	3398/J	3413/AB (XXI. GP)
2002	1169/J	1221/AB (XXII. GP)
2003 und 2004	2801/J	2759/AB (XXII. GP)
2005	4120/J	3998/AB (XXII. GP)
2006	418/J	326/AB (XXIII. GP)
Stichtag 1.2.2007	3275/J	3192/AB (XXIII. GP)
Stichtag 1.2.2008	3275/J	3192/AB (XXIII. GP)

Zu den Fragen 9 bis 11:

Die Frage der Vertraulichkeit ist eine (privatrechtliche) Übereinkunft des jeweiligen Mitarbeiters mit dem Leihgeber.

Zu den Fragen 12 bis 14:

Diese Mitarbeiter/innen unterliegen der Amtsverschwiegenheit gemäß Art. 20 Abs. 3 B-VG.

Zu Frage 15:

Die Mitarbeiter/innen wurden jeweils aufgrund (privatrechtlicher) individuell-konkreter Arbeitskräfteüberlassungsvereinbarungen verliehen.

Zu Frage 16:

Die Motivation zur Begründung von Leiharbeitsverhältnissen resultiert zum Teil aus dem Umstand, dass die bisherigen Arbeitsverhältnisse nicht aufgegeben werden können/wollen oder nur ein temporär beschränktes Beschäftigungsinteresse besteht.

4) BIA:

a) Ermittlungen gegen Politiker?

Zitate aus der 8. Sitzung des Untersuchungsausschusses vom 13. Mai 2008:

Abgeordneter Ing. Peter Westenthaler (BZÖ): Herr Mag. Kreutner, Sie haben vorher während der Befragung durch Herrn Neubauer gesagt, dass niemand nach politischer Gesinnung bespitzelt worden ist.

Meine Frage: Haben Sie Ermittlungen in diesem Land gegen Politiker geführt?

Mag. Martin Kreutner: Ich nicht. Die Dienststelle hat dann entsprechende Ermittlungen geführt gegen Personen – gegen Personen –, wenn entweder ein entsprechender Tatverdacht auf strafrechtlich relevantes ...

Abgeordneter Ing. Peter Westenthaler (BZÖ): Meine Frage war ganz einfach: Haben Sie oder das BIA Ermittlungen gegen Politiker in Österreich geführt: ja oder nein? An und für sich eine ganz einfache Frage.

Mag. Martin Kreutner: Ich ersuche Sie, mich ausreden zu lassen. Ich habe nicht einmal den ersten Halbsatz noch ... (Abg. Mag. **Kukacka:** *Ganz eine einfache Frage, die nicht durch das Beweisthema gedeckt ist!*)

Abgeordneter Ing. Peter Westenthaler (BZÖ): Selbstverständlich! In den Punkten 1.1. und 1.2. geht es um die BAWAG, und da geht es natürlich auch um Bespitzelungen von Politikern. (Abg. Mag. **Kukacka:** *Nein, wirklich nicht!*)

Mag. Martin Kreutner: Es hat zu keinem Zeitpunkt Bespitzelungen von Politikern gegeben. Wenn, dann hat es entsprechende Aufträge der Staatsanwaltschaft gegen Personen gegeben, nach entsprechend klaren gesetzlichen Vorgaben Ermittlungen zu führen.

Abgeordneter Ing. Peter Westenthaler (BZÖ): Ich habe auch nicht nach Bespitzelungen gefragt, Herr Mag. Kreutner, ich habe Sie gefragt: Haben Sie oder Ihre Behörde Ermittlungen gegen Politiker in Österreich geführt?

Mag. Martin Kreutner: Ich wiederhole mich: Es hat Ermittlungen gegeben.

Abgeordneter Ing. Peter Westenthaler (BZÖ): Gegen wen?

Mag. Martin Kreutner: Ich habe es jetzt nicht auswendig im Kopf. Wenn Sie mir konkret ... (Abg. Mag. **Kukacka:** *Das ist nicht durch das Beweisthema gedeckt! Er soll zum Thema BAWAG fragen!*)
(...)

Abgeordneter Rudolf Parnigoni (SPÖ): Da weiche ich jetzt natürlich von meinem Konzept ab. Herr Mag. Kreutner, jetzt interessiert es mich wirklich: Gegen welche Politiker hat das BIA ermittelt?

Mag. Martin Kreutner: Herr Abgeordneter, es hat entsprechende Aufträge gegeben, es mag auch entsprechende Tatverdachte gegeben haben. Sie wissen einen Fall, der ist öffentlich bekannt. Es hat einen Auftrag der Staatsanwaltschaft gegeben, gegen Alt-Bundeskanzler Dr. Vranitzky zu erheben beziehungsweise einen Einvernahmetermin mit ihm auszumachen. Es hat entsprechende andere Verfahren gegeben. Ich ersuche um klare Fragestellungen, dann kann ich Ihnen das sagen.

Ich kann noch einmal sagen, es ist nicht ... (Ruf bei der SPÖ: *Die Frage ist relativ klar!*)
(...)

Mag. Martin Kreutner: Danke, Herr Vorsitzender. – Herr Abgeordneter, es hat diesen einen Auftrag gegeben im Kontext mit Alt-Bundeskanzler Vranitzky. Dieser eine Auftrag wurde genauso abgearbeitet und nichts darüber hinaus. Was ich, wenn Sie wollen, zur Problemlösung anbieten kann: Wenn Sie das wünschen und wenn der Herr Vorsitzende und der Herr Verfahrensanwalt einverstanden sind – ich habe mir das aufgeschrieben, Bundespolitiker, Landespolitiker, Bürgermeister; wird schwierig werden, aber wir werden uns bemühen (Abg. Mag. **Kukacka:** *Wieso denn?*) –, dann kann ich Ihnen das gerne anlässlich der nächsten Runde entsprechend mitteilen beziehungsweise, wenn Sie es wollen, werden wir auch versuchen, sollte es derartige Akten geben, die auch – wenn Sie das wollen und wenn der Ausschuss zustimmt – mit Priorität übermitteln.

Eine Liste der überwachten Politiker wurde dem Ausschuss trotz mehrmaligen Intervenierens nicht vorgelegt.

b) Generalermächtigung für das BIA

Das BIA ist laut Erlass für Ermittlungen in Bezug auf Amtsdelikte zuständig. Jedoch gab es die Möglichkeit aufgrund des BIA-Erlasses, im Einzelfall mit Genehmigung des Leiters der Sektion IV Prugger in anderen Bereichen ebenfalls zu ermitteln. Diese ausdrückliche Genehmigung im Einzelfall wurde durch Prugger nicht erteilt, sondern es wurde Kreutner angeblich eine Generalvollmacht von Prugger erteilt. Jedoch nur mündlich, was darauf hindeutet, dass Prugger lediglich eine Schutzbehauptung im Ausschuss tätigte. Von einer Generalvollmacht, die de facto die Ausnahmeregelung im Erlass aufhebt, haben andere befragte BIA-Beamte nie etwas gehört.

Damit war und ist das BIA in der Lage gegen jeden Staatsbürger nach Belieben und Gutdünken zu ermitteln. Eine entfesselte Polizei der Polizei, die parteipolitisch motiviert ermittelt.

Zl. 85.603/100-BIA/03

Büro für Interne Angelegenheiten (Abt IV/6)

Einführungserlass - Adaptierung

An

alle Sicherheitsdirektionen,
alle Bundespolizeidirektionen,
alle Landesgendarmeriekommanden,
die Gendarmeriezentralschule,
das Bundesasylamt,
alle Sektionen im BMI

1. Allgemeines

1.1. Das Büro für Interne Angelegenheiten (im folgenden „Büro“ oder „BIA“) ist ident mit der Abteilung IV/6 des Bundesministeriums für Inneres.

1.2. Soweit das Büro Angelegenheiten der Sicherheitsverwaltung besorgt, handelt es als Generaldirektion für die öffentliche Sicherheit.

2. Zuständigkeit

BIA ist nach Maßgabe der folgenden Bestimmungen insbesondere für die Entgegennahme und Überprüfung von Anschuldigungen und Beschwerden, die dem Bereich der Amtsdelikte (§§ 302-313 StGB) zuzuordnen sind, sowie in weiteren Angelegenheiten nach Auftragserteilung durch den Leiter der Sektion IV im Einzelfall zuständig.

2.1. Dem Büro kommen somit insbesondere folgende Zuständigkeiten zu:

2.1.1. sicherheitspolizeiliche und kriminalpolizeiliche Ermittlungen bei Amtsdelikten,

2.1.2. sicherheitspolizeiliche und kriminalpolizeiliche Ermittlungen nach Auftragserteilung durch den Leiter der Sektion IV im Einzelfall und

2.1.3. Ermittlungen bei anderen gravierenden Dienstpflichtverletzungen nach Auftragserteilung durch den Leiter der Sektion IV im Einzelfall (zB sexuelle Belästigung durch einen Vorgesetzten oder Kollegen).

2.2. Das Büro ist in diesen Bereichen zuständig, Verdächtigungen oder Vorwürfe wahrzunehmen und Ermittlungen zu führen, wenn sich diese gegen Bedienstete des Bundesministeriums für Inneres, der Sicherheitsdirektionen, der Bundespolizeidirektionen, des Bundesasylamtes, der Bundesgendarmerie, oder Bedienstete anderer Ministerien und anderer Gebietskörperschaften richten, die Aufgaben im Bereich der Sicherheitsverwaltung oder Kriminalpolizei wahrnehmen. Bei Dienstpflichtverletzungen ist das Büro nur insofern zuständig, als eine Dienstaufsicht von Bundesbehörden besteht.

3. Meldepflicht und Vorgangsweise

3.1. Jede Dienststelle, die Kenntnis von einem Sachverhalt nach Punkt 2. erlangt, hat das Büro hievon unverzüglich schriftlich zu informieren. Dies lässt die Zuständigkeit der Dienststelle für Ermittlungen unberührt; diese ist wahrzunehmen, es sei denn, das Büro trifft eine abweichende Anordnung (Kompetenz-Kompetenz des BIA). Solche Anordnungen sind aktenkundig zu machen. Eine Gleichschrift der schriftlichen Dokumentation darüber ist dem Büro unverzüglich zu übermitteln. Des Weiteren darf jedenfalls kein Bediensteter des Ressorts davon abgehalten werden, einen Verdacht oder Vorwurf auch direkt an das Büro zu melden.

3.2. Übernimmt das Büro die Überarbeitung eines Falles nicht selbst, kann es anordnen, dass ihm die ermittelnde Dienststelle direkt über den Fortgang einer Angelegenheit laufend oder vor bestimmten Entscheidungen schriftlich zu berichten hat.

3.3. Andere Meldepflichten bleiben unberührt. Bei Misshandlungsvorwürfen gegen Organe des öffentlichen Sicherheitsdienstes ist – unabhängig von der Meldepflicht nach Punkt 3.1. und 3.2. – die Vorgangsweise gemäß Erlass vom 10. November 2000, Zl. 64.000/231- II/20/00, einzuhalten.

3.4. Disziplinaranzeigen wegen Dienstpflichtverletzungen, die in die Zuständigkeit des Büros fallen (Punkt 2) sind dem Büro unverzüglich zur Kenntnis zu bringen. Der Meldung ist eine Gleichschrift der Disziplinaranzeige anzuschließen.

3.5. Im übrigen bleiben die dienst- und disziplinarrechtlichen Kompetenzen unberührt.

3.6. Allen do. Bediensteten ist dieser Erlass jährlich nachweislich zur Kenntnis zu bringen.

4. Unterstützungspflicht

Alle Dienststellen sind verpflichtet, das Büro in vollem Umfang zu unterstützen, Hilfe zu leisten und Auskünfte zu erteilen, Akten vorzulegen sowie auf Anordnung des Leiters der Sektion IV im Einvernehmen mit den zuständigen Sektionsleitern, insbesondere dem Generaldirektor für die öffentliche Sicherheit Personal und Sachmittel zur Verfügung zu stellen.

5. Berichtspflicht

Das Büro für interne Angelegenheiten hat jeweils bis Ende Februar dem Bundesminister für Inneres einen statistischen Tätigkeitsbericht über das vorangegangene Kalenderjahr vorzulegen.

6. Sprachliche Gleichbehandlung

Die personenbezogenen Ausdrücke gelten geschlechtsneutral gleichermaßen für männliche wie für weibliche Mitarbeiter.

7. Außerkrafttreten

Der ursprüngliche Einführungserlass vom 31. Jänner 2001, Zl. 93.000/112-V/2/01, tritt mit sofortiger Wirkung außer Kraft.

Wien, am 05. März 2003

Der Bundesminister: Strasser

Zitate aus der 12. Sitzung des Untersuchungsausschusses vom 10. Juni 2008:

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Wenn ich den BIA-Erlass so verstehe, wie Sie ihn, glaube ich, auch richtig wiedergegeben haben, hätte die Verfolgung der dort untersuchten Delikte einer Auftragserteilung durch den Leiter der Sektion IV bedurft. Ich zitiere aus dem BIA-Erlass unter Punkt 2: Zuständigkeit: Sicherheitspolizeiliche und kriminalpolizeiliche Ermittlungen nach Auftragserteilung durch den Leiter der Sektion IV im Einzelfall. – Zitatende. Es hat sich da um einen derartigen Einzelfall gehandelt. – Ist das richtig? (Dr. Prugger: Ja!) – Wann haben Sie da den Auftrag zu den Ermittlungen erteilt?

Dr. Helmut Prugger: Es gab keinen konkreten Auftrag dazu, weil in allen Fällen, wo die Staatsanwaltschaft ein Ersuchen an das Büro gerichtet hat, das Büro von mir die generelle Ermächtigung gehabt hat, die Ermittlungen durchzuführen.

Zitate aus der 20. Sitzung des Untersuchungsausschusses vom 17. Juli 2008:

Abgeordneter Werner Neubauer (FPÖ): Das ist ganz interessant, und zwar deshalb: Ich wollte aufgrund Ihrer Erfahrung eben auf den zweiten Satz hinausgehen, der da lautet: Zuerst ist das BIA zuständig in den Bereichen 302 bis 313 StGB und eben darüber hinaus in weiteren Angelegenheiten nach Auftragerteilung durch den Leiter der Sektion IV.

Daran knüpfen sich meine zwei Fragen. Einerseits: Wie interpretieren Sie, dass hier der Gesetzgeber diese Form gewählt hat, dass nach Auftragerteilung des Sektionschefs so quasi ermittelt werden darf, und warum hat man Ihrer Erfahrung nach, wo Sie sagen, Sie sind immer wieder eingebunden bei Erlässen, diese Passage überhaupt aufgenommen? Was sollte das bewirken?

Dr. Mathias Vogl: Die Gründe, warum die Passage aufgenommen worden ist, kann ich Ihnen nicht sagen, was es bewirken soll, ist mir klar. Es soll das bewirken, dass es innerhalb der Struktur des Innenministeriums ein zuständiges Organ gibt, das in dem Fall, wo es sich nicht um eines der Amtsdelikte, die aufgezählt sind, handelt, die Entscheidung trifft, darüber hinaus in einem Einzelfall eine Ermittlung zu führen. Ich denke, da steckt gewissermaßen ein Vieraugenprinzip dahinter. Wenn man das nicht verankert in einem Erlass, dann ist der jeweilige Abteilungsleiter derjenige, der von sich aus im Rahmen seiner Approbationsbefugnis die Möglichkeit hat, auch außenwirksam derartige Vorgänge anzurufen oder An-sich-Ziehungen zu machen. Das wollte man offensichtlich hier nicht, sondern man wollte offensichtlich ein Vieraugenprinzip, und der zuständige Leiter der Sektion, Sektionschef Dr. Prugger, ist eben in dem Fall derjenige, der einen derartigen Auftrag erteilen kann, mit der Wirkung, dass dann das BIA in diesem Einzelfall auch zuständige Behörde ist.

Abgeordneter Werner Neubauer (FPÖ): Das heißt, dieser Erlass ist für Sie eindeutig, dass ohne Auftragerteilung durch den Leiter der Sektion IV eigentlich nicht ermittelt werden darf?

Dr. Mathias Vogl: Dieser Erlass sagt aus meiner Sicht zweierlei. Erstens: Er gibt dem Büro für Interne Angelegenheiten eine generelle Zuständigkeit zur Ermittlung bei Amtsdelikten. Zweitens: Er gibt dem Büro für Interne Angelegenheiten darüber hinaus auch in anderen Sachverhalten die Möglichkeit, Amtshandlungen an sich zu ziehen und damit ermitteln zu dürfen. Aber das braucht einen formalen Akt, und das ist der Auftrag des Leiters der Sektion IV.

Abgeordneter Werner Neubauer (FPÖ): Ist Ihrer Meinung nach die Möglichkeit gegeben, solch einen Erlass durch eine entsprechende, sagen wir einmal, Generalvollmacht der Abteilung, die vielleicht Sektionschef Prugger oder Mag. Kreutner aussprechen sollte, praktisch aufgehoben werden würde?

Dr. Mathias Vogl: Dürfte ich Sie ersuchen, da noch einmal die Bezug nehmende Passage im genauen Wortlaut vorzulesen.

Abgeordneter Werner Neubauer (FPÖ): Besteht Ihrer Meinung nach die Möglichkeit, diese Zuständigkeit durch eine sogenannte Generalvollmacht zu ersetzen?

Dr. Mathias Vogl: Herr Abgeordneter! Ich habe leider den Erlass nicht vor mir. Ich weiß nicht, wie der Erlass im Detail formuliert ist.

Abgeordneter Werner Neubauer (FPÖ): Sie bekommen den Text sofort. (*Der Auskunftsbericht wird ein Schriftstück vorgelegt.*) Es geht um den letzten Nebensatz.

Dr. Mathias Vogl: Er heißt: sowie in weiteren Angelegenheiten nach Auftragerteilung durch den Leiter der Sektion IV im Einzelfall zuständig. Ich glaube, hier liegt eine ganz klare wörtliche Formulierung vor, nämlich es zielt auf den Einzelfall ab, und im Einzelfall ist der Auftrag zu erteilen.

Abgeordneter Werner Neubauer (FPÖ): Das heißt, auch der Sektionschef kann durch eine Generalvollmacht diesen Erlass nicht einfach aufheben?

Dr. Mathias Vogl: Der Sektionschef kann durch eine Generalvollmacht meines Erachtens den Erlass nicht aufheben. Das genehmigende Organ ist bei diesem Erlass – was schon eher eine Besonderheit ist, aber nach außen hin natürlich das Signal verstärkt, dass es ein wirklich ganz wichtiger Erlass ist –, soweit ich das sehe, tatsächlich der Bundesminister für Inneres gewesen.

In diesem Zusammenhang richtete der Abgeordnete Neubauer am 7. Juli 2008 die Anfrage 4704/J an die Frau Bundesministerin für Inneres:

Anfrage

*des Abgeordneten Neubauer
und weiterer Abgeordneter
an die Frau Bundesministerin für Inneres
betreffend Umgehung des BIA-Erlasses*

Die Befragung von Dr. Helmut PRUGGER im Untersuchungsausschuss hat ergeben, dass Dr. Prugger Mag. Kreutner als Leiter des BIA eine Generalermächtigung bezüglich Ermittlungen erteilt hat. (Nachzulesen im Untersuchungsausschussprotokoll (129/GO) 12. Sitzung, 10. Juni 2008 - öffentlicher Teil)

Der BIA-Erlass vom 05. März 2003 ist aber klar geregelt, dass es für gewisse nicht explizit angeführte Angelegenheiten einer Auftragerteilung durch den Leiter der Sektion bedarf:

„(…) 2. Zuständigkeit

*BIA ist nach Maßgabe der folgenden Bestimmungen insbesondere für die Entgegnahme und Überprüfung von Anschuldigungen und Beschwerden, die dem Bereich der Amtsdelikte (§§ 302-313 StGB) zuzuordnen sind, sowie in weiteren Angelegenheiten nach Auftragerteilung durch den Leiter der Sektion IV im Einzelfall zuständig.
(...)"*

Der Erlass sieht keine Generalvollmacht vor, wodurch die Vergabe einer Generalvollmacht ganz eindeutig der Intention des BIA-Erlasses widerspricht.

In diesem Zusammenhang richten die unterfertigten Abgeordneten an die Frau Bundesministerin für Inneres nachstehende

Anfrage:

1. *War die Erteilung einer Generalvollmacht durch den Leiter der Sektion IV an das BIA rechtskonform?*
2. *Wenn ja, warum, da der Erlass klar regelt wie vorzugehen ist?*
3. *War Ihnen bekannt, dass es diese Generalvollmacht gibt?*
4. *Wenn ja, warum haben Sie nichts dagegen unternommen?*
5. *Wenn die Erteilung einer Generalvollmacht erwünscht war, warum wurde dies nicht in einem neuen Erlass geregelt?*
6. *Wer kontrolliert die Einhaltung des Erlasses?*

7. Welche disziplinarrechtliche Relevanz hat diese Umgehung des Erlasses für den Leiter der Sektion IV?
8. Gibt es weitere Erlässe, welche auf diese Art, gegen die Intention des Ministers, ausgelegt und angewandt werden?
9. Wenn ja, welche?

Anfragebeantwortung

Die Abgeordneten zum Nationalrat Werner Neubauer, Kolleginnen und Kollegen haben am 7. Juli 2008, unter der Nummer 4704/J-NR/2008, an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend „Umgehung des BIA-Erlasses“ gerichtet.

Die Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Zu den Fragen 1 bis 3, 8 und 9:

Nach den klaren Regelungen der StPO, des SPG und anderer Gesetzesmaterien, insbesondere in Befolge des Offizialprinzips des Strafrechts ist die Entgegennahme und das Veranlassen von Ermittlungshandlungen bei Vorliegen oder nach Anzeige strafrechtlich relevanter Tatbestände originäre und tagtägliche Arbeit der Sicherheitsbehörden, damit auch des BIA als Fachdienststelle und Teil der obersten Sicherheitsbehörde BMI.

In Art 78a B-VG werden die "Sicherheitsbehörden des Bundes" geregelt und taxativ aufgezählt. Dabei wird der/die Bundesminister/in für Inneres als oberste Sicherheitsbehörde berufen. § 7 Bundesministeriengesetz (BMG) trifft Regelungen über die Gliederung der Bundesministerien durch die/den zuständige/n Bundesminister/in, alle zum Wirkungsbereich eines Bundesministeriums gehörenden Geschäfte nach Gegenstand und sachlichem Zusammenhang auf Sektionen, (Gruppen) und Abteilungen aufzuteilen. Das BIA wurde auf Grundlage des BMG mit speziellem Aufgabenzusammenhang ordnungsgemäß und klar determiniert vor Jahren als eine Abteilung des BMI geschaffen.

Weiters regelt § 102 StPO, Strafprozessordnung, für die Zuständigkeit der Kriminalpolizei, dass die Staatsanwaltschaft ihre Anordnungen und Genehmigungen an die "Kriminalpolizei" zu richten hat. Gemäß § 18 Abs. 2 (und Abs. 3) StPO obliegt die Kriminalpolizei den Sicherheitsbehörden. Damit ist BIA als Teil der obersten Sicherheitsbehörde natürlich auch "Kriminalpolizei" im Sinne der StPO.

Auch im Sicherheitspolizeigesetz, SPG, werden in weiterer Folge in den §§ 4 und 6 die Sicherheitsbehörden (für den sicherheitspolizeilichen Aufgabenbereich) taxativ aufgezählt. Auch hier wieder wird als oberste Sicherheitsbehörde der "Bundesminister für Inneres" berufen (§ 4 SPG). Als eine Abteilung des BM.I (gemäß BMG), und damit bereits als Teil der obersten Sicherheitsbehörde "Bundesminister für Inneres", wurde additiv per BIA-Erlass in der geltenden Fassung vom 05. März 2003, Zahl 85.603/100-BIA/03, verfügt, dass, "soweit das Büro Angelegenheiten der Sicherheitsverwaltung besorgt, es als Generaldirektion für die öffentliche Sicherheit handelt." Es handelt sich dabei um eine klare "funktionale Kompetenzzuordnung". Auch damit ist das BIA in all seinen (speziell sicherheitspolizeilichen) Handlungen eindeutig und zweifelsfrei als Teil der obersten Sicherheitsbehörde "Bundesminister für Inneres" definiert. Das BIA hat damit in Summe eine eindeutige, zweifelsfreie, verfassungskonforme und rechtlich klar fundierte Basis.

Darüber hinaus gilt seit Bestehen des BIA, welches nach internationalen Standards und Beispielen eingerichtet worden ist und inzwischen selbst für viele Länder als Muster dient, dass das BIA seine Erhebungen aus offensichtlich nachvollziehbaren Gründen und wie auch in zahlreichen internationalen Konventionen und Richtlinien empfohlen und vorgesehen in der Sache weisungsfrei – daher insbesondere frei von Einzelweisungen - durchführt. Es ist deshalb in der täglichen Dienstabwicklung sowie in Befolge des Offizialprinzips des Strafrechts sowie der internationalen Vorgaben auch nur logisch, konsequent und sachlich sinnvoll, dass das BIA als Teil der obersten Sicherheitsbehörde BM.I in diesen Ermittlungshandlungen nicht vorab „Einzelgenehmigungen“ einzuholen hat oder gar auf Einzelweisungen zu notwendigen und gesetzlich vorgeschriebenen Ermittlungshandlungen angewiesen ist. Im Übrigen ist es dem Leiter der Sektion IV selbstverständlich unbenommen, in einzelnen Fällen Erhebungen aktiv anzurufen.

In Summe besteht daher Rechtskonformität in der derzeitigen Regelung.

Zu den Fragen 4 und 5:

Da Rechtskonformität besteht, gibt es diesbezüglich auch keine Handlungsnotwendigkeit. Darüber hinaus hat das BM.I in den letzten Jahren mit zahlreichen nationalen und internationalen Initiativen – nur um einige zu nennen: Die Amtssitzansiedlung der weltweit ersten Antikorruptionsakademie in Österreich, die Etablierung eines Antikorruptionsnetzwerkes auf EU-Ebene, die Einrichtung des jährlichen Österreichischen Antikorruptionstages, die Gründung und Organisation der Internationalen Antikorruptionssommerschule, IACSS, an der heuer unter Co-Finanzierung der Europäischen Kommission 60 Experten aus 30 Nationen sowie namhafte Professoren und Fachleute aus 8 Universitäten teilgenommen haben – in der Korruptionsbekämpfung nicht nur Themenführerschaft bewiesen, sondern auch maßgebliche nationale und internationale Erfolge verzeichnen können. In diesem Kontext sowie in Umsetzung weiterer internationaler Konventionen ist auch die zukünftige Weiterentwicklung zu einem Bundesamt für Korruptionsbekämpfung und -prävention im BM.I mit eigener und zusätzlicher, spezifizierter gesetzlicher Grundlage zu sehen.

Zu Frage 6:

Die Kontrolle der Einhaltung dienstlicher Vorgaben wird generell im Rahmen der Dienst- und Fachaufsicht ausgeübt.

Zu Frage 7:

Da wie ausgeführt Rechtskonformität vorliegt, keine.

Diese Faktenlage macht den Leiter des BIA problematisch für weitere führende Funktionen im BMI zur Bekämpfung von Korruption. Ebenso müssten, aufgrund der fehlenden Kontrolle durch den Leiter der Sektion IV, Dr. Prugger, disziplinarrechtliche Schritte in diese Richtung unternommen werden.

5) Problemkomplex Kampusch/Vertuschungen

Der Endbericht der Adamovich-Evaluierungskommission rechtfertigt die Untersuchung des Falles Priklopil durch den Untersuchungsausschuss. Die Ergebnisse und die Hinweise von Adamovich beleuchteten lediglich die Vorgänge im Innenministerium und der ermittelnden Behörden.

Es ist merkwürdig, dass den Hinweisen auf mögliche Mittäter im Fall Priklopil nicht umfassend nachgegangen wurde. Die Innenministerin wäre nun aufgefordert diese Versäumnisse nachzuholen. Die Möglichkeit, dass es weitere Opfer gibt, kann durch die Nichtausforschung weiterer Täter nicht ausgeschlossen werden. Daher stellt sich immer noch die Frage der politischen Verantwortung und wer die Vertuschung veranlasst hat.

Der Untersuchungsausschuss hätte auch die Frage zu klären gehabt, warum man so felsenfest an der Einzeltäter-Theorie festhielt, obwohl es Hinweise auf mögliche Mittäter gab. Die fragwürdige Vorgehensweise der Therapeuten und der Anwälte hätte ebenfalls beleuchtet werden müssen. Ebenso stellt sich die Frage, warum die Ermittler sich diesem überschießenden Opferschutz gebeugt haben.

Der Opferschutz muss selbstverständlich gewährleistet sein, darf aber die weiteren Ermittlungen nicht behindern.

Wenn General Lang vor die Medien tritt und davon spricht, dass Führungskräfte, die durch die Feststellungen von der Adamovich-Kommission, in das Kreuzfeuer der Kritik geraten sind, in Zukunft nach objektiveren Kriterien ausgewählt werden sollen, stellt sich die Frage, nach welchen Kriterien das bisher geschehen ist. Damit gibt Lang zu, dass Parteibücher bzw. Parteinähe und Seilschaften bisher ausschlaggebend für die Auswahl von Führungskräften waren.

Zudem hat Lang selbst zwei Beamte der SOKO Kampusch zum Hinweis gebenden Hundeführer entsandt, um diesen zum Schweigen zu bringen.

Die Wiener Zeitung berichtete am Dienstag, 16. September 2008 zum Kriminalfall Kampusch folgendes:

Die wichtigsten ungeklärten Indizien

■ **Wien.** (a.u./wego) Die Liste der Indizien ist lang, die alle darauf hindeuten, dass es neben dem toten Wolfgang Priklopil weitere Täter gibt. Die Untersuchungskommission hat – neben dem offiziellen Bericht – der Justiz eine lange (bisher geheime) Liste präziser Fragen überreicht, die dringend untersucht werden sollten, aber bisher nicht aufgegriffen wurden. Eine Zusammenstellung der wichtigsten offenen Fragen:

* Es gibt an Kampusch voreilig ausgefolgte Videos über die Zeit der Gefangenschaft (etwa von einer Geburtstagsfeier für Kampusch): Wer hat die Kamera geführt? Nach Aussagen Exekutivangehöriger, die die Videos sehen konnten, bevor sie verschwanden, müssen mehrere Personen involviert gewesen sein.

* Es gibt die sich bisher in allen übrigen Details als richtig erwiesene Aussage eines Mädchens als Augenzeugin der Entführung, die zwei daran beteiligte Männer gesehen hat.

* Selbst wenn sich jenes Mädchen irrt, so erscheint es doch als unmöglich, dass ein Mann alleine das Fahrzeug fährt und gleichzeitig die zweifellos widerstrebende Kampusch niederhält.

* Wie konnte Priklopil Kampusch in den folgenden Tagen alleine unter Kontrolle halten, bis ihr Verlies fertiggestellt war?

* Warum hat sich Priklopil nach der Flucht von Kampusch viele Stunden mit seinem Freund Holzapfel getroffen, der vorgibt von der Entführung Kampuschs nichts gewusst zu haben?

* Warum hat Holzapfel, als er dann gefunden wurde, erschreckt zurückgefragt, ob er sie umgebracht habe – ohne dass der konkrete Fall bis dahin von den Beamten genannt worden war? Warum wurde diese Spur nicht nachverfolgt?

* Warum hat Holzapfel nach Kampuschs Flucht mit einer Vollmacht der Mutter Gegenstände aus Priklopils Haus entfernt und was ist damit geschehen?

* Warum wurde einem Hinweis aus Deutschland nicht intensiv nachgegangen, dass im Internet eine Zeit lang Kampusch-Videos angeboten worden seien?

* Was ist mit den Zetteln mit Bestätigungen über regelmäßige (geringe) Zahlungen von einem Euro an Kampusch, die nunmehr verschwunden sind?

* Warum fragte Kampusch die als erste mit ihr sprechende junge Polizistin danach, wie Euro-Scheine aussehen, obwohl dann später eine Geldbörse Kampuschs mit Euro-Noten gefunden worden ist?

* Warum erklärte Kampusch bei der gleichen ersten Vernehmung: "Ich sage keine Namen"?

** Warum ist den Telefonaten Priklopils und Holzapfels mit einer Pornohändlerin nicht nachgegangen worden?*

** Warum hat diese Pornohändlerin unmittelbar danach mehrmals mit einem Bundesheer-Offizier telefoniert?*

** Warum ist die gesamte Rufdaten-Rückerfassung der Telefonate Priklopils in den letzten Monaten nie ordentlich ausgewertet worden?*

** Warum trifft Holzapfel Kampusch angeblich auf deren Wunsch regelmäßig, obwohl er sie nur einmal im Gefängnis gesehen haben will und obwohl sie ihn unmittelbar nach ihrer Flucht nicht sehen wollte?*

** Warum behauptete Holzapfel im Gespräch mit einer Boulevard-Zeitung, dass Kampusch ihren Eltern nicht vertrauen kann, und konnte dann gleichzeitig sagen, zum Fall gar nichts zu wissen?*

V. Aktenübermittlung

Trotz des enormen Größenanfalles an übermittelten Akten mussten dennoch mangelnde Vollständigkeit, große Verspätungen und streitige Diskussionen mit den Ministerien, namentlich Bundesministerium für Inneres, verzeichnet werden.

Die fehlerhafte Äußerung, dass Personalakten nicht übersendet werden dürfen (Argument der ÖVP, welches vom BMI zu Beginn des Untersuchungsausschusses

übernommen wurde), führte zu massiven Verzögerungen. Das mehrfach auch öffentlich vorgetragene Argument des Ausschussvorsitzenden, dass bei Übernahme des Arguments der ÖVP die Konsequenz wäre, dass die gesamte Personalbewirtschaftung des Bundes der parlamentarischen Kontrolle entzogen wäre (ein offenbar absurdes Denkergebnis) forderte ein Einlenken zu Tage. Dies hatte das Ergebnis, dass eine Vereinbarung zwischen der Präsidentin des Nationalrates, dem Bundesminister für Inneres und dem Untersuchungsausschussvorsitzenden Dr. Fichtenbauer, wonach die Personalakten uneingeschränkt einzusenden wären, mit der Maßgabe, dass persönliche sensible Daten, wie sexuelle Neigung, philosophische Überzeugung, nicht jedoch politische Überzeugung zu schwärzen wären.

Teilweise übermittelte das Innenministerium auch Akten, welche - sehr arbeitsintensiv - bis zur vollständigen Unbrauchbarkeit „geweißt“ wurden. Diesbezüglich ist zu bemerken, dass bei der Unkenntlichmachung von Aktenteilen der Weißung im mehr der Vorzug gegenüber der Schwärzung gegeben wird, da diese nicht so augenfällig ist.

Aufgrund der uneinheitlichen und schlampigen Veraktung im Innenministerium musste der Untersuchungsausschuss zudem auch mit der Problematik der schleppenden Aktenübermittlungen kämpfen. Private Mails mussten von dienstlichen Mails getrennt werden, weil private Mails von den dienstlichen Adressen aus versandt wurden. Zudem wurden die Mails nicht, wie vom Generaldirektor für öffentliche Sicherheit Dr. Erik Buxbaum angeordnet, ausgedruckt und den Akten beigelegt.

Teilweise mussten die Beamten selbst entscheiden, welches Mail dienstlichen Charakter hatte und welches nicht.

Anstatt die anfangs notwendigen Akten rasch zu übermitteln, wurden lediglich Akten übermittelt, deren Inhalte erst zu einem viel späteren Zeitpunkt im Ausschuss behandelt werden sollten. Akten wurden völlig ohne Grund von den Bundesministerien als geheim klassifiziert, so dass diese nicht kopiert werden durften.

Trotz Beschluss des Untersuchungsausschusses und mehrmaliger Gespräche mit dem Bundesministerium für Inneres wurden dem Untersuchungsausschuss einige von Ladungspersonen zugesagte Akten und Informationen nicht übermittelt, so zum Beispiel die Liste der vom Büro für interne Angelegenheiten überwachten Politiker oder der erste „BIA-Erlass“.

Gerade durch die Verzögerungstaktik der ÖVP und ihrer Bundesminister bei der Aktenübermittlung an den Untersuchungsausschuss wurden die Ablehnung des Untersuchungsausschusses und damit auch die Ablehnung der parlamentarischen Kontrolle von ÖVP geführten Bundesministerien durch die ÖVP offensichtlich.

Stand Aktenübermittlung

Angefordert bei/m:	Sitzungs-Nr.; Beilagen-Nr. Beschluss- datum	Aussch.- Antrag von:	Be- weis be- schl.	Aktenanforderung betreffend:	Angefordert mit GZ ParID	Vorla- ge- Ter- min	Einge- langt im Parl.	GZ Fremd	GZ ParID- ion
BMI	Sitzung Nr. 2 Blg. 2 2008-03-14	Fichtenbauer Pilz Westenthaler Parnigoni	1	... im Zusammenhang mit der Anforderung von Material im Rahmen der kriminalpolizeilichen Aufklärung der „BAWAG-Affäre“ durch die Bundesministerin für Inneres und ihr Kabinett sowie den gesamten BAWAG-Ermittlungsakt.	13577.002 0/ 1-2008 2008-03-17	2008-04-03	31.03.2008	BMI (E-Mail) 31.03.2008, GZ BMI-LR2211/0002-CS-UA/2008 Meldung einer Verzögerung	13577.002 0/ 25-2008 (weiterverteilt mit E-Mail)
BMI	Sitzung Nr. 2 Blg. 2 2008-03-14	Fichtenbauer Pilz Westenthaler Parnigoni	1	... im Zusammenhang mit der Anforderung von Material im Rahmen der kriminalpolizeilichen Aufklärung der „BAWAG-Affäre“ durch die Bundesministerin für Inneres und ihr Kabinett sowie den gesamten BAWAG-Ermittlungsakt.	13577.002 0/ 1-2008 2008-03-17	2008-04-03	15.04.2008	BMI (Bundeskriminalamt) 1984537/1-II/ BK 34W21 (ca. 15 m)	13577.002 0/ 53-2008
BMI	Sitzung Nr. 2 Blg. 2 2008-03-14	Fichtenbauer Pilz Westenthaler Parnigoni	1	... im Zusammenhang mit der Anforderung von Material im Rahmen der kriminalpolizeilichen Aufklärung der „BAWAG-Affäre“ durch die Bundesministerin für Inneres und ihr Kabinett sowie den gesamten BAWAG-Ermittlungsakt.	13577.002 0/ 1-2008 2008-03-17	2008-04-03	16.04.2008	BMI (Bundeskriminalamt) BMI-LR2210/0147-II/BK/1.1/2008 (1 Ordner, nämlich der nachgelieferte 176. Ordner von AF-Nr. 1/1.L.)	13577.002 0/ 55-2008
BMI	Sitzung Nr. 2 Blg. 2 2008-03-14	Fichtenbauer Pilz Westenthaler Parnigoni	1	... im Zusammenhang mit der Anforderung von Material im Rahmen der kriminalpolizeilichen Aufklärung der „BAWAG-Affäre“ durch die Bundesministerin für Inneres und ihr Kabinett sowie den gesamten BAWAG-Ermittlungsakt.	13577.002 0/ 1-2008 2008-03-17	2008-04-03	30.05.2008	BMI Ohne GZ. (ca. 7 cm)	13577.002 0/ 87-2008
BMI	Sitzung Nr. 2 Blg. 2 2008-03-14	Fichtenbauer Pilz Westenthaler Parnigoni	1	... im Zusammenhang mit der Anforderung von Material im Rahmen der kriminalpolizeilichen Aufklärung der „BAWAG-Affäre“ durch die Bundesministerin für Inneres und ihr Kabinett sowie den gesamten BAWAG-Ermittlungsakt.	13577.002 0/ 1-2008 2008-03-17	2008-04-03	11.07.2008	BMI Ohne GZ.	13577.002 0/ 126-2008

BMI	Sitzung Nr. 2 Blg. 2 2008-03-14	Fichtenbauer Pilz Westenthaler Parnigoni	1	... im Zusammenhang mit Personen, welche Zugriffsmöglichkeiten auf Material aus der kriminalpolizeilichen Aufklärung der „BAWAG-Affäre“ und die Möglichkeit zur Weitergabe hatten	13577.002 0/ 1-2008 2008-03-17	2008-04-03	15.04.2008	BMI (Bundeskriminalamt) 1984537/1-II/ BK 34W21 (Ident mit AF-Nr.1/L.)	13577.002 0/ 53-2008
BMI	Sitzung Nr. 2 Blg. 2 2008-03-14	Fichtenbauer Pilz Westenthaler Parnigoni	1	... im Zusammenhang mit Personen, welche Zugriffsmöglichkeiten auf Material aus der kriminalpolizeilichen Aufklärung der „BAWAG-Affäre“ und die Möglichkeit zur Weitergabe hatten	13577.002 0/ 1-2008 2008-03-17	2008-04-03	11.07.2008	BMI Ohne GZ.	13577.002 0/ 126-2008
BMI	Sitzung Nr. 2 Blg. 2 2008-03-14	Fichtenbauer Pilz Westenthaler Parnigoni	1	... im Zusammenhang mit dem Zugriff, der Weitergabe und der Veröffentlichung von EKIS-Daten von Angehörigen von Arigona Zogaj.	13577.002 0/ 1-2008 2008-03-17	2008-04-03	25.04.2008	BMI Ohne GZ. (ca. 1 m)	13577.002 0/ 63-2008
BMI	Sitzung Nr. 2 Blg. 2 2008-03-14	Fichtenbauer Pilz Westenthaler Parnigoni	1	... im Zusammenhang mit Personen, welche die Möglichkeit zur Weitergabe von EKIS-Daten von Angehörigen von Arigona Zogaj hatten.	13577.002 0/ 1-2008 2008-03-17	2008-04-03	25.04.2008	BMI Ohne GZ. (ident mit AF-Nr. 3/1.L.)	13577.002 0/ 63-2008
BMI	Sitzung Nr. 2 Blg. 2 2008-03-14	Fichtenbauer Pilz Westenthaler Parnigoni	1	... im Zusammenhang mit der Weitergabe und Veröffentlichung von EKIS-Daten von Angehörigen von Arigona Zogaj.	13577.002 0/ 1-2008 2008-03-17	2008-04-03	25.04.2008	BMI Ohne GZ. (ident mit AF-Nr. 3/1.L.)	13577.002 0/ 63-2008
BMI	Sitzung Nr. 2 Blg. 2 2008-03-14	Fichtenbauer Pilz Westenthaler Parnigoni	1	... im Zusammenhang mit Personen, welche Zugriffsmöglichkeiten auf EKIS-Daten der Familie Zeqai und die Möglichkeit zur Weitergabe hatten.	13577.002 0/ 1-2008 2008-03-17	2008-04-03	25.04.2008	BMI Ohne GZ. (ident mit AF-Nr. 3/1.L.)	13577.002 0/ 63-2008
BMI	Sitzung Nr. 2 Blg. 2 2008-03-14	Fichtenbauer Pilz Westenthaler Parnigoni	1	... im Zusammenhang mit Personen, welche die Möglichkeit zur Weitergabe von EKIS-Daten der Familie Zeqai hatten.	13577.002 0/ 1-2008 2008-03-17	2008-04-03	25.04.2008	BMI Ohne GZ. (ident mit AF-Nr. 3/1.L.)	13577.002 0/ 63-2008
BMI	Sitzung Nr. 2 Blg. 2 2008-03-14	Fichtenbauer Pilz Westenthaler Parnigoni	1	... im Zusammenhang mit der Weitergabe und Veröffentlichung von EKIS-Daten der Familie Zeqai.	13577.002 0/ 1-2008 2008-03-17	2008-04-03	25.04.2008	BMI Ohne GZ. (ident mit AF-Nr. 3/1.L.)	13577.002 0/ 63-2008

BMI	Sitzung Nr. 2 Blg. 2 2008-03-14	Fichtenbauer Pilz Westenthaler Parnigoni	1	... im Zusammenhang mit einer Anzeige gegen Mag. Georg Bürstmayr und Mag. Nadja Lorenz wegen des Verdachts der Schlepperei.	13577.002 0/ 1-2008 2008-03-17	2008-04-03	22.04.20 08	BMI OHNE GZ (1 Ordner = 2cm)	13577.002 0/ 58-2008
BMI	Sitzung Nr. 2 Blg. 2 2008-03-14	Fichtenbauer Pilz Westenthaler Parnigoni	1	... im Zusammenhang mit einer Anzeige gegen Mag. Georg Bürstmayr und Mag. Nadja Lorenz wegen des Verdachts der Schlepperei.	13577.002 0/ 1-2008 2008-03-17	2008-04-03	05.05.20 08	BMI OHNE GZ (1 Ordner)	13577.002 0/ 68-2008
BMI	Sitzung Nr. 2 Blg. 2 2008-03-14	Fichtenbauer Pilz Westenthaler Parnigoni	1	... im Zusammenhang mit einer Anzeige gegen Mag. Georg Bürstmayr und Mag. Nadja Lorenz wegen des Verdachts der Schlepperei.	13577.002 0/ 1-2008 2008-03-17	2008-04-03	30.05.20 08	BMI OHNE GZ (ca. 3 mm)	13577.002 0/ 89-2008
BMI	Sitzung Nr. 2 Blg. 2 2008-03-14	Fichtenbauer Pilz Westenthaler Parnigoni	1	... im Zusammenhang mit der sogenannten „Soko Kitz“ bzw. „Soko 05“.	13577.002 0/ 1-2008 2008-03-17	2008-04-03	23.04.20 08	BMI OHNE GZ (4 Ordner = 30cm)	13577.002 0/ 60-2008
BMI	Sitzung Nr. 2 Blg. 2 2008-03-14	Fichtenbauer Pilz Westenthaler Parnigoni	1	... im Zusammenhang mit Polizeiverfahren mit Bezug auf Mag. Philipp Ita.	13577.002 0/ 1-2008 2008-03-17	2008-04-03	03.04.20 08	BMI SOKO Vlbg GZ 3200/08 (6 Ordner)	13577.002 0/ 38-2008
BMI	Sitzung Nr. 2 Blg. 2 2008-03-14	Fichtenbauer Pilz Westenthaler Parnigoni	1	... im Zusammenhang mit Polizeiverfahren mit Bezug auf Mag. Philipp Ita.	13577.002 0/ 1-2008 2008-03-17	2008-04-03	22.04.20 08	BMI SOKO Vlbg GZ 3200/08 (16 Ordner = 1,5 m)	13577.002 0/ 59-2008
BMI	Sitzung Nr. 2 Blg. 2 2008-03-14	Fichtenbauer Pilz Westenthaler Parnigoni	1	... im Zusammenhang mit Polizeiverfahren mit Bezug auf Mag. Philipp Ita.	13577.002 0/ 1-2008 2008-03-17	2008-04-03	30.04.20 08	BMI OHNE GZ (10 Ordner = 80cm)	13577.002 0/ 66-2008

BMI	Sitzung Nr. 2 Blg. 2 2008-03-14	Fichtenbauer Pilz Westenthaler Parnigoni	1	... im Zusammenhang mit Personen, welche Zugangsmöglichkeiten zu Vernehmungsprotokollen im Rahmen der BAWAG Ermittlungen und die Möglichkeit zur Weitergabe dieser hatten.	13577.002 0/ 1-2008 2008-03-17	2008-04-03	15.04.20 08	BMI (Bundeskriminalamt) 1984537/1-II/ BK 34W21 (Ident mit AF-Nr.1/1.L.)	13577.002 0/ 53-2008
BMI	Sitzung Nr. 2 Blg. 2 2008-03-14	Fichtenbauer Pilz Westenthaler Parnigoni	2	... im Zusammenhang mit der Vergabe von Posten seit dem Jahr 2000, welche den Bundesministern für Inneres oder den Angehörigen der Ministerbüros vorgelegt wurden bzw. an deren Entscheidung die Genannten formell bzw. informell beteiligt waren.	13577.002 0/ 1-2008 2008-03-17	2008-04-03	04.04.20 08	BMI (E-Mail an Bürgerservice) 03.04.2008, GZ BMI-LR2211/0001-CS-UA/2008 Ersuchen um Klarstellung	13577.002 0/ 43-2008
BMI	Sitzung Nr. 2 Blg. 2 2008-03-14	Fichtenbauer Pilz Westenthaler Parnigoni	2	... im Zusammenhang mit der Vergabe von Posten seit dem Jahr 2000, welche den Bundesministern für Inneres oder den Angehörigen der Ministerbüros vorgelegt wurden bzw. an deren Entscheidung die Genannten formell bzw. informell beteiligt waren.	13577.002 0/ 1-2008 2008-03-17	2008-04-03	13.05.20 08	BMI OHNE GZ (50 Ordner = 3 m)	13577.002 0/ 75-2008
BMI	Sitzung Nr. 2 Blg. 2 2008-03-14	Fichtenbauer Pilz Westenthaler Parnigoni	2	... im Zusammenhang mit der Vergabe von Posten seit dem Jahr 2000, welche den Bundesministern für Inneres oder den Angehörigen der Ministerbüros vorgelegt wurden bzw. an deren Entscheidung die Genannten formell bzw. informell beteiligt waren.	13577.002 0/ 1-2008 2008-03-17	2008-04-03	26.05.20 08	BMI Ohne GZ. (ca. 10 cm) Nachlieferung des 26. Ordners zur AF-Nr. 13/ 2.L	13577.002 0/ 82-2008
BMI	Sitzung Nr. 2 Blg. 2 2008-03-14	Fichtenbauer Pilz Westenthaler Parnigoni	2	... im Zusammenhang mit der Vergabe von Posten seit dem Jahr 2000, welche den Bundesministern für Inneres oder den Angehörigen der Ministerbüros vorgelegt wurden bzw. an deren Entscheidung die Genannten formell bzw. informell beteiligt waren.	13577.002 0/ 1-2008 2008-03-17	2008-04-03	30.05.20 08	BMI Ohne GZ. (ca. 5 cm)	13577.002 0/ 87-2008
BMI	Sitzung Nr. 2 Blg. 2 2008-03-14	Fichtenbauer Pilz Westenthaler Parnigoni	2	... im Zusammenhang mit der Vergabe von Posten seit dem Jahr 2000, welche den Bundesministern für Inneres oder den Angehörigen der Ministerbüros vorgelegt wurden bzw. an deren Entscheidung die Genannten formell bzw. informell beteiligt waren.	13577.002 0/ 1-2008 2008-03-17	2008-04-03	09.06.20 08	BMI GZ. BMI-LR2211/0009-CS-UA/2008 (ca. 1,8 m)	13577.002 0/ 94-2008
BMI	Sitzung Nr. 2 Blg. 2 2008-03-14	Fichtenbauer Pilz Westenthaler Parnigoni	2	... im Zusammenhang mit der Vergabe von Posten seit dem Jahr 2000, welche den Bundesministern für Inneres oder den Angehörigen der Ministerbüros vorgelegt wurden bzw. an deren Entscheidung die Genannten formell bzw. informell beteiligt waren.	13577.002 0/ 1-2008 2008-03-17	2008-04-03	12.06.20 08	BMI OHNE GZ. (ca. 4,4 cm, Nachlieferung)	13577.002 0/ 98-2008

BMI	Sitzung Nr. 2 Blg. 2 2008-03-14	Fichtenbauer Pilz Westenthaler Parnigoni	2	... im Zusammenhang mit der Vergabe von Posten seit dem Jahr 2000, welche den Bundesministern für Inneres oder den Angehörigen der Ministerbüros vorgelegt wurden bzw. an deren Entscheidung die Genannten formell bzw. informell beteiligt waren.	13577.002 0/ 1-2008 2008-03-17	2008-04-03	17.06.2008	BMI GZ. BMI-LR2211/0013-CS-UA/2008 (ca. 1 m)	13577.002 0/ 110-2008 (ursprünglich OZ: 86)
BMI	Sitzung Nr. 2 Blg. 2 2008-03-14	Fichtenbauer Pilz Westenthaler Parnigoni	2	... im Zusammenhang mit der Vergabe von Posten seit dem Jahr 2000, welche den Bundesministern für Inneres oder den Angehörigen der Ministerbüros vorgelegt wurden bzw. an deren Entscheidung die Genannten formell bzw. informell beteiligt waren.	13577.002 0/ 1-2008 2008-03-17	2008-04-03	23.06.2008	BMI OHNE GZ. (ca. 2 cm)	13577.002 0/ 109-2008
BMI	Sitzung Nr. 2 Blg. 2 2008-03-14	Fichtenbauer Pilz Westenthaler Parnigoni	2	... im Zusammenhang mit der Vergabe von Posten seit dem Jahr 2000, welche den Bundesministern für Inneres oder den Angehörigen der Ministerbüros vorgelegt wurden bzw. an deren Entscheidung die Genannten formell bzw. informell beteiligt waren.	13577.002 0/ 1-2008 2008-03-17	2008-04-03	25.06.2008	BMI OHNE GZ. (ca. 1 m)	13577.002 0/ 112-2008
BMI	Sitzung Nr. 2 Blg. 2 2008-03-14	Fichtenbauer Pilz Westenthaler Parnigoni	3	... im Zusammenhang mit der Strafsache Kampusch.	13577.002 0/ 1-2008 2008-03-17	2008-04-03	03.04.2008	BMI SOKO Vlbg GZ 3200/08 (Ident mit AF-Nr.11/1.L.)	13577.002 0/ 38-2008
BMI	Sitzung Nr. 2 Blg. 2 2008-03-14	Fichtenbauer Pilz Westenthaler Parnigoni	3	... im Zusammenhang mit der Strafsache Kampusch.	13577.002 0/ 1-2008 2008-03-17	2008-04-03	22.04.2008	BMI SOKO Vlbg GZ 3200/08 (Ident mit AF-Nr.11/2.L.)	13577.002 0/ 59-2008
BMI	Sitzung Nr. 2 Blg. 2 2008-03-14	Fichtenbauer Pilz Westenthaler Parnigoni	3	... im Zusammenhang mit der Strafsache Kampusch.	13577.002 0/ 1-2008 2008-03-17	2008-04-03	09.05.2008	BMI OHNE GZ (3 mm)	13577.002 0/ 73-2008
BMI	Sitzung Nr. 2 Blg. 2 2008-03-14	Fichtenbauer Pilz Westenthaler Parnigoni	3	... im Zusammenhang mit der Strafsache Kampusch.	13577.002 0/ 1-2008 2008-03-17	2008-04-03	11.05.2008	BMI GZ: 37010/7-KBM/08 (1,5 cm, Abschlussbericht Prof. Adamovich)	13577.002 0/ 97-2008

BMI	Sitzung Nr. 2 Blg. 2 2008-03-14	Fichtenbauer Pilz Westenthaler Parnigoni	3	... im Zusammenhang mit der Strafsache Kampusch.	13577.002 0/ 1-2008 2008-03-17	2008-04-03	04.09.20 08	BMI GZ. BMI-LR2211/0016-CS-UA/2008 (ca. 1 m)	13577.002 0/ 134-2008
BMI	Sitzung Nr. 2 Blg. 2 2008-03-14	Fichtenbauer Pilz Westenthaler Parnigoni	3	... im Zusammenhang mit Zeugeneinvernahmen in der Strafsache Kampusch vor der Nationalratswahl 2006.	13577.002 0/ 1-2008 2008-03-17	2008-04-03	03.04.20 08	BMI SOKO Vlbg GZ 3200/08 (Ident mit AF-Nr.11/1.L.)	13577.002 0/ 38-2008
BMI	Sitzung Nr. 2 Blg. 2 2008-03-14	Fichtenbauer Pilz Westenthaler Parnigoni	3	... im Zusammenhang mit Zeugeneinvernahmen in der Strafsache Kampusch vor der Nationalratswahl 2006.	13577.002 0/ 1-2008 2008-03-17	2008-04-03	22.04.20 08	BMI SOKO Vlbg GZ 3200/08 (Ident mit AF-Nr.11/2.L.)	13577.002 0/ 59-2008
BMI	Sitzung Nr. 2 Blg. 2 2008-03-14	Fichtenbauer Pilz Westenthaler Parnigoni	3	... im Zusammenhang mit der geplanten Evaluierung im Fall Kampusch durch Dr. Haidinger.	13577.002 0/ 1-2008 2008-03-17	2008-04-03	03.04.20 08	BMI SOKO Vlbg GZ 3200/08 (Ident mit AF-Nr.11/1.L.)	13577.002 0/ 38-2008
BMI	Sitzung Nr. 2 Blg. 2 2008-03-14	Fichtenbauer Pilz Westenthaler Parnigoni	3	... im Zusammenhang mit der geplanten Evaluierung im Fall Kampusch durch Dr. Haidinger.	13577.002 0/ 1-2008 2008-03-17	2008-04-03	22.04.20 08	BMI SOKO Vlbg GZ 3200/08 (Ident mit AF-Nr.11/2.L.)	13577.002 0/ 59-2008
BMI	Sitzung Nr. 2 Blg. 2 2008-03-14	Fichtenbauer Pilz Westenthaler Parnigoni	3	... im Zusammenhang mit der geplanten Evaluierung im Fall Kampusch durch Dr. Haidinger.	13577.002 0/ 1-2008 2008-03-17	2008-04-03	23.06.20 08	BMI OHNE GZ. (ca. 10 cm)	13577.002 0/ 109-2008

BMI	Sitzung Nr. 2 Blg. 2 2008-03-14	Fichtenbauer Pilz Westenthaler Parnigoni	3	... im Zusammenhang mit der Evaluierung im Fall Kampusch durch die SIAK.	13577.002 0/ 1-2008 2008-03-17	2008-04-03	03.04.20 08	BMI SOKO Vlbg GZ 3200/08 (Ident mit AF-Nr.11/1.L.)	13577.002 0/ 38-2008
BMI	Sitzung Nr. 2 Blg. 2 2008-03-14	Fichtenbauer Pilz Westenthaler Parnigoni	3	... im Zusammenhang mit der Evaluierung im Fall Kampusch durch die SIAK.	13577.002 0/ 1-2008 2008-03-17	2008-04-03	22.04.20 08	BMI SOKO Vlbg GZ 3200/08 (Ident mit AF-Nr.11/2.L.)	13577.002 0/ 59-2008
BMI	Sitzung Nr. 2 Blg. 2 2008-03-14	Fichtenbauer Pilz Westenthaler Parnigoni	3	... im Zusammenhang mit der Affäre „Horngacher“, einschließlich Obst Roland Frühwirth und HR Ernst Geiger sowie über den Verein der Freunde der Wiener Polizei.	13577.002 0/ 1-2008 2008-03-17	2008-04-03	02.06.20 08	BMI OHNE GZ (ca. 12 m)	13577.002 0/ 86-2008
BMI	Sitzung Nr. 2 Blg. 2 2008-03-14	Fichtenbauer Pilz Westenthaler Parnigoni	3	... im Zusammenhang mit der Affäre „Horngacher“, einschließlich Obst Roland Frühwirth und HR Ernst Geiger sowie über den Verein der Freunde der Wiener Polizei.	13577.002 0/ 1-2008 2008-03-17	2008-04-03	23.06.20 08	BMI OHNE GZ. (ca. 2 cm)	13577.002 0/ 109-2008
BMI	Sitzung Nr. 2 Blg. 2 2008-03-14	Fichtenbauer Pilz Westenthaler Parnigoni	3	... im Zusammenhang mit der „Spitzelaffäre“.	13577.002 0/ 1-2008 2008-03-17	2008-04-03			
BMI	Sitzung Nr. 2 Blg. 2 2008-03-14	Fichtenbauer Pilz Westenthaler Parnigoni	4	... im Zusammenhang mit der Überwachungstätigkeit und Ermittlungstätigkeit des BIA gegen politische Funktionäre und Beamte.	13577.002 0/ 1-2008 2008-03-17	2008-04-03	06.06.20 08	BMI GZ: BMI-LR2211/0008-CS-UA/2008 (ca. 1 m)	13577.002 0/ 91-2008
BMI	Sitzung Nr. 2 Blg. 2 2008-03-14	Fichtenbauer Pilz Westenthaler Parnigoni	4	... im Zusammenhang mit der Überwachungstätigkeit und Ermittlungstätigkeit des BIA gegen politische Funktionäre und Beamte.	13577.002 0/ 1-2008 2008-03-17	2008-04-03	02.07.20 08	BMI GZ: BMI-LR2211/0014-CS-UA/2008 (BMI-Ordner-Nr. 008-015)	13577.002 0/ 116-2008

BMI	Sitzung Nr. 2 Blg. 2 2008-03-14	Fichtenbauer Pilz Westenthaler Parnigoni	4	... im Zusammenhang mit der Überwachungstätigkeit und Ermittlungstätigkeit des BIA gegen politische Funktionäre und Beamte.	13577.002 0/ 1-2008 2008-03-17	2008-04-03	02.07.20 08	BMI GZ: BMI-LR2211/0014-CS-UA/2008 (BMI-Ordner-Nr. 016-021)	13577.002 0/ 116-2008
BMI	Sitzung Nr. 2 Blg. 2 2008-03-14	Fichtenbauer Pilz Westenthaler Parnigoni	4	... im Zusammenhang mit der Überwachungstätigkeit und Ermittlungstätigkeit des BIA gegen politische Funktionäre und Beamte.	13577.002 0/ 1-2008 2008-03-17	2008-04-03	02.07.20 08	BMI GZ: BMI-LR2211/0014-CS-UA/2008 (BMI-Ordner-Nr. 022-024)	13577.002 0/ 116-2008
BMI	Sitzung Nr. 2 Blg. 2 2008-03-14	Fichtenbauer Pilz Westenthaler Parnigoni	4	... im Zusammenhang mit der Überwachungstätigkeit und Ermittlungstätigkeit des BIA gegen politische Funktionäre und Beamte.	13577.002 0/ 1-2008 2008-03-17	2008-04-03	02.07.20 08	BMI GZ: BMI-LR2211/0014-CS-UA/2008 (BMI-Ordner-Nr. 025)	13577.002 0/ 116-2008
BMI	Sitzung Nr. 2 Blg. 2 2008-03-14	Fichtenbauer Pilz Westenthaler Parnigoni	4	... im Zusammenhang mit der Überwachungstätigkeit und Ermittlungstätigkeit des BIA gegen politische Funktionäre und Beamte.	13577.002 0/ 1-2008 2008-03-17	2008-04-03	02.07.20 08	BMI GZ: BMI-LR2211/0014-CS-UA/2008 (BMI-Ordner-Nr. 026-030)	13577.002 0/ 116-2008
BMI	Sitzung Nr. 2 Blg. 2 2008-03-14	Fichtenbauer Pilz Westenthaler Parnigoni	4	... im Zusammenhang mit der Überwachungstätigkeit und Ermittlungstätigkeit des BIA gegen politische Funktionäre und Beamte.	13577.002 0/ 1-2008 2008-03-17	2008-04-03	02.07.20 08	BMI GZ: BMI-LR2211/0014-CS-UA/2008 (BMI-Ordner-Nr. 031-032)	13577.002 0/ 116-2008
BMI	Sitzung Nr. 2 Blg. 2 2008-03-14	Fichtenbauer Pilz Westenthaler Parnigoni	4	... im Zusammenhang mit der Überwachungstätigkeit und Ermittlungstätigkeit des BIA gegen politische Funktionäre und Beamte.	13577.002 0/ 1-2008 2008-03-17	2008-04-03	02.07.20 08	BMI GZ: BMI-LR2211/0014-CS-UA/2008 (BMI-Ordner-Nr. 033)	13577.002 0/ 116-2008
BMI	Sitzung Nr. 2 Blg. 2 2008-03-14	Fichtenbauer Pilz Westenthaler Parnigoni	4	... im Zusammenhang mit der Überwachungstätigkeit und Ermittlungstätigkeit des BIA gegen politische Funktionäre und Beamte.	13577.002 0/ 1-2008 2008-03-17	2008-04-03	11.07.20 08	BMI Ohne GZ.	13577.002 0/ 126-2008
BMI	Sitzung Nr. 2 Blg. 2 2008-03-14	Fichtenbauer Pilz Westenthaler Parnigoni	4	... im Zusammenhang mit der Überwachungstätigkeit und Ermittlungstätigkeit des BIA gegen andere Personen.	13577.002 0/ 1-2008 2008-03-17	2008-04-03			

BMI	Sitzung Nr. 2 Blg. 2 2008-03-14	Fichtenbauer Pilz Westenthaler Parnigoni	4	... im Zusammenhang mit Personen, welche Zugangsmöglichkeiten zu BIA-Unterlagen und die Möglichkeit zur Weitergabe von durch das BIA eingeholten Informationen hatten.	13577.002 0/ 1-2008 2008-03-17	2008-04-03	17.06.2008	BMI GZ. BMI-LR2211/0013-CS-UA/2008 (ca. 80 cm)	13577.002 0/ 110-2008 (ursprünglich OZ: 86)
BMI	Sitzung Nr. 2 Blg. 2 2008-03-14	Fichtenbauer Pilz Westenthaler Parnigoni	4	... im Zusammenhang mit der Überwachungstätigkeit und Ermittlungstätigkeit von anderen Bundeseinrichtungen gegen politische Funktionäre und Beamte.	13577.002 0/ 1-2008 2008-03-17	2008-04-03	09.06.2008	BMI GZ. BMI-LR2211/0009-CS-UA/2008 (ca. 3 m) Anmerkung: Ordner 1, 2, 14, 20, 21, 22, 23 u. 25 wegen schlechter Kopien am 11.06.2008 beim BMI/Schleifer-Tipl tel. neu angefordert!	13577.002 0/ 94-2008
BMI	Sitzung Nr. 2 Blg. 2 2008-03-14	Fichtenbauer Pilz Westenthaler Parnigoni	4	... im Zusammenhang mit dem Fall „Ebergassing“.	13577.002 0/ 1-2008 2008-03-17	2008-04-03	09.06.2008	BMI GZ. BMI-LR2211/0009-CS-UA/2008 (ca. 15 m)	13577.002 0/ 94-2008
Österr. Staatssarchiv	Sitzung Nr. 12 Blg. 4 2008-06-10	Fichtenbauer Pilz Westenthaler Parnigoni	4	... im Zusammenhang mit der Causa „Briefbomben“ und Oberwart.	13577.002 0/ 95-2008 2008-06-10	NEIN	03.04.2008	BMI OHNE GZ (ca. 1 m, Ordner 13 fehlt)	13577.002 0/ 39-2008
BMI	Sitzung Nr. 2 Blg. 2 2008-03-14	Fichtenbauer Pilz Westenthaler Parnigoni	6	... im Zusammenhang mit der Fachaufsicht bezüglich stattgefundenen illegalen Vergabe von Einreisevisa.	13577.002 0/ 1-2008 2008-03-17	2008-04-03	03.04.2008	BMI OHNE GZ (ca. 1 m, Ordner 13 fehlt)	13577.002 0/ 39-2008

BMI	Sitzung Nr. 2 Blg. 2 2008-03-14	Fichtenbauer Pilz Westenthaler Parnigoni	5	Sämtliche Daten, die auf dem Computer des früheren BAWAG-Aufsichtsrats-präsidenten Günter Weninger gefunden wurden und mit Geldflüssen von der BAWAG an die SPÖ oder ihre Vorfeldorganisationen oder an juristische Personen, an denen die SPÖ oder ihre Vorfeldorganisationen beteiligt sind oder waren	13577.002 0/ 1-2008 2008-03-17	2008-04-03	15.04.2008	BMI (Bundeskriminalamt) 1984537/1-II/ BK 34W21	13577.002 0/ 53-2008
BMI	Sitzung Nr. 2 Blg. 2 2008-03-14	Fichtenbauer Pilz Westenthaler Parnigoni	5	Sämtliche Daten, die auf dem Computer des früheren BAWAG-Aufsichtsrats-präsidenten Günter Weninger gefunden wurden und mit Geldflüssen von der BAWAG an die SPÖ oder ihre Vorfeldorganisationen oder an juristische Personen, an denen die SPÖ oder ihre Vorfeldorganisationen beteiligt sind oder waren	13577.002 0/ 1-2008 2008-03-17	2008-04-03	30.05.2008	BMI Ohne GZ. (ca. 7 cm) (Ident mit AF-Nr.1/3.L.)	13577.002 0/ 87-2008
BMI	Sitzung Nr. 2 Blg. 2 2008-03-14	Fichtenbauer Pilz Westenthaler Parnigoni	7	... im Zusammenhang mit der Lieferung der Steyr HS 50 Waffen an den Iran.	13577.002 0/ 1-2008 2008-03-17	2008-04-03	03.04.2008	SOKO Vlbg GZ 3200/08 (Ident mit AF-Nr.11/1.L.)	13577.002 0/ 38-2008
BMI	Sitzung Nr. 2 Blg. 2 2008-03-14	Fichtenbauer Pilz Westenthaler Parnigoni	7	... im Zusammenhang mit der Lieferung der Steyr HS 50 Waffen an den Iran.	13577.002 0/ 1-2008 2008-03-17	2008-04-03	22.04.2008	BMI SOKO Vlbg GZ 3200/08 (Ident mit AF-Nr.11/2.L.)	13577.002 0/ 59-2008
BMI	Sitzung Nr. 2 Blg. 2 2008-03-14	Fichtenbauer Pilz Westenthaler Parnigoni	8	... im Zusammenhang mit der Auftragsvergabe für den Umbau der NS-Gedenkstätte Mauthausen.	13577.002 0/ 1-2008 2008-03-17	2008-04-03	03.04.2008	SOKO Vlbg GZ 3200/08 (Ident mit AF-Nr.11/1.L.)	13577.002 0/ 38-2008

BMI	Sitzung Nr. 2 Blg. 2 2008-03-14	Fichtenbauer Pilz Westenthaler Parnigoni	8	... im Zusammenhang mit der Auftragsvergabe für den Umbau der NS-Gedenkstätte Mauthausen.	13577.002 0/ 1-2008 2008-03-17	2008-04-03	22.04.20 08	BMI SOKO Vlbg GZ 3200/08 (Ident mit AF-Nr.11/2.L.)	13577.002 0/ 59-2008
BMI	Sitzung Nr. 2 Blg. 2 2008-03-14	Fichtenbauer Pilz Westenthaler Parnigoni	8	... im Zusammenhang mit der Auftragsvergabe für den Umbau der NS-Gedenkstätte Mauthausen.	13577.002 0/ 1-2008 2008-03-17	2008-04-03	19.05.20 08	BMI OHNE GZ (36 Ordner = 3 m)	13577.002 0/ 79-2008
BMI	Sitzung Nr. 2 Blg. 2 2008-03-14	Fichtenbauer Pilz Westenthaler Parnigoni	8	... im Zusammenhang mit der Bewilligung von Schießständen bei Tulln.	13577.002 0/ 1-2008 2008-03-17	2008-04-03	03.04.20 08	SOKO Vlbg GZ 3200/08 (Ident mit AF-Nr.11/1.L.)	13577.002 0/ 38-2008
BMI	Sitzung Nr. 2 Blg. 2 2008-03-14	Fichtenbauer Pilz Westenthaler Parnigoni	8	... im Zusammenhang mit der Bewilligung von Schießständen bei Tulln.	13577.002 0/ 1-2008 2008-03-17	2008-04-03	22.04.20 08	BMI SOKO Vlbg GZ 3200/08 (Ident mit AF-Nr.11/2.L.)	13577.002 0/ 59-2008
BMI	Sitzung Nr. 2 Blg. 2 2008-03-14	Fichtenbauer Pilz Westenthaler Parnigoni	8	... im Zusammenhang mit der Auftragsvergabe für den Behördensfunk, Projekt Adonis und "Digitalfunk BOS-Austria".	13577.002 0/ 1-2008 2008-03-17	2008-04-03	12.06.20 08	BMI Abt. IV/8/c OHNE GZ (138 Ordner = 12 m)	13577.002 0/ 99-2008
BMI	Sitzung Nr. 2 Blg. 2 2008-03-14	Fichtenbauer Pilz Westenthaler Parnigoni	8	... im Zusammenhang mit der Auftragsvergabe für den Behördensfunk, Projekt Adonis und "Digitalfunk BOS-Austria".	13577.002 0/ 1-2008 2008-03-17	2008-04-03	12.06.20 08	BMI Abt. I/6 OHNE GZ (166 Ordner = 15 m)	13577.002 0/ 100-2008
BMI	Sitzung Nr. 2 Blg. 2 2008-03-14	Fichtenbauer Pilz Westenthaler Parnigoni	8	... im Zusammenhang mit der Auftragsvergabe für den Behördensfunk, Projekt Adonis und "Digitalfunk BOS-Austria".	13577.002 0/ 1-2008 2008-03-17	2008-04-03	11.07.20 08	BMI Ohne GZ.	13577.002 0/ 126-2008

BM J	Sitzung Nr. 2 Blg. 2 2008-03- 14	Fichtenbauer Pilz Westenthaler Parnigoni	1	... im Zusammenhang mit der Anforderung von Material im Rahmen der kriminalpolizeilichen Aufklärung der „BAWAG-Affäre“ durch die Bundesministerin für Inneres und ihr Kabinett.	13577.002 0/ 2-2008 2008-03- 17	2008- 04-03	31.03.20 08	Oberster Gerichts- hof 1 Präs.4200-1552 (ca. 4 cm)	13577.002 0/ 20-2008
BM J	Sitzung Nr. 2 Blg. 2 2008-03- 14	Fichtenbauer Pilz Westenthaler Parnigoni	1	... im Zusammenhang mit der Anforderung von Material im Rahmen der kriminalpolizeilichen Aufklärung der „BAWAG-Affäre“ durch die Bundesministerin für Inneres und ihr Kabinett.	13577.002 0/ 2-2008 2008-03- 17	2008- 04-03	04.04.20 08	OLG Linz 1 Jv 1412/08i-1-13 (ca. 2 mm) Leermeldung	13577.002 0/ 42 u. Zu 42-2008
BM J	Sitzung Nr. 2 Blg. 2 2008-03- 14	Fichtenbauer Pilz Westenthaler Parnigoni	1	... im Zusammenhang mit der Anforderung von Material im Rahmen der kriminalpolizeilichen Aufklärung der „BAWAG-Affäre“ durch die Bundesministerin für Inneres und ihr Kabinett.	13577.002 0/ 2-2008 2008-03- 17	2008- 04-03	03.04.20 08	BMJ BMJ-Pr2235/0006- Pr/2008 (ca. 1 cm)	13577.002 0/ 32-2008
BM J	Sitzung Nr. 2 Blg. 2 2008-03- 14	Fichtenbauer Pilz Westenthaler Parnigoni	1	... im Zusammenhang mit der Anforderung von Material im Rahmen der kriminalpolizeilichen Aufklärung der „BAWAG-Affäre“ durch die Bundesministerin für Inneres und ihr Kabinett.	13577.002 0/ 2-2008 2008-03- 17	2008- 04-03	03.04.20 08	BMJ BMJ-Pr2235/0006- Pr/2008 (ca. 60 cm)	13577.002 0/ 32-2008
BM J	Sitzung Nr. 2 Blg. 2 2008-03- 14	Fichtenbauer Pilz Westenthaler Parnigoni	1	... im Zusammenhang mit der Anforderung von Material im Rahmen der kriminalpolizeilichen Aufklärung der „BAWAG-Affäre“ durch die Bundesministerin für Inneres und ihr Kabinett.	13577.002 0/ 2-2008 2008-03- 17	2008- 04-03	03.04.20 08	OStA Wien Jv 1899/08m-01 (Ident mit AF-Nr.50/11.L.)	13577.002 0/ 35-2008
BM J	Sitzung Nr. 2 Blg. 2 2008-03- 14	Fichtenbauer Pilz Westenthaler Parnigoni	1	... im Zusammenhang mit der Anforderung von Material im Rahmen der kriminalpolizeilichen Aufklärung der „BAWAG-Affäre“ durch die Bundesministerin für Inneres und ihr Kabinett.	13577.002 0/ 2-2008 2008-03- 17	2008- 04-03	03.04.20 08	OStA Wien Jv 1899/08m-01 Inhaltsver-zeichnis zu allen mit dieser GZ. eingetroffenen Lieferungen betref- fend AF-Nr. 33 bis 39, 41 und 43 bis 51 (daher auf eine eigene DVD ge- brannt)	13577.002 0/ 35-2008

BM J	Sitzung Nr. 2 Blg. 2 2008-03- 14	Fichtenbauer Pilz Westenthaler Parnigoni	1	... im Zusammenhang mit Personen, welche Zugriffsmöglichkeiten auf Material aus der kriminal-polizeilichen Aufklärung der „BAWAG-Affäre“ und die Möglichkeit zur Weiternahme hatten.	13577.002 0/ 2-2008 2008-03- 17	2008- 04-03	31.03.20 08	Oberster Gerichts- hof 1 Präs.4200-1552 (Ident mit AF-Nr.33/1.L.)	13577.002 0/ 20-2008
BM J	Sitzung Nr. 2 Blg. 2 2008-03- 14	Fichtenbauer Pilz Westenthaler Parnigoni	1	... im Zusammenhang mit Personen, welche Zugriffsmöglichkeiten auf Material aus der kriminal-polizeilichen Aufklärung der „BAWAG-Affäre“ und die Möglichkeit zur Weiternahme hatten.	13577.002 0/ 2-2008 2008-03- 17	2008- 04-03	02.04.20 08	General-prokurator Jv 251/08m-1 (ca. 10 cm)	13577.002 0/ 30-2008
BM J	Sitzung Nr. 2 Blg. 2 2008-03- 14	Fichtenbauer Pilz Westenthaler Parnigoni	1	... im Zusammenhang mit Personen, welche Zugriffsmöglichkeiten auf Material aus der kriminal-polizeilichen Aufklärung der „BAWAG-Affäre“ und die Möglichkeit zur Weiternahme hatten.	13577.002 0/ 2-2008 2008-03- 17	2008- 04-03	07.04.20 08	LG Str Wien 122 Hv 31/07h (ca. 34 Schachteln)	13577.002 0/ 45-2008
BM J	Sitzung Nr. 2 Blg. 2 2008-03- 14	Fichtenbauer Pilz Westenthaler Parnigoni	1	... im Zusammenhang mit Personen, welche Zugriffsmöglichkeiten auf Material aus der kriminal-polizeilichen Aufklärung der „BAWAG-Affäre“ und die Möglichkeit zur Weiternahme hatten.	13577.002 0/ 2-2008 2008-03- 17	2008- 04-03	08.04.20 08	LG Linz Jv 783/08d-1.2 (ca.5 cm)	13577.002 0/ 46-2008
BM J	Sitzung Nr. 2 Blg. 2 2008-03- 14	Fichtenbauer Pilz Westenthaler Parnigoni	1	... im Zusammenhang mit Personen, welche Zugriffsmöglichkeiten auf Material aus der kriminal-polizeilichen Aufklärung der „BAWAG-Affäre“ und die Möglichkeit zur Weiternahme hatten.	13577.002 0/ 2-2008 2008-03- 17	2008- 04-03	03.04.20 08	BMJ BMJ-Pr2235/0006- Pr/2008 (ca. 2 cm)	13577.002 0/ 32-2008
BM J	Sitzung Nr. 2 Blg. 2 2008-03- 14	Fichtenbauer Pilz Westenthaler Parnigoni	1	... im Zusammenhang mit Personen, welche Zugriffsmöglichkeiten auf Material aus der kriminal-polizeilichen Aufklärung der „BAWAG-Affäre“ und die Möglichkeit zur Weiternahme hatten.	13577.002 0/ 2-2008 2008-03- 17	2008- 04-03	03.04.20 08	BMJ BMJ-Pr2235/0006- Pr/2008 (ca. 10 cm)	13577.002 0/ 32-2008
BM J	Sitzung Nr. 2 Blg. 2 2008-03- 14	Fichtenbauer Pilz Westenthaler Parnigoni	1	... im Zusammenhang mit Personen, welche Zugriffsmöglichkeiten auf Material aus der kriminal-polizeilichen Aufklärung der „BAWAG-Affäre“ und die Möglichkeit zur Weiternahme hatten.	13577.002 0/ 2-2008 2008-03- 17	2008- 04-03	11.04.20 08	OSTA Wien Jv 2369/08d-1 (Ident mit AF-Nr.50/2.L und 50/3.L.)	13577.002 0/ 49-2008
BM J	Sitzung Nr. 2 Blg. 2 2008-03- 14	Fichtenbauer Pilz Westenthaler Parnigoni	1	... im Zusammenhang mit Personen, welche Zugriffsmöglichkeiten auf Material aus der kriminal-polizeilichen Aufklärung der „BAWAG-Affäre“ und die Möglichkeit zur Weiternahme hatten.	13577.002 0/ 2-2008 2008-03- 17	2008- 04-03	03.04.20 08	OSTA Wien Jv 1899/08m-01 (StA Wien/Dr. Schober) (ca 7 cm)	13577.002 0/ 35-2008

BM J	Sitzung Nr. 2 Blg. 2 2008-03- 14	Fichtenbauer Pilz Westenthaler Parnigoni	1	... im Zusammenhang mit Personen, welche Zugriffsmöglichkeiten auf Material aus der kriminal-polizeilichen Aufklärung der „BAWAG-Affäre“ und die Möglichkeit zur Weiternahme hatten.	13577.002 0/ 2-2008 2008-03- 17	2008- 04-03	03.04.20 08	OStA Wien Jv 1899/08m-01 (Ident mit AF-Nr.50/9.L.)	13577.002 0/ 35-2008
BM J	Sitzung Nr. 2 Blg. 2 2008-03- 14	Fichtenbauer Pilz Westenthaler Parnigoni	1	... im Zusammenhang mit Personen, welche Zugriffsmöglichkeiten auf Material aus der kriminal-polizeilichen Aufklärung der „BAWAG-Affäre“ und die Möglichkeit zur Weiternahme hatten.	13577.002 0/ 2-2008 2008-03- 17	2008- 04-03	03.04.20 08	OStA Wien Jv 1899/08m-01 (Ident mit AF-Nr.50/11.L.)	13577.002 0/ 35-2008
BM J	Sitzung Nr. 2 Blg. 2 2008-03- 14	Fichtenbauer Pilz Westenthaler Parnigoni	1	... im Zusammenhang mit Personen, welche Zugriffsmöglichkeiten auf Material aus der kriminal-polizeilichen Aufklärung der „BAWAG-Affäre“ und die Möglichkeit zur Weiternahme hatten.	13577.002 0/ 2-2008 2008-03- 17	2008- 04-03	03.04.20 08	OStA Wien Jv 1899/08m-01 (Ident mit AF-Nr.50/5.L.)	13577.002 0/ 35-2008
BM J	Sitzung Nr. 2 Blg. 2 2008-03- 14	Fichtenbauer Pilz Westenthaler Parnigoni	1	... im Zusammenhang mit Personen, welche Zugriffsmöglichkeiten auf Material aus der kriminal-polizeilichen Aufklärung der „BAWAG-Affäre“ und die Möglichkeit zur Weiternahme hatten.	13577.002 0/ 2-2008 2008-03- 17	2008- 04-03	03.04.20 08	OStA Wien Jv 1899/08m-01 (Ident mit AF-Nr.39/5.L.)	13577.002 0/ 35-2008
BM J	Sitzung Nr. 2 Blg. 2 2008-03- 14	Fichtenbauer Pilz Westenthaler Parnigoni	1	... im Zusammenhang mit Personen, welche Zugriffsmöglichkeiten auf Material aus der kriminal-polizeilichen Aufklärung der „BAWAG-Affäre“ und die Möglichkeit zur Weiternahme hatten.	13577.002 0/ 2-2008 2008-03- 17	2008- 04-03	16.04.20 08	LG Linz Jv 783/08d-1.2 (ca. 6 cm)	13577.002 0/ 54-2008
BM J	Sitzung Nr. 2 Blg. 2 2008-03- 14	Fichtenbauer Pilz Westenthaler Parnigoni	1	... im Zusammenhang mit Personen, welche Zugriffsmöglichkeiten auf Material aus der kriminal-polizeilichen Aufklärung der „BAWAG-Affäre“ und die Möglichkeit zur Weiternahme hatten.	13577.002 0/ 2-2008 2008-03- 17	2008- 04-03	25.04.20 08	StA Wien Jv 1561/08b (ident mit AF-Nr. 50/ 10.L.)	13577.002 0/ 62-2008
BM J	Sitzung Nr. 2 Blg. 2 2008-03- 14	Fichtenbauer Pilz Westenthaler Parnigoni	1	... im Zusammenhang mit Personen, welche Zugriffsmöglichkeiten auf Material aus der kriminal-polizeilichen Aufklärung der „BAWAG-Affäre“ und die Möglichkeit zur Weiternahme hatten.	13577.002 0/ 2-2008 2008-03- 17	2008- 04-03	26.04.20 08	BMJ BMJ-D1122/0001-IV 2/2008 (ca. 1 cm)	13577.002 0/ 81-2008
BM J	Sitzung Nr. 2 Blg. 2 2008-03- 14	Fichtenbauer Pilz Westenthaler Parnigoni	1	... der zuständigen Staatsanwaltschaften und sonstige Unterlagen im Zusammenhang mit der Weiternahme von EKIS-Daten von Angehörigen von Arigona Zogaj.	13577.002 0/ 2-2008 2008-03- 17	2008- 04-03	31.03.20 08	LG Wels Jv 1128/08v-1 (ca. 2 cm)	13577.002 0/ 19-2008

BM J	Sitzung Nr. 2 Blg. 2 2008-03- 14	Fichtenbauer Pilz Westenthaler Parnigoni	1	... der zuständigen Staatsanwaltschaften und sonstige Unterlagen im Zusammenhang mit der Weitergabe von EKIS-Daten von Angehörigen von Arigona Zogaj.	13577.002 0/ 2-2008 2008-03- 17	2008- 04-03	03.04.20 08	OStA Linz Jv 1280/08i-1 (ca. 1 cm von der StA Linz)	13577.002 0/ 33-2008
BM J	Sitzung Nr. 2 Blg. 2 2008-03- 14	Fichtenbauer Pilz Westenthaler Parnigoni	1	... der zuständigen Staatsanwaltschaften und sonstige Unterlagen im Zusammenhang mit der Weitergabe von EKIS-Daten von Angehörigen von Arigona Zogaj.	13577.002 0/ 2-2008 2008-03- 17	2008- 04-03	03.04.20 08	OStA Linz Jv 1280/08i-1 (ca. 5 cm)	13577.002 0/ 33-2008
BM J	Sitzung Nr. 2 Blg. 2 2008-03- 14	Fichtenbauer Pilz Westenthaler Parnigoni	1	... der zuständigen Staatsanwaltschaften und sonstige Unterlagen im Zusammenhang mit der Weitergabe von EKIS-Daten von Angehörigen von Arigona Zogaj.	13577.002 0/ 2-2008 2008-03- 17	2008- 04-03	03.04.20 08	BMJ (Kanzlei IV/2) BMJ-Pr2235/0006- Pr/2008 (ca. 1 cm)	13577.002 0/ 32-2008
BM J	Sitzung Nr. 2 Blg. 2 2008-03- 14	Fichtenbauer Pilz Westenthaler Parnigoni	1	... der zuständigen Staatsanwaltschaften und sonstige Unterlagen im Zusammenhang mit der Weitergabe von EKIS-Daten von Angehörigen von Arigona Zogaj.	13577.002 0/ 2-2008 2008-03- 17	2008- 04-03	03.04.20 08	BMJ (Präs Kanzlei) BMJ-Pr2235/0006- Pr/2008 (ca. 5 mm)	13577.002 0/ 32-2008
BM J	Sitzung Nr. 2 Blg. 2 2008-03- 14	Fichtenbauer Pilz Westenthaler Parnigoni	1	... der zuständigen Staatsanwaltschaften und sonstige Unterlagen im Zusammenhang mit der Weitergabe von EKIS-Daten der Familie Zeqai.	13577.002 0/ 2-2008 2008-03- 17	2008- 04-03	01.04.20 08	LG St. Pölten Jv 1260/08i-1 (ca. 150 cm)	13577.002 0/ 24-2008
BM J	Sitzung Nr. 2 Blg. 2 2008-03- 14	Fichtenbauer Pilz Westenthaler Parnigoni	1	... der zuständigen Staatsanwaltschaften und sonstige Unterlagen im Zusammenhang mit der Weitergabe von EKIS-Daten der Familie Zeqai.	13577.002 0/ 2-2008 2008-03- 17	2008- 04-03	x	X	x
BM J	Sitzung Nr. 2 Blg. 2 2008-03- 14	Fichtenbauer Pilz Westenthaler Parnigoni	1	... der zuständigen Staatsanwaltschaften und sonstige Unterlagen im Zusammenhang mit der Weitergabe von EKIS-Daten der Familie Zeqai.	13577.002 0/ 2-2008 2008-03- 17	2008- 04-03	03.04.20 08	OStA Wien Jv 1899/08m-01 (StA Wien/Mag. Konawetter) (ca 15 cm)	13577.002 0/ 35-2008

BM J	Sitzung Nr. 2 Blg. 2 2008-03- 14	Fichtenbauer Pilz Westenthaler Parnigoni	1	... der zuständigen Staatsanwaltschaften und sonstige Unterlagen im Zusammenhang mit einer Anzeige gegen Mag. Georg Bürtmayer wegen des Verdachts der Schlepperei.	13577.002 0/ 2-2008 2008-03- 17	2008- 04-03	03.04.20 08	BMJ BMJ-Pr2235/0006- Pr/2008 (Ident mit AF-Nr.33/4.L.)	13577.002 0/ 32-2008
BM J	Sitzung Nr. 2 Blg. 2 2008-03- 14	Fichtenbauer Pilz Westenthaler Parnigoni	1	... der zuständigen Staatsanwaltschaften und sonstige Unterlagen im Zusammenhang mit einer Anzeige gegen Mag. Georg Bürtmayer wegen des Verdachts der Schlepperei.	13577.002 0/ 2-2008 2008-03- 17	2008- 04-03	03.04.20 08	OStA Wien Jv 1899/08m-01 (Ident mit AF-Nr.50/11.L.)	13577.002 0/ 35-2008
BM J	Sitzung Nr. 2 Blg. 2 2008-03- 14	Fichtenbauer Pilz Westenthaler Parnigoni	1	... im Zusammenhang Personen, welche Zugangsmöglichkeiten zu Vernehmungsprotokollen im Rahmen der BAWAG Ermittlungen und die Möglichkeit zur Weitergabe hatten.	13577.002 0/ 2-2008 2008-03- 17	2008- 04-03	02.04.20 08	General-prokuratur Jv 251/08m-1 (Ident mit AF-Nr.34/2.L.)	13577.002 0/ 30-2008
BM J	Sitzung Nr. 2 Blg. 2 2008-03- 14	Fichtenbauer Pilz Westenthaler Parnigoni	1	... im Zusammenhang Personen, welche Zugangsmöglichkeiten zu Vernehmungsprotokollen im Rahmen der BAWAG Ermittlungen und die Möglichkeit zur Weitergabe hatten.	13577.002 0/ 2-2008 2008-03- 17	2008- 04-03	03.04.20 08	BMJ (Kanzlei IV/1) BMJ-Pr2235/0006- Pr/2008 (ca. 5 cm)	13577.002 0/ 32-2008
BM J	Sitzung Nr. 2 Blg. 2 2008-03- 14	Fichtenbauer Pilz Westenthaler Parnigoni	1	... im Zusammenhang Personen, welche Zugangsmöglichkeiten zu Vernehmungsprotokollen im Rahmen der BAWAG Ermittlungen und die Möglichkeit zur Weitergabe hatten.	13577.002 0/ 2-2008 2008-03- 17	2008- 04-03	03.04.20 08	OStA Linz Jv 1280/08i-1 (ca. 2 cm)	13577.002 0/ 33-2008
BM J	Sitzung Nr. 2 Blg. 2 2008-03- 14	Fichtenbauer Pilz Westenthaler Parnigoni	1	... im Zusammenhang Personen, welche Zugangsmöglichkeiten zu Vernehmungsprotokollen im Rahmen der BAWAG Ermittlungen und die Möglichkeit zur Weitergabe hatten.	13577.002 0/ 2-2008 2008-03- 17	2008- 04-03	07.04.20 08	LG Str Wien 122 Hv 31/07h (Ident mit AF-Nr.34/3.L.)	13577.002 0/ 45-2008

BM J	Sitzung Nr. 2 Blg. 2 2008-03- 14	Fichtenbauer Pilz Westenthaler Parnigoni	1	... im Zusammenhang Personen, welche Zu- gangsmöglichkeiten zu Ver-nehmungsprotokollen im Rahmen der BAWAG Ermittlungen und die Möglich-keit zur Weiterga- be hatten.	13577.002 0/ 2-2008 2008-03- 17	2008- 04-03	03.04.20 08	BMJ BMJ-Pr2235/0006- Pr/2008 (Ident mit AF-Nr.34/5.L.)	13577.002 0/ 32-2008
BM J	Sitzung Nr. 2 Blg. 2 2008-03- 14	Fichtenbauer Pilz Westenthaler Parnigoni	1	... im Zusammenhang Personen, welche Zu- gangsmöglichkeiten zu Ver-nehmungsprotokollen im Rahmen der BAWAG Ermittlungen und die Möglich-keit zur Weiterga- be hatten.	13577.002 0/ 2-2008 2008-03- 17	2008- 04-03	x	X	x
BM J	Sitzung Nr. 2 Blg. 2 2008-03- 14	Fichtenbauer Pilz Westenthaler Parnigoni	1	... im Zusammenhang Personen, welche Zu- gangsmöglichkeiten zu Ver-nehmungsprotokollen im Rahmen der BAWAG Ermittlungen und die Möglich-keit zur Weiterga- be hatten.	13577.002 0/ 2-2008 2008-03- 17	2008- 04-03	11.04.20 08	OStA Wien Jv 2369/08d-1 (Ident mit AF-Nr.50/2.L und 50/3.L.)	13577.002 0/ 49-2008
BM J	Sitzung Nr. 2 Blg. 2 2008-03- 14	Fichtenbauer Pilz Westenthaler Parnigoni	1	... im Zusammenhang Personen, welche Zu- gangsmöglichkeiten zu Ver-nehmungsprotokollen im Rahmen der BAWAG Ermittlungen und die Möglich-keit zur Weiterga- be hatten.	13577.002 0/ 2-2008 2008-03- 17	2008- 04-03	03.04.20 08	OStA Wien Jv 1899/08m-01 (OStA Wien/Dr. Nittel) (1 cm, nur eine Kopie vorhanden)	13577.002 0/ 35-2008
BM J	Sitzung Nr. 2 Blg. 2 2008-03- 14	Fichtenbauer Pilz Westenthaler Parnigoni	1	... im Zusammenhang Personen, welche Zu- gangsmöglichkeiten zu Ver-nehmungsprotokollen im Rahmen der BAWAG Ermittlungen und die Möglich-keit zur Weiterga- be hatten.	13577.002 0/ 2-2008 2008-03- 17	2008- 04-03	03.04.20 08	OStA Wien Jv 1899/08m-01 (OStA Wien/Dr. Nittel) (ca 35 cm)	13577.002 0/ 35-2008
BM J	Sitzung Nr. 2 Blg. 2 2008-03- 14	Fichtenbauer Pilz Westenthaler Parnigoni	1	... im Zusammenhang Personen, welche Zu- gangsmöglichkeiten zu Ver-nehmungsprotokollen im Rahmen der BAWAG Ermittlungen und die Möglich-keit zur Weiterga- be hatten.	13577.002 0/ 2-2008 2008-03- 17	2008- 04-03	03.04.20 08	OStA Wien Jv 1899/08m-01 (Ident mit AF-Nr.50/9.L.)	13577.002 0/ 35-2008
BM J	Sitzung Nr. 2 Blg. 2 2008-03- 14	Fichtenbauer Pilz Westenthaler Parnigoni	1	... im Zusammenhang Personen, welche Zu- gangsmöglichkeiten zu Ver-nehmungsprotokollen im Rahmen der BAWAG Ermittlungen und die Möglich-keit zur Weiterga- be hatten.	13577.002 0/ 2-2008 2008-03- 17	2008- 04-03	03.04.20 08	OStA Wien Jv 1899/08m-01 (Ident mit AF-Nr.50/11.L.)	13577.002 0/ 35-2008

BM J	Sitzung Nr. 2 Blg. 2 2008-03- 14	Fichtenbauer Pilz Westenthaler Parnigoni	1	... im Zusammenhang Personen, welche Zugangsmöglichkeiten zu Vernehmungsprotokollen im Rahmen der BAWAG Ermittlungen und die Möglichkeit zur Weitergabe hatten.	13577.002 0/ 2-2008 2008-03- 17	2008- 04-03	03.04.20 08	OStA Wien Jv 1899/08m-01 (Ident mit AF-Nr.50/11.L.)	13577.002 0/ 35-2008
BM J	Sitzung Nr. 2 Blg. 2 2008-03- 14	Fichtenbauer Pilz Westenthaler Parnigoni	1	... im Zusammenhang Personen, welche Zugangsmöglichkeiten zu Vernehmungsprotokollen im Rahmen der BAWAG Ermittlungen und die Möglichkeit zur Weitergabe hatten.	13577.002 0/ 2-2008 2008-03- 17	2008- 04-03	03.04.20 08	OStA Wien Jv 1899/08m-01 (Ident mit AF-Nr.39/5.L.)	13577.002 0/ 35-2008
BM J	Sitzung Nr. 2 Blg. 2 2008-03- 14	Fichtenbauer Pilz Westenthaler Parnigoni	1	... im Zusammenhang Personen, welche Zugangsmöglichkeiten zu Vernehmungsprotokollen im Rahmen der BAWAG Ermittlungen und die Möglichkeit zur Weitergabe hatten.	13577.002 0/ 2-2008 2008-03- 17	2008- 04-03	16.04.20 08	LG Linz Jv 783/08d-1.2 (ident mit AF-Nr. 34/13.L.)	13577.002 0/ 54-2008
BM J	Sitzung Nr. 2 Blg. 2 2008-03- 14	Fichtenbauer Pilz Westenthaler Parnigoni	1	... im Zusammenhang Personen, welche Zugangsmöglichkeiten zu Vernehmungsprotokollen im Rahmen der BAWAG Ermittlungen und die Möglichkeit zur Weitergabe hatten.	13577.002 0/ 2-2008 2008-03- 17	2008- 04-03	25.04.20 08	StA Wien Jv 1561/08b (ident mit AF-Nr. 50/ 10.L.)	13577.002 0/ 62-2008
BM J	Sitzung Nr. 2 Blg. 2 2008-03- 14	Fichtenbauer Pilz Westenthaler Parnigoni	1	Sämtliche Tagebücher betreffend Verfahren wegen der Verletzung des Amtsgeheimnisses bzw. des Missbrauchs der Amtsgewalt im Zusammenhang mit a.) den Untersuchungsausschüssen Banken und Eurofighter und den in diesem Zusammenhang übermittelten Sachverhaltsdarstellungen b.) und den Veröffentlichungen von Dr. Herwig Haidinger (insbes. NEWS)	13577.002 0/ 2-2008 2008-03- 17	2008- 04-03	02.04.20 08	General-prokurator Jv 251/08m-1 (ca. 5 mm zu AF-Nr. 39b)	13577.002 0/ 30-2008
BM J	Sitzung Nr. 2 Blg. 2 2008-03- 14	Fichtenbauer Pilz Westenthaler Parnigoni	1	Sämtliche Tagebücher betreffend Verfahren wegen der Verletzung des Amtsgeheimnisses bzw. des Missbrauchs der Amtsgewalt im Zusammenhang mit a.) den Untersuchungsausschüssen Banken und Eurofighter und den in diesem Zusammenhang übermittelten Sachverhaltsdarstellungen b.) und den Veröffentlichungen von Dr. Herwig Haidinger (insbes. NEWS)	13577.002 0/ 2-2008 2008-03- 17	2008- 04-03	03.04.20 08	OStA Graz Jv 1198/08g-1b (ca. 1 cm zu AF-Nr. 39b)	13577.002 0/ 34-2008

BM J	Sitzung Nr. 2 Blg. 2 2008-03- 14	Fichtenbauer Pilz Westenthaler Parnigoni	1	Sämtliche Tagebücher betreffend Verfahren wegen der Verletzung des Amts-geheimnisses bzw. des Missbrauchs der Amtsgewalt im Zusammenhang mit a.) den Untersuchungs-ausschüssen Banken und Eurofighter und den in diesem Zusammenhang übermittelten Sachverhaltsdarstellungen b.) und den Veröffentlichungen von Dr. Herwig Haidinger (insbes. NEWS)	13577.002 0/ 2-2008 2008-03- 17	2008- 04-03	03.04.20 08	OStA Linz Jv 1280/08i-1 (ca. 17 cm)	13577.002 0/ 33-2008
BM J	Sitzung Nr. 2 Blg. 2 2008-03- 14	Fichtenbauer Pilz Westenthaler Parnigoni	1	Sämtliche Tagebücher betreffend Verfahren wegen der Verletzung des Amts-geheimnisses bzw. des Missbrauchs der Amtsgewalt im Zusammenhang mit a.) den Untersuchungs-ausschüssen Banken und Eurofighter und den in diesem Zusammenhang übermittelten Sachverhaltsdarstellungen b.) und den Veröffentlichungen von Dr. Herwig Haidinger (insbes. NEWS)	13577.002 0/ 2-2008 2008-03- 17	2008- 04-03	03.04.20 08	OStA Wien Jv 1899/08m-01 (StA Wien/Mag. Gildemeister) (5 mm)	13577.002 0/ 35-2008
BM J	Sitzung Nr. 2 Blg. 2 2008-03- 14	Fichtenbauer Pilz Westenthaler Parnigoni	1	Sämtliche Tagebücher betreffend Verfahren wegen der Verletzung des Amts-geheimnisses bzw. des Missbrauchs der Amtsgewalt im Zusammenhang mit a.) den Untersuchungs-ausschüssen Banken und Eurofighter und den in diesem Zusammenhang übermittelten Sachverhaltsdarstellungen b.) und den Veröffentlichungen von Dr. Herwig Haidinger (insbes. NEWS)	13577.002 0/ 2-2008 2008-03- 17	2008- 04-03	03.04.20 08	OStA Wien Jv 1899/08m-01 (StA Wien/Mag. Gildemeister) (5 mm)	13577.002 0/ 35-2008
BM J	Sitzung Nr. 2 Blg. 2 2008-03- 14	Fichtenbauer Pilz Westenthaler Parnigoni	1	Sämtliche Tagebücher betreffend Verfahren wegen der Verletzung des Amts-geheimnisses bzw. des Missbrauchs der Amtsgewalt im Zusammenhang mit a.) den Untersuchungs-ausschüssen Banken und Eurofighter und den in diesem Zusammenhang übermittelten Sachverhaltsdarstellungen b.) und den Veröffentlichungen von Dr. Herwig Haidinger (insbes. NEWS)	13577.002 0/ 2-2008 2008-03- 17	2008- 04-03	03.04.20 08	OStA Wien Jv 1899/08m-01 (StA Wien/Dr. Klackl) (ca 4 cm)	13577.002 0/ 35-2008
BM J	Sitzung Nr. 2 Blg. 2 2008-03- 14	Fichtenbauer Pilz Westenthaler Parnigoni	1	Sämtliche Tagebücher betreffend Verfahren wegen der Verletzung des Amts-geheimnisses bzw. des Missbrauchs der Amtsgewalt im Zusammenhang mit a.) den Untersuchungs-ausschüssen Banken und	13577.002 0/ 2-2008 2008-03- 17	2008- 04-03	03.04.20 08	OStA Wien Jv 1899/08m-01 (Ident mit AF-Nr.50/11.L.)	13577.002 0/ 35-2008

				Eurofighter und den in diesem Zusammenhang übermittelten Sachverhaltsdarstellungen b.) und den Veröffentlichungen von Dr. Herwig Haidinger (insbes. NEWS)					
BM J	Sitzung Nr. 2 Blg. 2 2008-03- 14	Fichtenbauer Pilz Westenthaler Parnigoni	2	... im Zusammenhang mit der Vergabe von Posten seit dem Jahr 2000, welche den Bundesministern für Justiz oder den Angehörigen der Ministerbüros vorgelegt wurden bzw. an deren Entscheidung die Genannten formell bzw. informell beteiligt waren.	13577.002 0/ 2-2008 2008-03- 17	2008- 04-03	03.04.20 08	BMJ BMJ-Pr2235/0006- Pr/2008 (ca. 4,5 m) Personal-akten	13577.002 0/ 32-2008
BM J	Sitzung Nr. 2 Blg. 2 2008-03- 14	Fichtenbauer Pilz Westenthaler Parnigoni	3	... der zuständigen Staatsanwaltschaften und sonstige Unterlagen im Zusammenhang mit dem Fall Kampusch.	13577.002 0/ 2-2008 2008-03- 17	2008- 04-03	27.03.20 08	Bez.Gericht Gleisdorf 6C1858/06t (ca. 7 cm)	13577.002 0/ 12-2008
BM J	Sitzung Nr. 2 Blg. 2 2008-03- 14	Fichtenbauer Pilz Westenthaler Parnigoni	3	... der zuständigen Staatsanwaltschaften und sonstige Unterlagen im Zusammenhang mit dem Fall Kampusch.	13577.002 0/ 2-2008 2008-03- 17	2008- 04-03	27.03.20 08	LG ZRS Graz Jv737-17/08a (ca. 1 cm)	13577.002 0/ 14-2008
BM J	Sitzung Nr. 2 Blg. 2 2008-03- 14	Fichtenbauer Pilz Westenthaler Parnigoni	3	... der zuständigen Staatsanwaltschaften und sonstige Unterlagen im Zusammenhang mit dem Fall Kampusch.	13577.002 0/ 2-2008 2008-03- 17	2008- 04-03	28.03.20 08	LG Str Wien 222 Ur59/03k (ca. 1,5 m) 'Kampusch-Akt'	13577.002 0/ 16-2008
BM J	Sitzung Nr. 2 Blg. 2 2008-03- 14	Fichtenbauer Pilz Westenthaler Parnigoni	3	... der zuständigen Staatsanwaltschaften und sonstige Unterlagen im Zusammenhang mit dem Fall Kampusch.	13577.002 0/ 2-2008 2008-03- 17	2008- 04-03	01.04.20 08	OLG Graz ohne GZ (ca. 5mm)	13577.002 0/ 22-2008
BM J	Sitzung Nr. 2 Blg. 2 2008-03- 14	Fichtenbauer Pilz Westenthaler Parnigoni	3	... der zuständigen Staatsanwaltschaften und sonstige Unterlagen im Zusammenhang mit dem Fall Kampusch.	13577.002 0/ 2-2008 2008-03- 17	2008- 04-03	01.04.20 08	BG Fürstenfeld ohne GZ (ca. 5mm)	13577.002 0/ 23-2008

BM J	Sitzung Nr. 2 Blg. 2 2008-03- 14	Fichtenbauer Pilz Westenthaler Parnigoni	3	... der zuständigen Staats- anwaltschaften und sonstige Unterlagen im Zusammenhang mit dem Fall Kampusch.	13577.002 0/ 2-2008 2008-03- 17	2008- 04-03	03.04.20 08	BMJ (Kanzlei I/6) BMJ-Pr2235/0006- Pr/2008 (ca. 5 mm)	13577.002 0/ 32-2008
BM J	Sitzung Nr. 2 Blg. 2 2008-03- 14	Fichtenbauer Pilz Westenthaler Parnigoni	3	... der zuständigen Staats- anwaltschaften und sonstige Unterlagen im Zusammenhang mit dem Fall Kampusch.	13577.002 0/ 2-2008 2008-03- 17	2008- 04-03	03.04.20 08	BMJ (Kanzlei I/6) BMJ-Pr2235/0006- Pr/2008 (ca. 8 mm)	13577.002 0/ 32-2008
BM J	Sitzung Nr. 2 Blg. 2 2008-03- 14	Fichtenbauer Pilz Westenthaler Parnigoni	3	... der zuständigen Staats- anwaltschaften und sonstige Unterlagen im Zusammenhang mit dem Fall Kampusch.	13577.002 0/ 2-2008 2008-03- 17	2008- 04-03	03.04.20 08	BMJ BMJ-Pr2235/0006- Pr/2008 (ca. 10 cm)	13577.002 0/ 32-2008
BM J	Sitzung Nr. 2 Blg. 2 2008-03- 14	Fichtenbauer Pilz Westenthaler Parnigoni	3	... der zuständigen Staats- anwaltschaften und sonstige Unterlagen im Zusammenhang mit dem Fall Kampusch.	13577.002 0/ 2-2008 2008-03- 17	2008- 04-03	03.04.20 08	BMJ BMJ-Pr2235/0006- Pr/2008 (Ident mit AF-Nr.33/4.L.)	13577.002 0/ 32-2008
BM J	Sitzung Nr. 2 Blg. 2 2008-03- 14	Fichtenbauer Pilz Westenthaler Parnigoni	3	... der zuständigen Staats- anwaltschaften und sonstige Unterlagen im Zusammenhang mit dem Fall Kampusch.	13577.002 0/ 2-2008 2008-03- 17	2008- 04-03	03.04.20 08	OStA Wien Jv 1899/08m-01 (OStA Wien/Dr. Nittel) (4 cm)	13577.002 0/ 35-2008
BM J	Sitzung Nr. 2 Blg. 2 2008-03- 14	Fichtenbauer Pilz Westenthaler Parnigoni	3	... der zuständigen Staats- anwaltschaften und sonstige Unterlagen im Zusammenhang mit dem Fall Kampusch.	13577.002 0/ 2-2008 2008-03- 17	2008- 04-03	03.04.20 08	OStA Wien Jv 1899/08m-01 (StA Wien/Mag. Konawetter) (ca 25 cm)	13577.002 0/ 35-2008
BM J	Sitzung Nr. 2 Blg. 2 2008-03- 14	Fichtenbauer Pilz Westenthaler Parnigoni	3	... der zuständigen Staats- anwaltschaften und sonstige Unterlagen im Zusammenhang mit dem Fall Kampusch.	13577.002 0/ 2-2008 2008-03- 17	2008- 04-03	03.04.20 08	OStA Wien Jv 1899/08m-01 (Ident mit AF-Nr.50/11.L.)	13577.002 0/ 35-2008
BM J	Sitzung Nr. 2 Blg. 2 2008-03- 14	Fichtenbauer Pilz Westenthaler Parnigoni	3	... der zuständigen Staats- anwaltschaften und sonstige Unterlagen im Zusammenhang mit dem Fall Kampusch.	13577.002 0/ 2-2008 2008-03- 17	2008- 04-03	03.04.20 08	OStA Wien Jv 1899/08m-01 (Ident mit AF-Nr.39/5.L.)	13577.002 0/ 35-2008

BM J	Sitzung Nr. 2 Blg. 2 2008-03- 14	Fichtenbauer Pilz Westenthaler Parnigoni	3	... der zuständigen Staatsanwaltschaften und sonstige Unterlagen im Zusammenhang mit dem Fall Kampusch.	13577.002 0/ 2-2008 2008-03- 17	2008- 04-03	03.04.20 08	OStA Wien Jv 1899/08m-01 (Ident mit AF-Nr.39/4.L.)	13577.002 0/ 35-2008
BM J	Sitzung Nr. 2 Blg. 2 2008-03- 14	Fichtenbauer Pilz Westenthaler Parnigoni	3	Sämtliche Gerichtsakten im Zusammenhang mit der Affäre Horngacher, „Goldene Zeiten“, Obst Roland Frühwirth und HR Ernst Geiger.	13577.002 0/ 2-2008 2008-03- 17	2008- 04-03	31.03.20 08	Oberster Gerichtshof 1 Präs.4200-1552 (ca. 5 mm)	13577.002 0/ 20-2008
BM J	Sitzung Nr. 2 Blg. 2 2008-03- 14	Fichtenbauer Pilz Westenthaler Parnigoni	3	Sämtliche Gerichtsakten im Zusammenhang mit der Affäre Horngacher, „Goldene Zeiten“, Obst Roland Frühwirth und HR Ernst Geiger.	13577.002 0/ 2-2008 2008-03- 17	2008- 04-03	04.04.20 08	LG Str Wien 123 Hv 75/06k (ca. 50 cm u. 3 CD's)	13577.002 0/ 40-2008
BM J	Sitzung Nr. 2 Blg. 2 2008-03- 14	Fichtenbauer Pilz Westenthaler Parnigoni	3	Sämtliche Gerichtsakten im Zusammenhang mit der Affäre Horngacher, „Goldene Zeiten“, Obst Roland Frühwirth und HR Ernst Geiger.	13577.002 0/ 2-2008 2008-03- 17	2008- 04-03	03.04.20 08	BMJ (Präs Kzl) BMJ-Pr2235/0006- Pr/2008	13577.002 0/ 32-2008
BM J	Sitzung Nr. 2 Blg. 2 2008-03- 14	Fichtenbauer Pilz Westenthaler Parnigoni	3	Sämtliche Gerichtsakten im Zusammenhang mit der Affäre Horngacher, „Goldene Zeiten“, Obst Roland Frühwirth und HR Ernst Geiger.	13577.002 0/ 2-2008 2008-03- 17	2008- 04-03	07.04.20 08	LG Str Wien 122 Hv 31/07h (Ident mit AF-Nr.34/3.L.)	13577.002 0/ 45-2008
BM J	Sitzung Nr. 2 Blg. 2 2008-03- 14	Fichtenbauer Pilz Westenthaler Parnigoni	3	Sämtliche Gerichtsakten im Zusammenhang mit der Affäre Horngacher, „Goldene Zeiten“, Obst Roland Frühwirth und HR Ernst Geiger.	13577.002 0/ 2-2008 2008-03- 17	2008- 04-03	03.04.20 08	BMJ (Kzl I/6) BMJ-Pr2235/0006- Pr/2008 (ca. 1 cm)	13577.002 0/ 32-2008
BM J	Sitzung Nr. 2 Blg. 2 2008-03- 14	Fichtenbauer Pilz Westenthaler Parnigoni	3	Sämtliche Gerichtsakten im Zusammenhang mit der Affäre Horngacher, „Goldene Zeiten“, Obst Roland Frühwirth und HR Ernst Geiger.	13577.002 0/ 2-2008 2008-03- 17	2008- 04-03	03.04.20 08	OStA Wien Jv 1899/08m-01 (Ident mit AF-Nr. 41/ 11 L.)	13577.002 0/ 35-2008
BM J	Sitzung Nr. 2 Blg. 2 2008-03- 14	Fichtenbauer Pilz Westenthaler Parnigoni	3	... im Zusammenhang mit der „Spitzelaffäre“.	13577.002 0/ 2-2008 2008-03- 17	2008- 04-03	03.04.20 08	BMJ (Kzl IV/1) BMJ-Pr2235/0006- Pr/2008 (ca. 10 cm)	13577.002 0/ 32-2008
BM J	Sitzung Nr. 2 Blg. 2 2008-03- 14	Fichtenbauer Pilz Westenthaler Parnigoni	3	... im Zusammenhang mit der „Spitzelaffäre“.	13577.002 0/ 2-2008 2008-03- 17	2008- 04-03	03.04.20 08	BMJ (Kzl I/6) BMJ-Pr2235/0006- Pr/2008 (ca. 15 cm)	13577.002 0/ 32-2008

BM J	Sitzung Nr. 2 Blg. 2 2008-03- 14	Fichtenbauer Pilz Westenthaler Parnigoni	3	... im Zusammenhang mit der „Spitzelaffäre“.	13577.002 0/ 2-2008 2008-03- 17	2008- 04-03	03.04.20 08	LG Str Wien 14E Hv 76/76/02g (ca. 7 m)	13577.002 0/ 41-2008
BM J	Sitzung Nr. 2 Blg. 2 2008-03- 14	Fichtenbauer Pilz Westenthaler Parnigoni	3	... im Zusammenhang mit der „Spitzelaffäre“.	13577.002 0/ 2-2008 2008-03- 17	2008- 04-03	03.04.20 08	BMJ (Präs KzL) BMJ-Pr2235/0006- Pr/2008 (ca. 6 cm)	13577.002 0/ 32-2008
BM J	Sitzung Nr. 2 Blg. 2 2008-03- 14	Fichtenbauer Pilz Westenthaler Parnigoni	3	... im Zusammenhang mit der „Spitzelaffäre“.	13577.002 0/ 2-2008 2008-03- 17	2008- 04-03	03.04.20 08	BMJ BMJ-Pr2235/0006- Pr/2008 (ca. 50 cm)	13577.002 0/ 32-2008
BM J	Sitzung Nr. 2 Blg. 2 2008-03- 14	Fichtenbauer Pilz Westenthaler Parnigoni	3	... im Zusammenhang mit der „Spitzelaffäre“.	13577.002 0/ 2-2008 2008-03- 17	2008- 04-03	03.04.20 08	OStA Wien Jv 1899/08m-01 (StA Wien/Dr. Klackl bzw. StA Eisenstadt/ Dr. Rabong zu T 5 bzw. OStA Wien/Dr. Nittel zu T 6) (ca 1 m)	13577.002 0/ 35-2008
BM J	Sitzung Nr. 2 Blg. 2 2008-03- 14	Fichtenbauer Pilz Westenthaler Parnigoni	3	... im Zusammenhang mit der „Spitzelaffäre“.	13577.002 0/ 2-2008 2008-03- 17	2008- 04-03	03.04.20 08	OStA Wien Jv 1899/08m-01 (StA Wien/Dr. Schober) (ca 5 cm)	13577.002 0/ 35-2008
BM J	Sitzung Nr. 2 Blg. 2 2008-03- 14	Fichtenbauer Pilz Westenthaler Parnigoni	3	... im Zusammenhang mit der „Spitzelaffäre“.	13577.002 0/ 2-2008 2008-03- 17	2008- 04-03	03.04.20 08	OStA Wien Jv 1899/08m-01 (Ident mit AF-Nr.50/11.L.)	13577.002 0/ 35-2008
BM J	Sitzung Nr. 2 Blg. 2 2008-03- 14	Fichtenbauer Pilz Westenthaler Parnigoni	3	... im Zusammenhang mit der „Spitzelaffäre“.	13577.002 0/ 2-2008 2008-03- 17	2008- 04-03	03.04.20 08	OStA Wien Jv 1899/08m-01 (Ident mit AF-Nr.39/5.L.)	13577.002 0/ 35-2008

BM J	Sitzung Nr. 2 Blg. 2 2008-03- 14	Fichtenbauer Pilz Westenthaler Parnigoni	3	... im Zusammenhang mit der „Spitzelaffäre“.	13577.002 0/ 2-2008 2008-03- 17	2008- 04-03		OStA Wien Jv 1899/08m-01 (StA Wien/ Dr. Müller) (ca 1 cm, diese Unterlage wurde nachgereicht, da in der Lieferung nicht gefunden)	13577.002 0/ 35-2008
BM J	Sitzung Nr. 2 Blg. 2 2008-03- 14	Fichtenbauer Pilz Westenthaler Parnigoni	3	... im Zusammenhang mit der „Spitzelaffäre“.	13577.002 0/ 2-2008 2008-03- 17	2008- 04-03		OStA Wien Jv 1899/08m-01 (StA Wien/ Dr. Zamostny) (ca 5 mm, diese Unterlage wurde nachgereicht, da in der Lieferung nicht gefunden)	13577.002 0/ 35-2008
BM J	Sitzung Nr. 2 Blg. 2 2008-03- 14	Fichtenbauer Pilz Westenthaler Parnigoni	3	... im Zusammenhang mit der „Spitzelaffäre“.	13577.002 0/ 2-2008 2008-03- 17	2008- 04-03	03.04.20 08	OStA Wien Jv 1899/08m-01 (Ident mit AF-Nr.43/4.L.)	13577.002 0/ 35-2008
BM J	Sitzung Nr. 2 Blg. 2 2008-03- 14	Fichtenbauer Pilz Westenthaler Parnigoni	3	... der zuständigen Staats- anwaltschaften und sonstige Unterlagen im Zusam- menhang mit der Strafsa- che Kampusch.	13577.002 0/ 2-2008 2008-03- 17	2008- 04-03	03.04.20 08	BMJ BMJ-Pr2235/0006- Pr/2008 (Ident mit AF-Nr.41/8.L.)	13577.002 0/ 32-2008
BM J	Sitzung Nr. 2 Blg. 2 2008-03- 14	Fichtenbauer Pilz Westenthaler Parnigoni	4	... im Zusammenhang mit dem Fall „Ebergassing“.	13577.002 0/ 2-2008 2008-03- 17	2008- 04-03	03.04.20 08	BMJ BMJ-Pr2235/0006- Pr/2008 (ca. 15 cm)	13577.002 0/ 32-2008
BM J	Sitzung Nr. 2 Blg. 2 2008-03- 14	Fichtenbauer Pilz Westenthaler Parnigoni	4	... im Zusammenhang mit dem Fall „Ebergassing“.	13577.002 0/ 2-2008 2008-03- 17	2008- 04-03	03.04.20 08	BMJ (Präs Kzl) BMJ-Pr2235/0006- Pr/2008 (ca. 1 cm)	13577.002 0/ 32-2008
BM J	Sitzung Nr. 2 Blg. 2 2008-03- 14	Fichtenbauer Pilz Westenthaler Parnigoni	4	... im Zusammenhang mit dem Fall „Ebergassing“.	13577.002 0/ 2-2008 2008-03- 17	2008- 04-03	14.04.20 08	LG Str Wien 27 cVr 8829/92 (ca. 35 cm)	13577.002 0/ 50-2008

BM J	Sitzung Nr. 2 Blg. 2 2008-03- 14	Fichtenbauer Pilz Westenthaler Parnigoni	4	... im Zusammenhang mit dem Fall „Ebergassing“.	13577.002 0/ 2-2008 2008-03- 17	2008- 04-03	03.04.20 08	OStA Wien Jv 1899/08m-01 (Ident mit AF-Nr. 43/ 7 L.)	13577.002 0/ 35-2008
BM J	Sitzung Nr. 2 Blg. 2 2008-03- 14	Fichtenbauer Pilz Westenthaler Parnigoni	4	... im Zusammenhang mit dem Fall „Ebergassing“.	13577.002 0/ 2-2008 2008-03- 17	2008- 04-03	03.04.20 08	OStA Wien Jv 1899/08m-01 (OStA Wien/ Dr. Nittel bzw. StA Wien/ Dr. Leiningen-W. zu T 1+3 bzw. StA Korneuburg/Dr. Köhl zu T 2) (ca 12 cm)	13577.002 0/ 35-2008
BM J	Sitzung Nr. 2 Blg. 2 2008-03- 14	Fichtenbauer Pilz Westenthaler Parnigoni	4	... im Zusammenhang mit der Causa „Briefbomben“ und Oberwart.	13577.002 0/ 2-2008 2008-03- 17	2008- 04-03	27.03.20 08	LG Str Graz Jv688-17/08k-3 (ca. 20 m 0 Fuchs- Akt)	13577.002 0/ 13-2008
BM J	Sitzung Nr. 2 Blg. 2 2008-03- 14	Fichtenbauer Pilz Westenthaler Parnigoni	4	... im Zusammenhang mit der Causa „Briefbomben“ und Oberwart.	13577.002 0/ 2-2008 2008-03- 17	2008- 04-03	03.04.20 08	OStA Graz Jv 1198/08g-1b (ca. 20 cm)	13577.002 0/ 34-2008
BM J	Sitzung Nr. 2 Blg. 2 2008-03- 14	Fichtenbauer Pilz Westenthaler Parnigoni	4	... im Zusammenhang mit der Causa „Briefbomben“ und Oberwart.	13577.002 0/ 2-2008 2008-03- 17	2008- 04-03	03.04.20 08	BMJ (Kanzlei IV/1) BMJ-Pr2235/0006- Pr/2008 (ca. 1 cm)	13577.002 0/ 32-2008
BM J	Sitzung Nr. 2 Blg. 2 2008-03- 14	Fichtenbauer Pilz Westenthaler Parnigoni	4	... im Zusammenhang mit der Causa „Briefbomben“ und Oberwart.	13577.002 0/ 2-2008 2008-03- 17	2008- 04-03	x	X	x
BM J	Sitzung Nr. 2 Blg. 2 2008-03- 14	Fichtenbauer Pilz Westenthaler Parnigoni	4	... im Zusammenhang mit der Causa „Briefbomben“ und Oberwart.	13577.002 0/ 2-2008 2008-03- 17	2008- 04-03	03.04.20 08	BMJ BMJ-Pr2235/0006- Pr/2008 (ca. 30 cm)	13577.002 0/ 32-2008

BM J	Sitzung Nr. 2 Blg. 2 2008-03- 14	Fichtenbauer Pilz Westenthaler Parnigoni	4	... im Zusammenhang mit der Causa „Briefbomben“ und Oberwart.	13577.002 0/ 2-2008 2008-03- 17	2008- 04-03	03.04.20 08	BMJ BMJ-Pr2235/0006- Pr/2008 (ca. 30 cm)	13577.002 0/ 32-2008
BM J	Sitzung Nr. 2 Blg. 2 2008-03- 14	Fichtenbauer Pilz Westenthaler Parnigoni	4	... im Zusammenhang mit der Causa „Briefbomben“ und Oberwart.	13577.002 0/ 2-2008 2008-03- 17	2008- 04-03	03.04.20 08	BMJ BMJ-Pr2235/0006- Pr/2008 (ca. 60 cm)	13577.002 0/ 32-2008
BM J	Sitzung Nr. 2 Blg. 2 2008-03- 14	Fichtenbauer Pilz Westenthaler Parnigoni	4	... im Zusammenhang mit der Causa „Briefbomben“ und Oberwart.	13577.002 0/ 2-2008 2008-03- 17	2008- 04-03	03.04.20 08	OStA Wien Jv 1899/08m-01 (ident mit AF-Nr. 43/ 7.L.)	13577.002 0/ 35-2008
BM J	Sitzung Nr. 2 Blg. 2 2008-03- 14	Fichtenbauer Pilz Westenthaler Parnigoni	4	... im Zusammenhang mit der Causa „Briefbomben“ und Oberwart.	13577.002 0/ 2-2008 2008-03- 17	2008- 04-03	03.04.20 08	OStA Wien Jv 1899/08m-01 (OStA Wien/Dr. Nittel bzw. StA Wien/ Dr. Schober zu T 4+8 bzw. Mag. Kronawetter zu T 3 bzw. StA Eisenstadt/ Dr. Rabong zu T 5) (ca 2 m)	13577.002 0/ 35-2008
BM J	Sitzung Nr. 2 Blg. 2 2008-03- 14	Fichtenbauer Pilz Westenthaler Parnigoni	4	... im Zusammenhang mit staatsanwaltshaftlichen Aufträgen an die Si- cherheitsbehörden, insbe- sondere das BIA.	13577.002 0/ 2-2008 2008-03- 17	2008- 04-03	19.3.200 8	BMJ (Fax) 18.03.2008, GZ BMJ-Pr2235 /004-Pr 1/2008 Ersuchen um Klarstellung	13577.002 0/ 6-2008 (weiterver- teilt mit E- Mail)
BM J	Sitzung Nr. 2 Blg. 2 2008-03- 14	Fichtenbauer Pilz Westenthaler Parnigoni	4	... im Zusammenhang mit staatsanwaltshaftlichen Aufträgen an die Si- cherheitsbehörden, insbe- sondere das BIA.	13577.002 0/ 2-2008 2008-03- 17	2008- 04-03	03.04.20 08	BMJ (Kanzlei II/3) BMJ-Pr2235/0006- Pr/2008 (ca. 5 cm)	13577.002 0/ 32-2008
BM J	Sitzung Nr. 2 Blg. 2 2008-03- 14	Fichtenbauer Pilz Westenthaler Parnigoni	4	... im Zusammenhang mit staatsanwaltshaftlichen Aufträgen an die Si- cherheitsbehörden, insbe- sondere das BIA.	13577.002 0/ 2-2008 2008-03- 17	2008- 04-03	03.04.20 08	OStA Graz Jv 1198/08g-1b (ca. 20 cm)	13577.002 0/ 34-2008

BM J	Sitzung Nr. 2 Blg. 2 2008-03- 14	Fichtenbauer Pilz Westenthaler Parnigoni	4	... im Zusammenhang mit staatsanwaltschaftlichen Aufträgen an die Sicherheitsbehörden, insbesondere das BIA.	13577.002 0/ 2-2008 2008-03- 17	2008- 04-03	09.04.20 08	OStA Innsbruck 1 Jv 959-30/08z (ca. 5 cm)	13577.002 0/ 47-2008
BM J	Sitzung Nr. 2 Blg. 2 2008-03- 14	Fichtenbauer Pilz Westenthaler Parnigoni	4	... im Zusammenhang mit staatsanwaltschaftlichen Aufträgen an die Sicherheitsbehörden, insbesondere das BIA.	13577.002 0/ 2-2008 2008-03- 17	2008- 04-03	07.04.20 08	LG Str Wien 122 Hv 31/07h (Ident mit AF-Nr.34/3.L.)	13577.002 0/ 45-2008
BM J	Sitzung Nr. 2 Blg. 2 2008-03- 14	Fichtenbauer Pilz Westenthaler Parnigoni	4	... im Zusammenhang mit staatsanwaltschaftlichen Aufträgen an die Sicherheitsbehörden, insbesondere das BIA.	13577.002 0/ 2-2008 2008-03- 17	2008- 04-03	11.04.20 08	OStA Wien Jv 2369/08d-1 (Ident mit AF-Nr.50/2.L und 50/3.L.)	13577.002 0/ 49-2008
BM J	Sitzung Nr. 2 Blg. 2 2008-03- 14	Fichtenbauer Pilz Westenthaler Parnigoni	4	... im Zusammenhang mit staatsanwaltschaftlichen Aufträgen an die Sicherheitsbehörden, insbesondere das BIA.	13577.002 0/ 2-2008 2008-03- 17	2008- 04-03	03.04.20 08	OStA Wien Jv 1899/08m-01 (OStA Wien/ Dr. Nittel) (4 cm)	13577.002 0/ 35-2008
BM J	Sitzung Nr. 2 Blg. 2 2008-03- 14	Fichtenbauer Pilz Westenthaler Parnigoni	4	... im Zusammenhang mit staatsanwaltschaftlichen Aufträgen an die Sicherheitsbehörden, insbesondere das BIA.	13577.002 0/ 2-2008 2008-03- 17	2008- 04-03	03.04.20 08	OStA Wien Jv 1899/08m-01 (Ident mit AF-Nr. 50/ 9 L.)	13577.002 0/ 35-2008
BM J	Sitzung Nr. 2 Blg. 2 2008-03- 14	Fichtenbauer Pilz Westenthaler Parnigoni	4	... im Zusammenhang mit staatsanwaltschaftlichen Aufträgen an die Sicherheitsbehörden, insbesondere das BIA.	13577.002 0/ 2-2008 2008-03- 17	2008- 04-03	03.04.20 08	OStA Wien Jv 1899/08m-01 (ident mit AF-Nr. 50/ 5.L.)	13577.002 0/ 35-2008
BM J	Sitzung Nr. 2 Blg. 2 2008-03- 14	Fichtenbauer Pilz Westenthaler Parnigoni	4	... im Zusammenhang mit staatsanwaltschaftlichen Aufträgen an die Sicherheitsbehörden, insbesondere das BIA.	13577.002 0/ 2-2008 2008-03- 17	2008- 04-03	25.04.20 08	StA Wien Jv 1561/08b (ident mit AF-Nr. 50/ 10.L.)	13577.002 0/ 62-2008
BM J	Sitzung Nr. 2 Blg. 2 2008-03- 14	Fichtenbauer Pilz Westenthaler Parnigoni	4	... im Zusammenhang mit staatsanwaltschaftlichen Aufträgen an die Sicherheitsbehörden, insbesondere das BIA.	13577.002 0/ 2-2008 2008-03- 17	2008- 04-03	26.06.20 08	LG Str Wien 222 Ur 154/07m (1 cm)	13577.002 0/ 113-2008

BM J	Sitzung Nr. 2 Blg. 2 2008-03- 14	Fichtenbauer Pilz Westenthaler Parnigoni	5	Sämtliche Daten vorzulegen, die auf dem Computer des früheren BAWAG-Aufsichtsrats-präsidenten Günter Weninger gefunden wurden und mit Geldflüssen von der BAWAG an die SPÖ oder ihre Vorfeldorganisationen oder an juristische Personen, an denen die SPÖ oder ihre Vorfeldorganisationen beteiligt sind oder waren	13577.002 0/ 2-2008 2008-03- 17	2008- 04-03	07.04.20 08	LG Str Wien 122 Hv 31/07h (Ident mit AF-Nr.34/3.L.)	13577.002 0/ 45-2008
BM J	Sitzung Nr. 2 Blg. 2 2008-03- 14	Fichtenbauer Pilz Westenthaler Parnigoni	5	Sämtliche Daten vorzulegen, die auf dem Computer des früheren BAWAG-Aufsichtsrats-präsidenten Günter Weninger gefunden wurden und mit Geldflüssen von der BAWAG an die SPÖ oder ihre Vorfeldorganisationen oder an juristische Personen, an denen die SPÖ oder ihre Vorfeldorganisationen beteiligt sind oder waren	13577.002 0/ 2-2008 2008-03- 17	2008- 04-03	11.04.20 08	OStA Wien Jv 2369/08d-1 (Ident mit AF-Nr.50/2.L und 50/3.L.)	13577.002 0/ 49-2008
BM J	Sitzung Nr. 2 Blg. 2 2008-03- 14	Fichtenbauer Pilz Westenthaler Parnigoni	5	Sämtliche Daten vorzulegen, die auf dem Computer des früheren BAWAG-Aufsichtsrats-präsidenten Günter Weninger gefunden wurden und mit Geldflüssen von der BAWAG an die SPÖ oder ihre Vorfeldorganisationen oder an juristische Personen, an denen die SPÖ oder ihre Vorfeldorganisationen beteiligt sind oder waren	13577.002 0/ 2-2008 2008-03- 17	2008- 04-03	03.04.20 08	OStA Wien Jv 1899/08m-01 (OStA Wien/Dr. Nittel) (ca 1 cm)	13577.002 0/ 35-2008
BM J	Sitzung Nr. 2 Blg. 2 2008-03- 14	Fichtenbauer Pilz Westenthaler Parnigoni	5	Sämtliche Daten vorzulegen, die auf dem Computer des früheren BAWAG-Aufsichtsrats-präsidenten Günter Weninger gefunden wurden und mit Geldflüssen von der BAWAG an die SPÖ oder ihre Vorfeldorganisationen oder an juristische Personen, an denen die SPÖ oder ihre Vorfeldorganisationen beteiligt sind oder waren	13577.002 0/ 2-2008 2008-03- 17	2008- 04-03	03.04.20 08	OStA Wien Jv 1899/08m-01 (Ident mit AF-Nr. 50/ 9 L.)	13577.002 0/ 35-2008
BM J	Sitzung Nr. 2 Blg. 2 2008-03- 14	Fichtenbauer Pilz Westenthaler Parnigoni	5	Sämtliche Daten vorzulegen, die auf dem Computer des früheren BAWAG-Aufsichtsrats-präsidenten Günter Weninger gefunden wurden und mit Geldflüssen von der BAWAG an die SPÖ oder ihre Vorfeldorganisationen oder an juristische Personen, an denen die SPÖ oder ihre Vorfeldorganisationen beteiligt sind oder waren	13577.002 0/ 2-2008 2008-03- 17	2008- 04-03	03.04.20 08	OStA Wien Jv 1899/08m-01 (ident mit AF-Nr. 50/ 5.L.)	13577.002 0/ 35-2008
BM J	Sitzung Nr. 2 Blg. 2 2008-03- 14	Fichtenbauer Pilz Westenthaler Parnigoni	5	Sämtliche Daten vorzulegen, die auf dem Computer des früheren BAWAG-Aufsichtsrats-präsidenten Günter Weninger gefunden wurden und mit Geldflüssen von der BAWAG an die SPÖ oder ihre Vorfeldorganisationen oder an juristische Personen, an denen die SPÖ oder ihre Vorfeldorganisationen beteiligt sind oder waren	13577.002 0/ 2-2008 2008-03- 17	2008- 04-03	25.04.20 08	StA Wien Jv 1561/08b (ident mit AF-Nr. 50/ 10.L.)	13577.002 0/ 62-2008

BM J	Sitzung Nr. 2 Blg. 2 2008-03- 14	Fichtenbauer Pilz Westenthaler Parnigoni	5	sämtliche Materialien (insb. Aktenzahl: 603/Ut1/08h), die bei der freiwilligen Einschau in einem Keller von Herrn Flöttl sen. für den BA- WAG-Prozess sicher gestellt wurden	13577.002 0/ 2-2008 2008-03- 17	2008- 04-03	11.04.20 08	OStA Wien Jv 2369/08d-1 (Ident mit AF-Nr.50/2.L und 50/3.L.)	13577.002 0/ 49-2008
BM J	Sitzung Nr. 2 Blg. 2 2008-03- 14	Fichtenbauer Pilz Westenthaler Parnigoni	5	sämtliche Materialien (insb. Aktenzahl: 603/Ut1/08h), die bei der freiwilligen Einschau in einem Keller von Herrn Flöttl sen. für den BA- WAG-Prozess sicher gestellt wurden	13577.002 0/ 2-2008 2008-03- 17	2008- 04-03	03.04.20 08	OStA Wien Jv 1899/08m-01 (Ident mit AF-Nr. 48/ 3 L.)	13577.002 0/ 35-2008
BM J	Sitzung Nr. 2 Blg. 2 2008-03- 14	Fichtenbauer Pilz Westenthaler Parnigoni	5	sämtliche Materialien (insb. Aktenzahl: 603/Ut1/08h), die bei der freiwilligen Einschau in einem Keller von Herrn Flöttl sen. für den BA- WAG-Prozess sicher gestellt wurden	13577.002 0/ 2-2008 2008-03- 17	2008- 04-03	03.04.20 08	OStA Wien Jv 1899/08m-01 (Ident mit AF-Nr. 50/ 9 L.)	13577.002 0/ 35-2008
BM J	Sitzung Nr. 2 Blg. 2 2008-03- 14	Fichtenbauer Pilz Westenthaler Parnigoni	5	sämtliche Materialien (insb. Aktenzahl: 603/Ut1/08h), die bei der freiwilligen Einschau in einem Keller von Herrn Flöttl sen. für den BA- WAG-Prozess sicher gestellt wurden	13577.002 0/ 2-2008 2008-03- 17	2008- 04-03	03.04.20 08	OStA Wien Jv 1899/08m-01 (ident mit AF-Nr. 50/ 5 L.)	13577.002 0/ 35-2008
BM J	Sitzung Nr. 2 Blg. 2 2008-03- 14	Fichtenbauer Pilz Westenthaler Parnigoni	5	sämtliche Materialien (insb. Aktenzahl: 603/Ut1/08h), die bei der freiwilligen Einschau in einem Keller von Herrn Flöttl sen. für den BA- WAG-Prozess sicher gestellt wurden	13577.002 0/ 2-2008 2008-03- 17	2008- 04-03	25.04.20 08	StA Wien Jv 1561/08b (ident mit AF-Nr. 50/ 10 L.)	13577.002 0/ 62-2008
BM J	Sitzung Nr. 2 Blg. 2 2008-03- 14	Fichtenbauer Pilz Westenthaler Parnigoni	5	Sämtliche Tagebücher der zuständigen Staatsanwalt- schaften aller (auch einge- stellten) Verfahren im Zusammenhang mit BAWAG.	13577.002 0/ 2-2008 2008-03- 17	2008- 04-03	03.04.20 08	OStA Linz Jv 1280/08i-1 (ca. 50 cm)	13577.002 0/ 33-2008
BM J	Sitzung Nr. 2 Blg. 2 2008-03- 14	Fichtenbauer Pilz Westenthaler Parnigoni	5	Sämtliche Tagebücher der zuständigen Staatsanwalt- schaften aller (auch einge- stellten) Verfahren im Zusammenhang mit BAWAG.	13577.002 0/ 2-2008 2008-03- 17	2008- 04-03	11.04.20 08	OStA Wien Jv 2369/08d-1 (ca. 10 cm)	13577.002 0/ 49-2008
BM J	Sitzung Nr. 2 Blg. 2 2008-03- 14	Fichtenbauer Pilz Westenthaler Parnigoni	5	Sämtliche Tagebücher der zuständigen Staatsanwalt- schaften aller (auch einge- stellten) Verfahren im Zusammenhang mit BAWAG.	13577.002 0/ 2-2008 2008-03- 17	2008- 04-03	11.04.20 08	OStA Wien Jv 2369/08d-1 (ca. 7 m)	13577.002 0/ 49-2008

BM J	Sitzung Nr. 2 Blg. 2 2008-03- 14	Fichtenbauer Pilz Westenthaler Parnigoni	5	Sämtliche Tagebücher der zuständigen Staatsanwalt- schaften aller (auch einge- stellten) Verfahren im Zusammenhang mit BAWAG.	13577.002 0/ 2-2008 2008-03- 17	2008- 04-03	03.04.20 08	OStA Wien Jv 1899/08m-01 (StA Wien/Mag. Krakow) (ca. 40 cm, BAWAG Kellerfund Safe GD , Faksimile 16 und 18 von der StA)	13577.002 0/ 35-2008
BM J	Sitzung Nr. 2 Blg. 2 2008-03- 14	Fichtenbauer Pilz Westenthaler Parnigoni	5	Sämtliche Tagebücher der zuständigen Staatsanwalt- schaften aller (auch einge- stellten) Verfahren im Zusammenhang mit BAWAG.	13577.002 0/ 2-2008 2008-03- 17	2008- 04-03	03.04.20 08	OStA Wien Jv 1899/08m-01 (StA Wien/Mag. Krakow) (ca. 30cm BAWAG Kellerfund , Faksimi- le 16 und 18 von der StA)	13577.002 0/ 35-2008
BM J	Sitzung Nr. 2 Blg. 2 2008-03- 14	Fichtenbauer Pilz Westenthaler Parnigoni	5	Sämtliche Tagebücher der zuständigen Staatsanwalt- schaften aller (auch einge- stellten) Verfahren im Zusammenhang mit BAWAG.	13577.002 0/ 2-2008 2008-03- 17	2008- 04-03	03.04.20 08	OStA Wien (StA Wien/Mag. Krakow) Jv 1899/08m-01 (ca. 4 cm)	13577.002 0/ 35-2008
BM J	Sitzung Nr. 2 Blg. 2 2008-03- 14	Fichtenbauer Pilz Westenthaler Parnigoni	5	Sämtliche Tagebücher der zuständigen Staatsanwalt- schaften aller (auch einge- stellten) Verfahren im Zusammenhang mit BAWAG.	13577.002 0/ 2-2008 2008-03- 17	2008- 04-03	x	X	x
BM J	Sitzung Nr. 2 Blg. 2 2008-03- 14	Fichtenbauer Pilz Westenthaler Parnigoni	5	Sämtliche Tagebücher der zuständigen Staatsanwalt- schaften aller (auch einge- stellten) Verfahren im Zusammenhang mit BAWAG.	13577.002 0/ 2-2008 2008-03- 17	2008- 04-03	03.04.20 08	OStA Wien Jv 1899/08m-01 (Ident mit AF-Nr. 48/ 3 L.)	13577.002 0/ 35-2008
BM J	Sitzung Nr. 2 Blg. 2 2008-03- 14	Fichtenbauer Pilz Westenthaler Parnigoni	5	Sämtliche Tagebücher der zuständigen Staatsanwalt- schaften aller (auch einge- stellten) Verfahren im Zusammenhang mit BAWAG.	13577.002 0/ 2-2008 2008-03- 17	2008- 04-03	03.04.20 08	OStA Wien Jv 1899/08m-01 (StA Wien/Mag. Krakow) (ca 25 cm)	13577.002 0/ 35-2008
BM J	Sitzung Nr. 2 Blg. 2 2008-03- 14	Fichtenbauer Pilz Westenthaler Parnigoni	5	Sämtliche Tagebücher der zuständigen Staatsanwalt- schaften aller (auch einge- stellten) Verfahren im Zusammenhang mit BAWAG.	13577.002 0/ 2-2008 2008-03- 17	2008- 04-03	25.04.20 08	StA Wien Jv 1561/08b	13577.002 0/ 62-2008

BM J	Sitzung Nr. 2 Blg. 2 2008-03- 14	Fichtenbauer Pilz Westenthaler Parnigoni	5	Sämtliche Tagebücher der zuständigen Staatsanwaltsschaften aller (auch eingestellten) Verfahren im Zusammenhang mit BAWAG.	13577.002 0/ 2-2008 2008-03- 17	2008- 04-03	03.04.20 08	OStA Wien Jv 1899/08m-01 (StA Wien/Mag. Gildemeister (ca. 30 cm))	13577.002 0/ 35-2008
BM J	Sitzung Nr. 2 Blg. 2 2008-03- 14	Fichtenbauer Pilz Westenthaler Parnigoni	5	Antrags- und Verfügungs- bogen bzw. Anordnungs- und Bewilligungsbogen des BAWAG-Verfahrens sowie Anklage, SV-Gutachten, HV-Protokolle, Vorstands- und Aufsichtsratsprotokolle sowie Prüfberichte der Nationalbank und der FMA im Zusammenhang mit dem BAWAG-Verfahren.	13577.002 0/ 2-2008 2008-03- 17	2008- 04-03	07.04.20 08	LG Str Wien 122 Hv 31/07h (Ident mit AF-Nr.34/3.L.)	13577.002 0/ 45-2008
BM J	Sitzung Nr. 2 Blg. 2 2008-03- 14	Fichtenbauer Pilz Westenthaler Parnigoni	5	Antrags- und Verfügungs- bogen bzw. Anordnungs- und Bewilligungsbogen des BAWAG-Verfahrens sowie Anklage, SV-Gutachten, HV-Protokolle, Vorstands- und Aufsichtsratsprotokolle sowie Prüfberichte der Nationalbank und der FMA im Zusammenhang mit dem BAWAG-Verfahren.	13577.002 0/ 2-2008 2008-03- 17	2008- 04-03	11.04.20 08	OStA Wien Jv 2369/08d-1 (Ident mit AF-Nr.50/2.L und 50/3.L.)	13577.002 0/ 49-2008
BM J	Sitzung Nr. 2 Blg. 2 2008-03- 14	Fichtenbauer Pilz Westenthaler Parnigoni	5	Antrags- und Verfügungs- bogen bzw. Anordnungs- und Bewilligungsbogen des BAWAG-Verfahrens sowie Anklage, SV-Gutachten, HV-Protokolle, Vorstands- und Aufsichtsratsprotokolle sowie Prüfberichte der Nationalbank und der FMA im Zusammenhang mit dem BAWAG-Verfahren.	13577.002 0/ 2-2008 2008-03- 17	2008- 04-03	03.04.20 08	OStA Wien Jv 1899/08m-01 (Ident mit AF-Nr. 48/ 3 L.)	13577.002 0/ 35-2008
BM J	Sitzung Nr. 2 Blg. 2 2008-03- 14	Fichtenbauer Pilz Westenthaler Parnigoni	5	Antrags- und Verfügungs- bogen bzw. Anordnungs- und Bewilligungsbogen des BAWAG-Verfahrens sowie Anklage, SV-Gutachten, HV-Protokolle, Vorstands- und Aufsichtsratsprotokolle sowie Prüfberichte der Nationalbank und der FMA im Zusammenhang mit dem BAWAG-Verfahren.	13577.002 0/ 2-2008 2008-03- 17	2008- 04-03	03.04.20 08	OStA Wien Jv 1899/08m-01 (Ident mit AF-Nr. 50/ 9 L.)	13577.002 0/ 35-2008
BM J	Sitzung Nr. 2 Blg. 2 2008-03- 14	Fichtenbauer Pilz Westenthaler Parnigoni	5	Antrags- und Verfügungs- bogen bzw. Anordnungs- und Bewilligungsbogen des BAWAG-Verfahrens sowie Anklage, SV-Gutachten, HV-Protokolle, Vorstands- und Aufsichtsratsprotokolle sowie Prüfberichte der Nationalbank und der FMA im Zusammenhang mit dem BAWAG-Verfahren.	13577.002 0/ 2-2008 2008-03- 17	2008- 04-03	03.04.20 08	OStA Wien Jv 1899/08m-01 (ident mit AF-Nr. 50/ 5.L.)	13577.002 0/ 35-2008
BM J	Sitzung Nr. 2 Blg. 2 2008-03- 14	Fichtenbauer Pilz Westenthaler Parnigoni	5	Antrags- und Verfügungs- bogen bzw. Anordnungs- und Bewilligungsbogen des BAWAG-Verfahrens sowie Anklage, SV-Gutachten, HV-Protokolle, Vorstands- und Aufsichtsratsprotokolle sowie Prüfberichte der Nationalbank und der FMA im Zusammenhang mit dem BAWAG-Verfahren.	13577.002 0/ 2-2008 2008-03- 17	2008- 04-03	25.04.20 08	StA Wien Jv 1561/08b (ident mit AF-Nr. 50/ 10.L.)	13577.002 0/ 62-2008

				sowie Prüfberichte der Nationalbank und der FMA im Zusammenhang mit dem BAWAG-Verfahren.					
BM J	Sitzung Nr. 2 Blg. 2 2008-03- 14	Fichtenbauer Pilz Westenthaler Parnigoni	5	Antrags- und Verfügungs- bogen bzw. Anordnungs- und Bewilligungsbogen des BAWAG-Verfahrens sowie Anklage, SV-Gutachten, HV-Protokolle, Vorstands- und Aufsichtsratsprotokolle sowie Prüfberichte der Nationalbank und der FMA im Zusammenhang mit dem BAWAG-Verfahren.	13577.002 0/ 2-2008 2008-03- 17	2008- 04-03	26.04.20 08	BMJ BMJ-D1122/0001-IV 2/2008 (ident mit AF.Nr. 34/15.L.)	13577.002 0/ 81-2008
BM J	Sitzung Nr. 2 Blg. 2 2008-03- 14	Fichtenbauer Pilz Westenthaler Parnigoni	5	Antrags- und Verfügungs- bogen bzw. Anordnungs- und Bewilligungsbogen des BAWAG-Verfahrens sowie Anklage, SV-Gutachten, HV-Protokolle, Vorstands- und Aufsichtsratsprotokolle sowie Prüfberichte der Nationalbank und der FMA im Zusammenhang mit dem BAWAG-Verfahren.	13577.002 0/ 2-2008 2008-03- 17	2008- 04-03	26.06.20 08	LG Str Wien 222 Ur 154/07m (Ident mit AF-Nr.47/10.L.)	13577.002 0/ 113-2008
BM F	Sitzung Nr. 2 Blg. 2 2008-03- 14	Fichtenbauer Pilz Westenthaler Parnigoni	1	... im Zusammenhang mit der Anforderung von Material im Rahmen der kriminalpolizeilichen Aufklärung der „BAWAG- Affäre“ durch den Bundes- minister und seines Kabi- netts.	13577.002 0/ 3-2008 2008-03- 17	2008- 04-03	03.04.20 08	BMF BMF-310213/0001- I/4/2008 (Leermeldung siehe AF-Nr.54/1.L.)	13577.002 0/ 37-2008
FM A	(Sitzung Nr. 2 Blg. 2 2008-03- 14) Mündlich. Ersuchen an Dr. Pribil in der Sitzung Nr.11 2008-06- 02	Fichtenbauer Pilz Westenthaler Parnigoni	1	(... im Zusammenhang mit der Anforderung von Material im Rahmen der kriminalpolizeilichen Aufklärung der „BAWAG- Affäre“ durch den Bundes- minister und seines Kabi- netts.) - Attachments zum E- mail-verkehr mit dem BMF betreffend des Fragen-kataloges des Herrn Bundesministers für Finanzen für die Aussage vor dem Rech- nungshof-Unterausschuss am 8. Juni 2006 (Zeit- raum 30. Mai bis 7. Juni 2006) - Interne Notizen über den zeitlichen Ablauf der Beantwortung des Fra- genkataloges	13577.002 0/ 3-2008 2008-03- 17	2008- 04-03	12.06.20 08	FMA (3 cm)	13577.002 0/ 101-2008
BM F	Sitzung Nr. 2 Blg. 2 2008-03- 14	Fichtenbauer Pilz Westenthaler Parnigoni	1	... im Zusammenhang mit Personen, welche Zu- griffsmöglichkeiten auf Material aus der kriminal- polizeilichen Aufklärung der „BAWAG-Affäre“ und die Möglichkeit zur Wei- tergabe hatten.	13577.002 0/ 3-2008 2008-03- 17	2008- 04-03	03.04.20 08	BMF BMF-310213/0001- I/4/2008 (Leermeldung siehe AF-Nr.54/1.L.)	13577.002 0/ 37-2008

BM F	Sitzung Nr. 2 Blg. 2 2008-03- 14	Fichtenbauer Pilz Westenthaler Parnigoni	5	Sämtliche Steuerakten inklusive aller Aktenvermerke, Beilagen, Belege und sonstige damit zusammenhängende Unterlagen betreffend den Österreichischen Gewerkschaftsbund (ÖGB) und die Fraktion Sozialdemokratischer GerwerkschafterInnen (FSG)	13577.002 0/ 3-2008 2008-03- 17	2008- 04-03	03.04.20 08	BMF BMF-310213/0001- I/4/2008 (ca. 20 cm)	13577.002 0/ 37-2008
BMe iA	Sitzung Nr. 2 Blg. 2 2008-03- 14	Fichtenbauer Pilz Westenthaler Parnigoni	1	Schreiben der Bundesministerin Ferrero-Waldner Faxkennung (oben, am Rand des Schriftstückes), welches bei der Aktenübermittlung an den Banken UA am 25.6.2007 ohne Faxkennung (oben, am Rand des Schriftstückes) übermittelt wurde.	13577.002 0/ 4-2008 2008-03- 17	2008- 04-03	31.3.200 8	BMeiA/Generalsekretär Kyrle (E-Mail) 31.03.2008, GZ BMeiA- 024437/2008 Ersuchen um Klarstellung	13577.002 0/ 21-2008 (weiterverteilt mit E-Mail)
BMe iA	Sitzung Nr. 2 Blg. 2 2008-03- 14	Fichtenbauer Pilz Westenthaler Parnigoni	1	Schreiben der Bundesministerin Ferrero-Waldner Faxkennung (oben, am Rand des Schriftstückes), welches bei der Aktenübermittlung an den Banken UA am 25.6.2007 ohne Faxkennung (oben, am Rand des Schriftstückes) übermittelt wurde.	13577.002 0/ 4-2008 2008-03- 17	2008- 04-03	18.06.20 08	BMeiA GZ: BMeiA- AT.90.24.16/0002- BGS/2008 (ca. 6 cm)	13577.002 0/ 104-2008
BMe iA	Sitzung Nr. 2 Blg. 2 2008-03- 14	Fichtenbauer Pilz Westenthaler Parnigoni	1 und 6	... im Zusammenhang mit dem zitierten Fax von Bundesministerin Ferrero-Waldner.	13577.002 0/ 4-2008 2008-03- 17	2008- 04-03	18.06.20 08	BMeiA GZ: BMeiA- AT.90.24.16/0002- BGS/2008 (Ident mit AF-Nr. 55/1)	13577.002 0/ 104-2008
BMe iA	Sitzung Nr. 2 Blg. 2 2008-03- 14	Fichtenbauer Pilz Westenthaler Parnigoni	7	... im Zusammenhang mit der illegalen Vergabe von Einreisevisa.	13577.002 0/ 4-2008 2008-03- 17	2008- 04-03	03.04.20 08	BMeiA GZ: BMeiA- AT.90.24.16/0001- BGS/2008 (ca. 80 cm, 1. Teil)	13577.002 0/ 36-2008
BMe iA	Sitzung Nr. 2 Blg. 2 2008-03- 14	Fichtenbauer Pilz Westenthaler Parnigoni	7	... im Zusammenhang mit der illegalen Vergabe von Einreisevisa.	13577.002 0/ 4-2008 2008-03- 17	2008- 04-03	03.04.20 08	BMeiA GZ: BMeiA- AT.90.24.16/0001- BGS/2008 (ca. 20 cm, 2. Teil)	13577.002 0/ 36-2008
BMe iA	Sitzung Nr. 2 Blg. 2 2008-03- 14	Fichtenbauer Pilz Westenthaler Parnigoni	7 -?	... im Zusammenhang mit der Lieferung der Steyr HS 50 Waffen an den Iran.	13577.002 0/ 4-2008 2008-03- 17	2008- 04-03			

BM LV	Sitzung Nr. 2 Blg. 2 2008-03- 14	Fichtenbauer Pilz Westenthaler Parnigoni	2	... im Zusammenhang mit der Vergabe von Posten seit dem Jahr 2000, welche den Bundesministern für Landesverteidigung oder den Angehörigen der Ministerbüros vorgelegt wurden bzw. an deren Entscheidung die Genannten formell bzw. informell beteiligt waren.	13577.002 0/ 5-2008 2008-03- 17	2008- 04-03	02.04.20 08	BMLV S91144/8- PMVD/2008 (ca. 45 m) Personal-akten	13577.002 0/ 31-2008
BM LV	Sitzung Nr. 2 Blg. 2 2008-03- 14	Fichtenbauer Pilz Westenthaler Parnigoni	4	... im Zusammenhang mit der Überwachungstätigkeit und Ermittlungstätigkeit von Bundeseinrichtungen gegen politische Funktionäre und Beamte.	13577.002 0/ 5-2008 2008-03- 17	2008- 04-03			
BM LV	Sitzung Nr. 2 Blg. 2 2008-03- 14	Fichtenbauer Pilz Westenthaler Parnigoni	7	... im Zusammenhang mit der Lieferung der Steyr HS 50 Waffen an den Iran.	13577.002 0/ 5-2008 2008-03- 17	2008- 04-03			
BMI	Sitzung Nr. 10 Blg. 7 2008-05- 27	Pilz	1	Gesamter interner elektronischer Schriftverkehr (E-Mails) des Bundesministers für Inneres sowie seines (ihres) Kabinetts, zwischen dem Kabinett BMI und Vertretern des Bundeskriminalamtes bzw. dem BIA, zwischen dem Kabinett BMI und Vertretern der ÖVP (insbesondere mit dem ÖVP Parlamentsklub mit der ÖVP Oberösterreich), zwischen der BH Vöcklabruck, der Polizeiinspektion Frankenmarkt, der Sicherheitsdirektion Oberösterreich und dem Bundesasylamt aus dem Zeitraum September 2007 bis Oktober 2007, die als Ergebnis einer Volltextsuche folgende Schlüsselwörter (inklusive als Bestandteil eines Wortes) enthalten: 1 Arigona, Zogaj, Friedl oder LH Pühringer	13577.002 0/ 85-2008 2008-05- 30	NEIN			
BMI	Sitzung Nr. 10 Blg. 8 2008-05- 27	Pilz	1	Gesamter interner elektronischer Schriftverkehr (E-Mails) des Bundesministers für Inneres sowie seines (ihres) Kabinetts, zwischen dem Kabinett BMI und Vertretern des Bundeskriminalamtes bzw. der SOKO BAWAG bzw. dem BIA, zwischen dem Kabinett BMI und Vertretern der ÖVP (insbesondere zwischen Kabinettschef Ita und dem ÖVP Parlamentsklub, dem Klubobmann, dem Klubdirektor, dessen Stellvertreter sowie Klubsekretären) aus den Jahren 2006 und 2007, die als Ergebnis einer Volltextsuche folgende Schlüssel-	13577.002 0/ 85-2008 2008-05- 30	NEIN			

				wörter (inklusive als Bestandteil eines Wortes) enthalten: 1 BAWAG, Geldflüsse, SPÖ, Gusenbauer, Vranitzky, ÖGB, Weninger, Verzettlnitsch, Hundstorfer, Nationalratswahl, NRW, Wahlkampf, Wahl, NR-Wahl; 1 Einvernahme, Zwettler, Flöttl, Elsner; 1 ÖVP, Molterer, Grasser, Rot-weiß-rot; 1 Parlament, Klub, Parlamentsklub, Untersuchungsausschuss, UA					
BM J	Sitzung Nr. 14 Blg. 9 2008-06- 17	Pilz	1	Die Besucherliste des Portiers des Bundesministeriums für Justiz vom 02.10.2006, 14:00 bis 24:00. Auf dieser Liste sind alle Namen abzudecken, außer der des Prof. Alfred Worm (NEWS).	13577.002 0/ 105-2008 2008-06- 19	NEIN			
OeN B	Sitzung Nr. 14 Blg. 10 2008-06- 17	Kogler	1	Prüfbericht der Österreichischen Nationalbank (OeNB) in der Causa "ÖGB" vom 25. Oktober 2006. (Es handelt sich dabei um jenen Bericht, welcher im Profil-Artikel vom 11.12.2006, Seite 46 thematisiert wurde.)	13577.002 0/ 106-2008 2008-06- 19	NEIN	08.07.20 08	OeNB Akt.Nr. 114/2008/0004 (2 Seiten) Übermitt- lung abgelehnt	13577.002 0/ 121-2008 (weiterver- teilt mit E- Mail)
FM A	Sitzung Nr. 14 Blg. 11 2008-06- 17	Pilz	1	Den gesamten internen elektronischen Schriftverkehr (E-Mails) samt Anlagen der Finanzmarktaufsicht (FMA), insbesondere zwischen Dr. Heinrich Traumüller, Dr. Kurt Pribil, Mag. Matthias Klinger, Dr. Oliver Schütz, Mag. Johann Palkovitsch, und Dr. Michael Hysek, sowie den gesamten elektronischen Schriftverkehr (E-Mail) samt Anlagen zwischen Hans-Georg Kramer (BMF) und Mag. Matthias Klinger im Zeitraum 30. Mai 2006 bis 7. Juni 2006. Als Beweismittel gelten auch alle elektronischen Nachrichten, die im Zuge einer E-Mail-Korrespondenz-Kette (reply-mails) vor oder nach der so ermittelten Nachricht gesendet wurden. Nicht zu übermitteln sind jene E-Mails, die ausschließlich privaten Inhalt haben.	13577.002 0/ 107-2008 2008-06- 19	NEIN	08.07.20 08	FMA ohne GZ	13577.002 0/ 122-2008
BMI	Sitzung Nr. 15 Blg. 5 2008-06- 18	Pilz	1	Den gesamten internen elektronischen Schriftverkehr (E-Mails) des Bundesministeriums für Inneres sowie des Kabinetts, zwischen dem Kabinett BMI und Vertretern des Bundeskriminalamts bzw. dem BIA, zwischen dem Kabinett BMI und Vertretern der ÖVP (insbesondere mit dem ÖVP Parlamentsklub und der ÖVP Niederösterreich), zwischen der BH Scheibbs, der Sicherheitsdirektion Niederösterreich und dem Bundesasylamt aus dem Zeitraum September 2007 bis Februar 2008, die als	13577.002 0/ 103-2008 2008-06- 19	NEIN			

				Ergebnis einer Volltextsuche folgende Schlüsselwörter (inklusive als Bestandteil eines Wortes) enthalten: Zeqai oder Zeqaj. Als Beweismittel gelten auch alle elektronischen Nachrichten, die im Zuge einer e-Mail-Korrespondenz-Kette (reply-mails) vor oder nach der so ermittelten Nachricht gesendet wurden, auch wenn diese keines der Schlüsselwörter enthalten.				
Parl - Dion	Sitzung Nr. 15 Blg. 5 2008-06-18	Maier	1	Die Auszugweise Darstellung der Beratungen des Ständigen Unterausschusses des Rechnungshofausschusses betreffend Prüfungsverlangen: Prüfung der Gebärung des Bundesministers für Finanzen, der Oesterreichischen Nationalbank und der Finanzmarktaufsichtsbehörde (FMA) vom Donnerstag, 8. Juni 2006, 14.08 Uhr bis 20.52 Uhr, 29. Sitzung)	X	NEIN	25.06.2008	13577.0020/ 111-2008 (1 cm) 13577.0020/ 111-2008
BMI	Sitzung Nr. 18 Blg. 4 2008-07-01	Pilz	1	Das Protokoll der Koordinationsitzung in Sachen Arigona Zogaj und anderer Betroffener vom 5.10.2007 im Bundesministerium für Inneres und weiterer bis zum heutigen Tage erfolgter Sitzungen sowie die sogenannte Österreich-Liste, die eine Aufstellung über weitere Familien enthält, die trotz erfolgter Integration aus dem Bundesgebiet abgeschoben werden sollen.	13577.0020/ 118-2008 2008-07-03	NEIN	15.06.2008	BMI GZ. BMI-LR2211/0015-CS-UA/2008 (1 Seite) Übermittlung mangels Zusammenhang abgelehnt 13577.0020/ 127-2008 Verteilt im Ausschuss am 15.07.2008
BM J	Sitzung Nr. 19 Blg. 8 2008-07-17	Pilz	6 Im Zusammenhang mit der illegalen Vergabe von Einreisevisa, zu übermitteln.	13577.0020/ 128-2008 2008-07-16	NEIN	22.07.2008	BMJ (E-Mail) 22.07.2008, GZ BMI-Pr2235 /0019-Pr 1/2008 Zwischeninfo 13577.0020/ 130-2008 (weiterverteilt mit E-Mail am 22.07.2008)
BM J	Sitzung Nr. 19 Blg. 8 2008-07-17	Pilz	6 Im Zusammenhang mit der illegalen Vergabe von Einreisevisa, zu übermitteln.	13577.0020/ 128-2008 2008-07-16	NEIN	18.07.2008	OStA Linz Jv 2926/08y-1 Leermeldung 13577.0020/ 131-2008 (weiterverteilt mit E-Mail am 21.08.2008)
BM J	Sitzung Nr. 19 Blg. 8 2008-07-17	Pilz	6 Im Zusammenhang mit der illegalen Vergabe von Einreisevisa, zu übermitteln.	13577.0020/ 128-2008 2008-07-16	NEIN	18.07.2008	OStA Graz E-Mail Jv 1198/08g-1b Leermeldung 13577.0020/ 132-2008 (weiterverteilt mit E-Mail am 21.08.2008)

BM J	Sitzung Nr. 19 Blg. 8 2008-07- 17	Pilz	6 Im Zusammenhang mit der illegalen Vergabe von Einreisevisa, zu übermit- teln.	13577.002 0/ 128-2008 2008-07- 16	NEIN	22.08.20 08	BMJ GZ BMJ-D1132 /0005-IV 2/2008 (ca. 25 cm)	13577.002 0/ 133-2008
BM J	Sitzung Nr. 19 Blg. 8 2008-07- 17	Pilz	6 Im Zusammenhang mit der illegalen Vergabe von Einreisevisa, zu übermit- teln.	13577.002 0/ 128-2008 2008-07- 16	NEIN	10.09.20 08	OStA Wien Jv 4702/08t-01 (ca. 2,5 m) (1. T von OStA Wien-Nittel; 2.-12. T STA Wien- Vecsey)	13577.002 0/ 135-2008

VI. Offene Punkte

Aufgrund der vorzeitigen Beendigung des Untersuchungsausschusses konnte leider nur ein Bruchteil des Untersuchungsauftrages abgearbeitet werden, lediglich ein Teil der vorgesehenen und bereits beschlossenen Auskunftspersonen konnte gehört werden:

Aus dem Beweisbeschluss offen:

2. Besetzungen

- 2.1. (25.) Aufklärung, ob im Bereich des BMI, aber auch in anderen Bundesministerien wie dem BMLV bei der Vergabe von Posten ab dem Jahr 2000 der ÖVP nahe stehende Personen systematisch bevorzugt wurden;
- 2.2. 26. Aufklärung, welche Rolle dabei im Kabinett des Bundesministers für Inneres
 - + der heutige Kabinettschef der Gesundheitsministerin
 - + der heutige Landespolizeikommandant von Tirol
 - + der heutige Landespolizeikommandant von Oberösterreich
 - + der heutige Leiter der Sektion III im BMI
 - + der heutige Landesgeschäftsführer der ÖVP Niederösterreich gespielt haben;

3. Verdacht von Vertuschung

- 3.1. (1.) Aufklärung, ob es bei den kriminalpolizeilichen und gerichtlichen Ermittlungen im Fall „Kampusch“ zu schweren Fehlern gekommen ist;
- 3.2. (2.) Aufklärung, ob vor den NRW 2006 vom Kabinett der Bundesministerin für Inneres (KBM) dem damaligen Direktor des BKA die Weisung erteilt wurde, die Vernehmung eines Zeugen im Zusammenhang mit dem Fall „Kampusch“ vor den Wahlen zu unterlassen;
- 3.3. (3.) Aufklärung, ob im weiteren die Evaluierung der kriminalpolizeilichen Ermittlungen im Fall „Kampusch“ verhindert und schwere Fehler bei den Ermittlungen vertuscht oder gar nicht untersucht wurden;
- 3.4. (22.) Aufklärung, warum die Missstände in der Wiener Polizei (z.B. Affäre „Horngacher“) trotz eindeutiger Hinweise jahrelang nicht verfolgt wurden;
- 3.5. (17.) Aufklärung, ob die gerichtliche Untersuchung der Vorwürfe, die gegen Beamte im Zusammenhang mit der „Spitzelaffäre“ – dem Verdacht der missbräuchlichen Verwendung von EKIS-Daten – erhoben wurden, durch den damaligen Justizminister, den damaligen Innenminister oder andere Vertreter des BMJ oder BMI behindert wurde;

4. BIA

- 4.1. (27.) Aufklärung, ob das Büro für Interne Angelegenheiten (BIA) oder andere Bundeseinrichtungen für parteipolitische Zwecke missbraucht worden sind;
- 4.2. (28.) Aufklärung, ob vom BIA oder anderen Bundeseinrichtungen missbräuchliche Informationspolitik betrieben worden ist (wie in den Fällen „Ebergassing“ oder „Briefbomben“);
- 4.3. (29.) Aufklärung, ob es im Rahmen der Tätigkeit des BIA oder anderer Bundeseinrichtungen zu gesetzlich nicht gedeckten Überwachungsmaßnahmen insbesondere gegen Politiker gekommen ist;

- 4.4.** (30.) Aufklärung, ob es im Rahmen der staatsanwaltschaftlichen Aufträge an die Sicherheitsbehörden – insbesondere das BIA – und der dazugehörigen Vorgänge innerhalb des Justizressorts zu unsachlichen Differenzierungen je nach Betroffenem in der Vorgangsweise kam;

5. Parteienfinanzierung

- 5.1.** (11.) Aufklärung über die mögliche Finanzierung von ÖGB und SPÖ durch die BAWAG;
- 5.2.** (12.) Aufklärung, warum erst jetzt die Ordner mit den Unterlagen, die den Verdacht auf Finanzierung der SPÖ durch die BAWAG begründen, gefunden worden sind;

6. Visa

- 6.1.** (23.) Aufklärung, ob im Vollzug der Fachaufsicht und der Dienstaufsicht über die österreichischen Konsularbehörden die illegale Vergabe von Einreisevisa begünstigt worden ist;
- 6.2.** (24.) Aufklärung, ob durch Mängel in der Fachaufsicht und Umstände bei der Erstellung der Liste von Unternehmen, denen Visa für Personal in „Unterhaltungsbetrieben“ auszustellen sind, Menschenhandel und illegale Prostitution begünstigt worden sind;

7. Waffenlieferung

- 7.1.** (19.) Aufklärung, ob eine Teillieferung von panzerbrechenden Waffen Steyr 50-HS ohne ausreichende Genehmigungen nach dem KMG auf Intervention aus dem KBM gegen den erklärten Willen der Bundesministerin für Inneres an den Iran geliefert wurde;

8. Auftragsvergaben

- 8.1.** (20.) Aufklärung, ob es im Bereich des Vergabewesens zu unzulässigen Interventionen aus dem KBM gekommen ist;

VII. Zusammenfassung, politische Beurteilung und abschließende Empfehlungen

Aufgrund der Nationalratswahl und dem damit verbundenen vorzeitigem Ende des Untersuchungsausschusses konnte nur etwa ein knappes Fünftel des Untersuchungsausschussauftrages abgearbeitet werden.

1) Untersuchungsausschuss als Kontrollorgan

- Der „Ist-Zustand“ betreffend Einsetzung und Abwicklung eines Untersuchungsausschusses ist wenig befriedigend.
- Zur Zeit kann ein solcher Untersuchungsausschuss lediglich von einer parlamentarischen Mehrheit eingesetzt werden, die Opposition benötigt daher derzeit immer die Stimmen einer Regierungspartei. Somit kann das wichtigste Kontrollinstrument des Parlaments von den Regierungsparteien jederzeit verhindert werden.
- Akten werden ohne Konsequenzen von den Ministerien zögerlich, unvollständig und censuriert übermittelt. Trotz Beschluss des Untersuchungsausschusses und mehrmaligen Gesprächen mit dem Bundesministerium für Inneres wurden dem Untersuchungsausschuss einige von Ladungspersonen zugesagte Akten und Informationen nicht übermittelt, so zum Beispiel unterließ es der Leiter des BIA Mag. Kreutner – wie von ihm zugesagt –, die Liste der vom Büro für interne Angelegenheiten überwachten Politiker und den ersten „BIA-Erlass“ zu übermitteln.
- Keine effektive Handhabe gegen Minister bei der oben genannten Vorgehensweise des Ressorts; Misstrauensantrag und Ministeranklage benötigen wiederum eine parlamentarische Mehrheit.
- Gerade durch die Verzögerungstaktik der ÖVP und ihrer Bundesminister bei der Aktenübermittlung an den Untersuchungsausschuss wurden die Ablehnung des Untersuchungsausschusses und damit auch die Ablehnung der parlamentarischen Kontrolle von ÖVP geführten Bundesministerien durch die ÖVP offensichtlich.

2) Materielle Ergebnisse:

- Die Informationen von Haidinger haben Substanz; auch ohne abschließende Beweiswürdigung ist diese Ansicht aufrecht zu erhalten.
- Eines der Probleme, welches es zu beheben gilt, ist die Weisung, der Auftrag, der Wunsch, die Bitte eines Kabinettsmitarbeiters an Beamte des Bundesmi-

nisteriums für Inneres. Es stellt sich die Frage, wann ist ein Auftrag oder ein Wunsch oder eine Bitte von einem Kabinettsmitarbeiter an einen Beamten eine Weisung. Mündliche Ersuchen durch Kabinettsmitarbeiter werden von Beamten als Ministerweisungen aufgefasst, ohne dass die klare Verantwortung des Ministers nachvollziehbar ist. Die momentan vorherrschende Sitte von Bit-ten und Wünschen ist nicht akzeptabel. Grundsätzlich bedarf es in diesem Zu-sammenhang einer klaren Regelung, wann es sich um eine Weisung handelt und wer diese Weisung geben darf.

- Festschreibung der Kompetenzen der Kabinette im Bundesministeriengesetz. Insbesondere muss jede Weisung auf den Minister rückführbar sein. Weisun- gen sollten auch nur an die direkt untergeordnete Ebene ergehen (Sektions- chef/Sektionsleiter) und nicht irgendwo in der Struktur platziert werden.
- Leiharbeiter als Kabinettsmitarbeiter: Es besteht der begründete Verdacht, dass diese Umwegkonstruktionen nicht nur aus finanziellen Gründen gewählt wurden, sondern auch um das Amtsgeheimnis zu umgehen, politische Abhän- gigkeiten zu schaffen und Lobbyismus zu betreiben.
- Bewertung des ressortinternen E-Mail-Verkehrs. Sämtliche dienstliche E-Mails sind den entsprechenden Akten beizulegen, dienstliche Adressen dürfen nur für dienstliche Zwecke verwendet werden. Die Entscheidung, welche Mails dienstlichen Charakter haben und somit dem Akt anzuschließen sind, kann si- cher nicht in der Entscheidungshoheit des einzelnen Beamten liegen.
- Bei den Postenbesetzungen besteht vor allem Reformbedarf in der Stellung der Ministerkabinette. Deren Zusammensetzung ist verfassungsrechtlich be- denklich, zumal Leiharbeitskräfte hoheitliche Befugnisse ausüben, was sowohl mit dem Beamtenstreich als auch mit dem Disziplinarrecht unvereinbar ist.
- Das fragwürdige Vorgehen und die Ermittlungen des Büros für Interne Ange- legenheiten unter dem Anschein des parteipolitisch initiierten Machtmiss- brauchs sind abzustellen.
- Es ist unumgänglich, dass alle Personen, gegen die vom Büro für Interne An- gelegenheiten ermittelt wurde oder die von eben diesem überwacht wurden, von Amts wegen über den Grund der Ermittlungen oder der Überwachung und den Zeitraum der Ermittlung oder Überwachung schriftlich vom Büro für Inter- ne Angelegenheiten informiert werden, da dies bis dato so nicht der Fall war.
- Ermittlungen gegen Politiker durch das BIA wurden durchgeführt, ohne dass die Betroffenen informiert wurden.
- Eine Generalvollmacht des Sektionschefs für Ermittlungen des BIA ist untrag- bar. Damit war und ist das BIA in der Lage gegen jeden Staatsbürger nach Belieben und Gutdünken zu ermitteln. Eine entfesselte Polizei der Polizei, die parteipolitisch motiviert ermittelt.

- Diese Faktenlage macht den Leiter des BIA problembehaftet. Ebenso müssten aufgrund der erlasswidrig nicht wahrgenommenen Kontrolle durch SC Prugger disziplinarrechtliche Schritte unternommen werden.
- Zur Einrichtung des BIA selbst: Unzulässig scheint, dass lediglich auf Verordnungsbasis eine derartige Einheit errichtet wird. Die Einrichtung auf gesetzlicher Grundlage scheint unerlässlich.

Die Weisungsfreistellung ohne verfassungsrechtliche Grundlegung ist unzulässig, weil auf Grundlage einer bloßen Verordnung der monokratische Aufbau der österreichischen Verwaltung nicht geändert werden kann.

- Verfahren werden parteipolitisch motiviert entweder eingeleitet oder unterdrückt, je nach Interessenslage der Minister.
- Hinterfragenswert ist die Führung von Personalakten, die derzeit den Kriterien der Geheimhaltung wie der Menschenrechte nicht Genüge tun. So haben beispielsweise sexuelle Orientierung und das Religionsbekenntnis darin nichts verloren.

Darüber hinaus muss der Umgang mit sensiblen Daten, vor allem im Bereich des Innenministeriums als zumindest teilweise problematisch bezeichnet werden. Vor allem der Zugang zum Ekis-System bedarf hier einer strengerer Regelung.

- Bei den Postenbesetzungen in den Ministerien, dem Problemfeld BIA, der Visa-Vergabe durch österreichische Botschaften konnte man Teilergebnisse erzielen. In der Frage der Ermittlungen zum Fall Kampusch kann nunmehr davon ausgegangen werden, dass der Fall bei entsprechender Spurensicherung seinerzeit innerhalb weniger Wochen aufzuklären gewesen wäre.

3) Ergebnisse verfahrensrechtlicher Art:

Bei einzelnen Punkten der Verfahrensordnung hat sich ein deutlicher Verbesserungsbedarf herauskristallisiert. Die öffentliche Verwaltung darf in keinem Fall der parlamentarischen Kontrolle entzogen werden.

Nach mittlerweile 4 Untersuchungsausschüssen, die nach der aktuellen Verfahrensordnung abgewickelt wurden, sollte es ehebaldigst zu einer Überarbeitung und Adaptierung der Verfahrensordnung kommen, die unter anderem folgende Punkte beinhaltet:

- Verpflichtende rasche und zielgerichtete Aktenübermittlung entsprechend den Vorgaben des Untersuchungsausschusses sowie Kooperationsbereitschaft der betreffenden Ministerien und Dienststellen.

Der Untersuchungsausschuss ist kein Bittsteller, sondern benötigt angeforderte Akten, um die ihm übertragenen Aufgaben durchführen zu können. Ministe-

rien und Dienststellen müssen die vom Untersuchungsausschuss beschlossenen und angeforderten Akten rasch und vollständig übermitteln. Diskussionen bezüglich der Übermittlung beschlossener und angeforderter Akten dürfen künftig nicht mehr aus Gründen reiner „Zeitschinderei“ oder über Medien erfolgen.

- Der Ausschuss legt selbst fest, welche Stufen der Geheimhaltung bei Akten anzuwenden sind.
- Wirkungsvolle Handhabe bei grundlosem Nichterscheinen von Auskunftspersonen.

Auskunftspersonen haben pünktlich vor dem Untersuchungsausschuss zu erscheinen. Bei nicht nachvollziehbaren Entschuldigungen bzw. beim Vorziehen angeblich wichtiger Termine und Dienstreisen sollte neben den bereits vorhandenen Möglichkeiten sowohl eine Bestrafung der Auskunftspersonen als auch der betreffenden Dienststelle möglich sein; sämtliche Entschuldigungen von Auskunftspersonen haben künftig schriftlich seitens der Dienststelle zu erfolgen, bei Verhinderung aus Krankheitsgründen ist zudem ein ärztliches Attest vorzulegen.

- Die Rechte des Vorsitzenden sind unbedingt zu stärken, da der Ausschuss sonst auf Grund der Zusammensetzung eines Untersuchungsausschusses nach d'Hondt seiner Kontrolltätigkeit nicht entsprechend nachgehen kann. Speziell die Einteilung betreffend Auskunftspersonen muss dem Vorsitzenden obliegen.
- Die Verfahrensordnung für parlamentarische Untersuchungsausschüsse muss gründlich unter Einbeziehung aller Parteien überarbeitet werden, damit Auslegungsunterschiede, unterschiedliche Rechtsmeinungen und Lücken in Zukunft hintangehalten werden.